Leben ohne Furcht
Leben ohne Not
Freiheit des Glaubens
Freiheit des Wortes

LEBEN IN FREIHEIT

Eine Abhandlung
über die wirtschaftliche und soziale Lage
der Arbeiterschaft in den Vereinigten Staaten

Mit einem Vorwort
von ERNST SCHARNOWSKI
Vorsitzender des DGB, Landesbezirk Groß-Berlin

Übersetzung der Broschüre „*Gift of Freedom*“,
herausgegeben vom Büro für Arbeitsstatistik,
US-Arbeitsministerium

Druck: Steglitzer Druckerei GmbH., Schützenstraße 7. — ICB 5052

Amerika und wir

Als ich im Herbst 1948 die elf nordöstlichen Industriestaaten in den USA bereiste, stellte ich einen außerordentlich hohen Lebensstandard der Arbeitnehmer fest. Hohe Nominallöhne, niedrige Preise, erträgliche Mieten ergaben ein Bild, das, insgesamt gesehen, immer noch um ca. 20 bis 25 Prozent besser war, als das aus unseren besten deutschen Verhältnissen der Jahre 1928 bis 1931. Es wurde mir immer klarer, daß die gestaltenden Kräfte dieses Wohlstandes im wesentlichen waren: die unerhört produktionsfähige vitale Industrie, sowie die aktive und konsumfördernde Tätigkeit der großen amerikanischen Gewerkschaften.

Und ich habe nachgedacht und finde, daß das Wirken beider Gruppen nicht so sehr bedingt ist durch den natürlichen Reichtum an Boden, Rohstoffen und Menschen (man denke dabei z. B. an gewisse Möglichkeiten im riesigen und an Bodenschätzen reichen Sowjetrußland), sondern weit mehr seine Hauptursachen hat in der großen geistigen und körperlichen Arbeitsleistung der schaffenden US-Bevölkerung. Ein deutsches Sprichwort sagt, daß die größten Kartoffeln bei dem dümmsten Bauern wachsen. Hier darf gesagt werden, daß es in der Regel umgekehrt ist. Die Ursachen unserer heutigen deutschen wirtschaftlichen Not sind geradezu geistiger Art. Unser augenblicklicher wirtschaftlicher Mangelzustand ist die Folge geistiger und charakterlicher Mängel, die im politischen Leben von gestern wirkten und heute sichtbar werden. Ebenso wird sich unsere geistige Armut von heute, morgen und übermorgen als sozialer Mangel zeigen.

Bei all unserem Reichtum an geistiger Ahnenschaft, traditioneller wissenschaftlicher Gelehrsamkeit, sowie früheren Denkern und Dichtern, haben wir wohl alle beim amerikanischen Volk eine bessere Erkenntnis vom Wesen der Politik und Wirtschaft feststellen können. Sicherlich ist diese bessere Erkenntnis und der heutige Wohlstand den Bürgern der USA nicht mühelos zugeflossen, sondern in härtester Arbeit den Ideen und schwierigen Verhältnissen abgerungen.

Es kann wohl gesagt werden, daß sich daraus eine besonders schöpferische Begabung entwickelt hat, Ideen undogmatisch und praktisch in die Verhältnisse hineinzugestalten. Eine schöpferische Begabung, welche sich nur entwickelte aus einem Verhältnis zur Freiheit, welches uns Deutschen bis jetzt fast unbekannt war. Mit

Erstaunen stellen wir fest, wie das amerikanische Volk seine Steuergelder und Waren für den wirtschaftlichen Aufbau aller freiheitlichen Länder zur Verfügung stellt. Bedauernd stellen wir aber fest, wie dieses Volk sich zum dritten Mal im Leben unserer Generation anschicken muß, einen opfervollen Kreuzzug nicht nur für seine Freiheit, sondern auch für die Freiheit anderer Völker anzutreten. Das ist Freiheit: die Freiheit des Anderen. Das ist soziale Gerechtigkeit: der Wohlstand des Konsumenten. Und ich habe einmal einen in Berlin auf Besuch weilenden Deutsch-Amerikaner gefragt, warum er nicht hier im alten Vaterland bleiben wolle, worauf er mir antwortete: „Es ist nicht das bessere Leben, das mich wieder nach den USA zieht, sondern das echte Gefühl, nirgendwo so frei und sicher zu sein, als in den USA." — Das ist die rechte Meinung, denn nicht der materielle Lebensstandard eines Landes macht den Wert seiner Gesellschaftsform aus, sondern das gewährte Maß der vorhandenen Freiheit für den Einzelmenschen allein läßt den hohen Gesellschaftsstand erkennen. Es wäre ja denkbar, daß ein Diktator seinen Untertanen das beste Futter geben könnte, und dennoch ergäbe das nur die Atmosphäre eines Stalles. Wenn nun dieses Buch es unternimmt, die echte, freiheitliche amerikanische Atmosphäre darzustellen, wünsche ich ihm den besten Erfolg. Die Wahrheit ist mit ihm. Ich dachte an des Apostel Paulus berühmte Worte, als ich schrieb: „Und wenn ich haben dürfte alle leiblichen Genüsse und alle materiellen Wohltaten und wäre ein vorsichtig gehütetes Objekt aller staatlich organisierten Solidarität und hätte der vollen Freiheit nicht, so wäre ich unfrei, arm und krank, denn ich wäre doch nur im Käfig und ich wünschte mir nur zu kämpfen, zu leben oder zu sterben für die Freiheit."

Die Sache der Freiheit wird siegen, denn die Freiheit ist göttlich, unsterblich und darum unbesiegbar!

Scharnowski

MAURICE TOBIN

Arbeitsminister der Vereinigten Staaten

Dies ist unser Beweis für die Sache der Demokratie

Freiheit ist ein Zauberwort. In ihm findet der Geist der Menschen, die sie besitzen, und die Sehnsucht derer, die sie suchen, ihren Ausdruck. In diesem kleinen Band haben wir versucht, Ihnen von den Früchten der Freiheit zu erzählen. Freiheit, so begehrenswert sie um ihrer selbst willen ist, hat unserem Land auch noch den großen Segen eines reicheren geistigen und materiellen Lebens gegeben. In diesen Seiten schildern wir so sachlich wie möglich, was Freiheit für unser amerikanisches Volk bedeutet. Hier ist unser Beweis für die Sache der Demokratie; an sie glauben wir, sie werden wir immer und jederzeit verteidigen.

PHILIP MURRAY

Präsident des CIO

Ein ehrlicher wahrheitsgetreuer Bericht

Die amerikanische Arbeiterschaft ist stolz auf ihre Rolle im amerikanischen Staat und auf die hohen Löhne, die sie sich durch ihre eigenen Anstrengungen und durch ihre Gewerkschaften erkämpft hat. Die Broschüre berichtet hierüber — es ist eine ehrliche, wahrheitsgetreue Schilderung des Lebens des amerikanischen Arbeiters.

Wir hoffen, daß dieses Buch Ihnen helfen wird, unser Volk und unsere Ansichten über den Wert der Freiheit, die wir so hoch schätzen und der wir viel von den Freuden unseres Lebens verdanken, zu verstehen.

Die amerikanische Arbeiterschaft hat sich mit den übrigen freien Arbeitern der Welt in dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften vereinigt, um den Männern und Frauen aller Nationen in ihrem Kampf um Freiheit beizustehen. Überall auf der Welt sollen Arbeiter das Recht auf freie Arbeit, Selbstverwaltung sowie Rede- und Versammlungsfreiheit haben. Wir glauben, daß diese Freiheit, deren Erhaltung wir unser Leben widmen, die Grundlage menschlichen Daseins sowie geistigen und materiellen Fortschrittes bilden.

WILLIAM GREEN

Präsident der AFL

Wahre menschliche Würde durch die Gewerkschaften

Ich freue mich sehr, daß die Broschüre in deutscher Sprache ungekürzt herausgegeben wird. Die AFL hat diese Publikation schon vor ihrer Drucklegung begrüßt, als wir einen Abzug des Buches zur Begutachtung erhalten haben. Wir haben unsere Zustimmung auch dadurch bewiesen, daß wir Übersetzungen und Auszüge daraus in unseren monatlich erscheinenden „Free Trade Union News" veröffentlicht haben, die wir in die ganze Welt senden.

Was in diesem Buch unsere besondere Zustimmung findet, ist die klare Definition des Begriffes der Freiheit und dessen, was sie an Segnungen und Wohlergehen mit sich bringt. Die hervorragende Stellung des arbeitenden Menschen in diesem Lande ist der beste Beweis für die anderen Völker, daß in einer Demokratie die Arbeiter imstande sind, einen hohen Lebensstandard und wahre menschliche Würde durch ihre Gewerkschaften zu erringen. Wir wollen uns mit dieser Broschüre weniger glücklichen Ländern gegenüber unseres materiellen Erfolges nicht rühmen. Wir wollen in diesem Buche nur feststellen, was wir zur Hebung des Lebensstandards unserer Mitbürger tun konnten. Durch den neuen Internationalen Bund Freier Gewerkschaften, der 47 Millionen arbeitender Menschen in 54 Ländern umfaßt, steht die AFL bereit, nach besten Kräften allen Menschen zu helfen, Freiheit und einen höheren Lebensstandard zu erringen.

PHILIP M. KAISER

Unter-Sekretär im amerikanischen Arbeitsministerium

Zur Richtigstellung von Mißverständnissen über die Vereinigten Staaten

Während meiner vielen Reisen im Ausland bin ich immer wieder gänzlich unrichtigen Auffassungen über die Vereinigten Staaten begegnet.

Mit diesem Buche wollen wir der Welt so klar und sachlich als möglich sagen, wie dieses Land in Wirklichkeit ist. Wir haben versucht, darin darzulegen, wie wir leben und was wir schätzen. Wir haben versucht zu sagen, was Freiheit ist, und was sie im täglichen Leben unseres Volkes bedeutet. Wir erheben darin keinen Anspruch auf Vollkommenheit, sondern berichten nur, was die Amerikaner für gut und richtig halten. Unser Glaube an diese Lebensart ist stark und echt. Wir wollen sie um unserer selbst und unserer Kinder willen erhalten.

Vorbemerkung

Die Schwierigkeiten bei der Ausarbeitung dieser Broschüre lagen, abgesehen von dem rein organisatorischen Problem, in der Auswahl bedeutsamer Einzelheiten und in der straffen Zusammenfassung der Tatsachen auf verhältnismäßig engem Raum. Wir haben deshalb Quellenhinweise und technische Details auf ein Minimum beschränkt.

Die Ausarbeitung und Zusammenstellung der einzelnen Kapitel der vorliegenden Abhandlung leitete Witt Bowden vom Amt für Arbeitsstatistik.

Einleitung

Walt Whitman, der große amerikanische Dichter der Demokratie, hat besser als jeder andere Gewissen, Charakter, Wert und Schicksal des amerikanischen Arbeiters verkündet.

„In der Arbeit der Maschinen und des Handwerks
und in der Arbeit auf den Feldern,
da finde ich das Werden
und den ewigen Sinn."

In der „Gesamtzahl der Arbeitskräfte", jenem farblosen statistischen Ausdruck der Wissenschaft, sah Whitman die Keimzelle der Demokratie. Er meditierte über Können. Temperament und Bestrebungen der Menschen und suchte nach dem treibenden Prinzip, durch das Amerika groß wurde.

„Du magst in vielen Sprachen lesen,
doch davon nichts finden.
Du magst die Botschaft des Präsidenten lesen,
und nichts davon finden.
Nichts! Weder in den Berichten
des Außen- oder Finanzministeriums,
in den Zeitungen oder Wochenschriften,
noch in den Volkszählungen oder Steuerunterlagen,
den Tagespreisen oder den Börsenkursen."

Vor rund 70 Jahren sah er Amerika als Erbe und Beschützer der Freiheit der Welt. Diese Verantwortung war für ihn furchterregend und heilig zugleich und mußte in Demut hingenommen werden. Die amerikanische Demokratie aber war für ihn nur der Hüter dieses Geschenkes der Freiheit.

„Fahre hinaus, du stolzes Schiff der Demokratie.
Wertvoll ist deine Fracht,
du trägst mehr als das Heut',
auch Vergangenheit ist deine Ladung.
Mit dir geht die ZEIT in die See,

vergangener Völker Sein
versinkt und schwimmt mit dir.
Du trägst die andern Kontinente,
ihren fernen Kampf, ihre Märtyrer und Helden
ihre Sagen und Kriege.
Für sie wie für dich
warten Triumph und Ziel im Hafen.
Führe das Rad mit kräftiger Hand
und wachsamen Auges,
o Steuermann, du hast große Gefährten."

Die Frist, für die Amerika die Freiheit geschenkt wurde, ist abgelaufen, und das Land muß jetzt seinen Verpflichtungen nachkommen. Wie aber läßt sich dies durch genaue Prüfungen messen? Ist die Lage der amerikanischen Lohn- und Gehaltsempfänger mit dem steigenden Produktionsvermögen der amerikanischen Wirtschaft besser geworden? Ist das amerikanische System elastisch genug, um den arbeitenden Menschen volle Freizügigkeit, ungehinderte Wahl des Arbeitsplatzes, Gewissensfreiheit und gleiche Möglichkeiten zu sichern? Hat sich ihr Los im Hinblick auf ihren Stand und ihren Einfluß ständig verbessert?

Der Leser kann diese Fragen bejahen oder verneinen, nachdem er sich mit dem Tatsachenmaterial dieser Abhandlung vertraut gemacht hat. Eine bejahende Antwort ist gleichbedeutend mit der Feststellung, daß sich der amerikanische Lohn- und Gehaltsempfänger gewisser politischer Rechte erfreut, daß er sich die Erfüllung gewisser wirtschaftlicher Wünsche leisten kann und daß er sozial geschützt ist. Eine verneinende Stellungnahme aber bedeutete, daß Ziele dieser Art innerhalb des amerikanischen Systems unmöglich zu verwirklichen sind und daß das Geschenk der Freiheit vergeudet wurde.

Außerhalb der Vereinigten Staaten herrschen sehr verworrene und falsche Anschauungen über die soziale und wirtschaftliche Lage des amerikanischen Arbeiters. Fabeln vom Reichtum, in dem alle Amerikaner schwimmen, wetteifern mit einer Propaganda, die Amerika als ein Land hinstellt, in dem versklavte Arbeiter für ausbeuterische Unternehmer fronen. Ein Vorzug der freien Gemeinschaft ist jedoch das Recht auf

freie Fragestellung, und von diesem Recht haben die Amerikaner ausgiebig Gebrauch gemacht.

Auf wahrheitsgetreuen Unterlagen beruhende, offizielle Untersuchungen sind über die meisten Punkte des sozialen und wirtschaftlichen Gefüges Amerikas durchgeführt und veröffentlicht worden. Die Verfasser haben ihr Material diesen Quellen entnommen und hoffen, damit klar und eindeutig den Interessen der Wahrheit gedient zu haben.

Die Abhandlung erörtert nur solche Faktoren, die den wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand des amerikanischen Arbeiters entscheidend beeinflussen und veranschaulichen. Zur besseren Ordnung und Übersicht läßt sich die Vielzahl dieser Punkte in folgende sechs Hauptgruppen zusammenfassen:

1. **Arbeitskräfte.** — Amerika ist eine Nation arbeitender Menschen, und von einer Gesamtbevölkerung von 145 Millionen sind 60 Millionen produktiv tätig. Wie stark ist der Beschäftigungsgrad, welchen Umfang hat die Arbeitslosigkeit, wie ortsgebunden ist die Arbeiterschaft, wie verteilen sich die Arbeitskräfte auf die einzelnen Industrien und Berufe?

2. **Produktionskapazität.** — Wie produktiv sind die im allgemeinen regelmäßig eingesetzten Arbeitskräfte und die Industrie, für die sie arbeiten? Deckt die Erzeugung tatsächlich einen angemessenen Bedarf aller sozialen Schichten?

3. **Kaufkraft und Lebensstandard.** — Wie wird der amerikanische Arbeitnehmer bezahlt und welche Lohnschichtung hat die amerikanische Industrie? Welche Tendenzen zeigen sich bei den Lohnunterschieden zwischen den einzelnen Berufen und Industrien und den verschiedenen Teilen des Landes? Welche Kaufkraft hat das Arbeitseinkommen des amerikanischen Menschen? Was kann der Durchschnittsarbeiter, in Zeiteinheiten seines Verdienstes gerechnet, an Gütern kaufen? Für welche Waren und Dienstleistungen wird das Familieneinkommen ausgegeben? In welcher Menge und Qualität und in welcher Auswahl können Arbeiter und Angestellte der unteren Einkommensgruppen Lebensmittel, Kleidung und Dienstleistungen erwerben, wie können sie anständig wohnen, ihre Freizeit angenehm verleben und trotzdem mit ihrem Geld auskommen?

4. Sozialschutz. — „Ein typischer Durchschnittsstandard" besagt für den Lohnempfänger wenig, wenn er keine lohnende Tätigkeit findet, um damit diesen Standard aufrecht erhalten zu können. Wie sind der amerikanische Arbeitnehmer und seine Angehörigen gegen finanzielle Einbußen durch Arbeitslosigkeit, Betriebsunfälle, Krankheit, Alter oder Tod geschützt? Sind betrieblicher Unfallschutz und Gesundheitsdienst genügend ausgebaut? Bestehen ausreichende Sicherungsbestimmungen für Frauen- und Kinderarbeit? Welche wirtschaftspolitischen Richtlinien der amerikanischen Regierung gelten für Kündigungsschutz und Vollbeschäftigung?

5. Gewerkschaften. — Die Gewerkschaften sind die Garanten, wenn nicht sogar die Urheber der meisten Vereinbarungen und Bestimmungen zum Schutze des Arbeiters. Sie können nur in dem Umfang wirken, in dem sie frei sind. Wie weit ist der amerikanische Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert und welche Arten von Gewerkschaften haben sich gebildet? Werden sie von der Regierung oder von den Arbeitgebern kontrolliert? Ist ihre Aktionsfähigkeit so stark beschnitten, daß sie zur Wirkungslosigkeit verdammt sind? Spielen sie eine aktive oder eine passive Rolle? Sind sie sich politischer Probleme bewußt und besitzen sie politischen Einfluß? Haben sie genügend Macht und Verhandlungsgeschick, um mit der Großindustrie über Arbeitsfragen verhandeln zu können?

6. Bürgerrechte. — Die Verfassungen des Bundes und der 48 Staaten garantieren dem einzelnen seine grundsätzlichen persönlichen und politischen Freiheiten. Welches sind die Wesenszüge der Freiheit der Meinung, der Religion und der Presse, der Rede- und Versammlungsfreiheit, der Freiheit der politischen Betätigung und der geheimen Wahl? Was bedeutet Freiheit vor ungerechtfertigter Haussuchung, Beschlagnahme, Verhaftung und Strafverfolgung? Welche Fortschritte wurden erzielt und wo besteht ein Mißverhältnis zwischen dem Ideal und der Praxis, die diese Freiheiten zu verwirklichen sucht? Kann sich eine Demokratie gegen ihre antidemokratischen Feinde schützen, ohne die Grundlagen ihrer Freiheit zu zerstören?

Diese Broschüre dient dem einfachen Zweck, vor allem die arbeitenden Menschen anderer Länder mit den wesentlichen Tatsachen vertraut zu machen, die das Wohlergehen ihrer amerikanischen Schicksalsgefährten bestimmen.

Wir wollen keine falschen Behauptungen aufstellen. Ein wirtschaftliches und soziales System allein kann niemals Sicherheit und Wohlstand garantieren — am allerwenigsten in Amerika. Die Vereinigten Staaten sind dreifach gesegnet mit gewaltigen Bodenschätzen und einer reichlichen Nahrungsmittelproduktion, mit der größten und leistungsfähigsten Industriekraft der Welt und mit einem großen, unterschiedlichen und anpassungsfähigen Heer von Arbeitskräften. Bedeutend und entscheidend, wenn auch nicht genau meßbar, ist der Einfluß, den dieses System und die drei genannten Punkte wechselseitig aufeinander ausüben; doch bleibt die Wahrheit folgender Feststellungen unbestritten: Ein Wirtschafts- und Sozialsystem, das die Freiheit des Einzelnen wahrt und die uneingeschränkte Mitarbeit des Einzelmenschen bei der Lösung der ihn bedrängenden Probleme gestattet, hat auch die besten Möglichkeiten, seine menschlichen und natürlichen Hilfsquellen weitgehend auszunutzen.

Für Whitman, der im 19. Jahrhundert den offensichtlichen Fehlschlag demokratischer Bewegungen in verschiedenen anderen Staaten miterlebte, konnte sich nur in Amerika mit seinen weiten Landmassen, seinen Schätzen, seiner Lebenskraft und dem Können seiner Menschen jenes politische und geistige Klima entwickeln, das die Demokratie zu vollem Erblühen zu bringen vermochte. Um der Wahrheit willen muß zugegeben werden, daß auch die Durchführung des amerikanischen Systems Schwächen aufweist. Ungleichmäßige Gestaltung der sozialen und rechtlichen Verhältnisse beschwört oft ernste Probleme herauf, und manchmal werden Fehlgriffe getan, die das Rechtsempfinden verletzen. Aber in den Vereinigten Staaten bemühen wir uns ständig um den Fortschritt. Unsere Fehler erschweren uns den Weg, aber sie können uns weder aufhalten noch von unserer Richtung abbringen. In den Vereinigten Staaten besteht heute ein Zusammenklang jener Kräfte, die

unerläßlich für eine männliche demokratische Führung und die Aufwärtsentwicklung eines Volkes sind: freie Arbeiter, freie Gewerkschaften, soziales Gewissen und soziales Verantwortungsbewußtsein — Ehrfurcht vor der Menschenwürde des einzelnen und wirtschaftliche Fähigkeiten. Die Amerikaner, und vor allen Dingen der amerikanische Arbeiter, wollen der Welt gegenüber hierin eine führende Stellung einnehmen und alle Staaten unterstützen, nicht um einer großzügigen Geste willen, sondern im Geiste echter Kameradschaft. Gewiß, wir wollen unsere materiellen Schätze mit den anderen teilen, aber noch stärker drängt es uns, andere an unserem gemeinsamen politischen Gut teilhaben zu lassen, an jenen freien Einrichtungen freier Menschen, die das innerste Mark jedes demokratischen, sozialen Gefüges bilden. Dies aber ist wahrlich das Geschenk der Freiheit.

Kapitel I

Die Beschäftigung des amerikanischen Volkes

Der zweite Weltkrieg hat das wirtschaftliche Denken in den Vereinigten Staaten grundlegend beeinflußt. Dem amerikanischen Volk gelang es in dieser Zeit, die Gesamtproduktion seiner Wirtschaft zu steigern, obwohl gleichzeitig 13 Millionen Männer und Frauen unter Waffen standen. Jeder war sich darüber klar, daß die Vereinigten Staaten nie mehr eine Arbeitslosigkeit in großem Maß dulden dürften; deshalb wurden noch vor Kriegsschluß Pläne ausgearbeitet, um diese Gefahr in der Nachkriegszeit zu bannen. Mit dem 1946 verabschiedeten „Beschäftigungsgesetz", einem wesentlichen Bestandteil der von Demokraten und Republikanern gemeinsam getragenen Gesetzgebung, machte das amerikanische Volk die Sicherung eines hohen Grades der Beschäftigung, des Einkommens und der Produktion zu einem Hauptziel der amerikanischen Wirtschaftspolitik.

Trotz dieses klar ausgesprochenen Zieles wurden im In- und Ausland zahlreiche Befürchtungen laut, daß die Vereinigten Staaten nach Kriegsschluß unter ausgedehnter Arbeitslosigkeit zu leiden haben würden. Sie standen nämlich vor dem Problem der Umstellung ihrer Industrie. Bei Kriegsende diente fast die Hälfte der amerikanischen Produktion militärischen Zwecken und wurde durch staatliche Mittel finanziert. Würde es gelingen, den Übergang zur Friedensproduktion so glatt und so reibungslos zu vollziehen, daß Arbeitsplatz- und Einkommensverluste keine verringerte Geldumlaufspirale hervorriefen? Das Nachkriegsproblem der Vereinigten Staaten bildete jedoch statt einer Verringerung des Geldumlaufs der Kampf gegen die den Geldumlauf erhöhenden Kräfte. Beschäftigungsstand und Einkommen haben sich seit dem Krieg erhöht, und die amerikanische Industrie mußte den Anforderungen des Inlandsbedarfes,

der Ausfuhr und der Nachfrage nach Produktionsmitteln für die Erweiterung der einheimischen Erzeugung gerecht werden. Niemand kann den zukünftigen Kurs einer außerordentlich stark gegliederten und ausweitungsfähigen Wirtschaft voraussehen; in den Vereinigten Staaten ist jedoch erkannt worden, wie wichtig die Beibehaltung eines wirtschaftlichen Gleichgewichts ist, und es fehlt nicht an Bemühungen, diese Frage wirkungsvoller als bisher zu lösen (vgl. Kapitel VI).

Abgesehen von saisonbedingten Schwankungen in Landwirtschaft und Industrie, hat die Beschäftigungsziffer seit Ende 1945 ständig zugenommen und Rekordhöhe erreicht. 1947 betrug der Durchschnitt der im zivilen Sektor Beschäftigten über 58 Millionen. Dem steht der höchste Beschäftigungsstand des Krieges im Jahre 1943 mit 54,5 Millionen und der von 47,5 Millionen Arbeitnehmern im Vorkriegsjahre 1940 gegenüber. Mitte 1948 waren, unter Berücksichtigung der Saisonschwankungen, durchschnittlich fast 60 Millionen im zivilen Sektor beschäftigt. Die Zahl der Arbeitslosen hat seit Kriegsende nie die 2,7-Millionen-Grenze überschritten, und der Durchschnitt für 1947 betrug weniger als 2,2 Millionen. Fast gleiche Zahlen gelten auch für die ersten Monate des Jahres 1948. Der Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtzahl der Beschäftigten betrug damit rund 3%, eine Spanne, die fast als eine normale Erscheinung angesprochen werden kann, da sie sich aus dem ständigen Umschichtungsprozeß innerhalb einer Wirtschaft ergibt. Allerdings handelt es sich dabei um den für das gesamte Gebiet der Vereinigten Staaten geltenden Durchschnitt, der von dem Arbeitslosenanteil in gewissen Industriegebieten und Teilen der Vereinigten Staaten übertroffen wird. Meist ist diese in der Regel durch freiwilligen Arbeitsplatzwechsel oder Änderungen des Beschäftigtenstandes in den verschiedenen Industrien und Gebieten der Vereinigten Staaten verursachte Arbeitslosigkeit jedoch nur von kurzer Dauer.

Die amerikanische Arbeiterschaft beweist gegenüber Saisonschwankungen und anderen regelmäßig wiederkehrenden Anforderungen beachtliche Anpassungsfähigkeit. Während des Krieges strömten ihr schätzungsweise 8 Millionen zusätzliche

Oben: Arbeiter legen den Unterwasser-Brooklyn-Manhattan-Tunnel, der für den Wagenverkehr unter dem East River bestimmt ist, mit Gußeisen aus. — **Unten:** Sicherheitsmaßnahmen sind gesetzlich vorgeschrieben. Schutzbrillen verhüten Augenverletzungen durch Metallsplitter.

Oben: Moderne hygienische und maschinelle Methoden in einem Molkereibetrieb auf einer Farm in Minnesota. — **Unten:** Moderne Arbeitsmethoden am laufenden Band in einem Fleischversandbetrieb in Minnesota.

Arbeitskräfte zu, und nach einer fast automatischen Schrumpfung von über 6 Millionen in den ersten zwei Nachkriegsjahren erweiterte sie sich im vergangenen Jahr stärker als vorgesehen. Zur Zeit umfaßt sie um 2 Millionen mehr Arbeitskräfte, als auf Grund des normalen Bevölkerungszuwachses erwartet werden konnte, obwohl eine Million Kriegsteilnehmer mit Unterstützung der amerikanischen Regierung als ordentliche Studierende augenblicklich nicht in den Arbeitsprozeß eingeschaltet sind. Die Saisonschwankungen während des Jahres rufen Schrumpfungen und Erweiterungen der Zahl der auf dem Arbeitsmarkt Beschäftigten hervor, die rund 4 Millionen Arbeitskräfte erfassen. Sie beruhen hauptsächlich auf der vorübergehenden Mitarbeit von Familienangehörigen in der Landwirtschaft und auf dem Zustrom junger Arbeitskräfte während des Sommers.

Der Wunsch nach bezahlter Beschäftigung hängt in den Vereinigten Staaten von sehr verschiedenen Umständen ab, und ein Arbeitsuchender wird sich von seinen Bedürfnissen, Möglichkeiten und Neigungen leiten lassen. Die Schulpflicht ist in den einzelnen Staaten zwar nicht ganz einheitlich festgesetzt, sie bewirkt aber, daß, abgesehen von einem kleinen Prozentsatz, alle unter 18 Jahre alten Jugendlichen dem Arbeitsmarkt ferngehalten werden. Den größten Teil der arbeitenden männlichen Bevölkerung stellen die 25- bis 60jährigen. Bei den Frauen sind die 18- bis 24jährigen auf dem Arbeitsmarkt am stärksten vertreten; die Kurve fällt dann scharf in den Altersgruppen ab, die vor allem für eine Mutterschaft in Frage kommen, und zeigt dann bei den 35- bis 54jährigen wieder ansteigende Tendenz (Einzelheiten ergeben sich aus der Tabelle auf Seite 4).

Die steigende Zahl weiblicher Arbeitnehmer offenbart eine der bedeutsamen Entwicklungen, die sich in den Vereinigten Staaten vollziehen. Sie beruht auf veränderten sozialen Auffassungen von der Frauenarbeit, auf den vermehrten Beschäftigungsmöglichkeiten, die sich Frauen in der Großstadt und im modernen Wirtschaftsleben überhaupt bieten, sowie auf der Befreiung von einem großen Teil der Arbeitslast im Haus-

halt. Entscheidend dürfte aber wahrscheinlich der Wunsch der Frauen nach einem tätigen Leben und nach sozialer, wirtschaftlicher und auch rechtlicher Unabhängigkeit sein. Grundsätzlich bestehen bei der Beteiligung des weiblichen Teiles der Bevölkerung auf dem Arbeitsmarkt bemerkenswerte Unterschiede zwischen Stadt und Land, den einzelnen Teilen der Vereinigten

BEVÖLKERUNG UND ARBEITSKRÄFTE (ÜBER 14 JAHRE) APRIL 1947 [1])

Alter und Geschlecht	Anzahl in 1000		In Prozentsätzen der Gesamtbevölkerung für jede Altersgruppe			
	Bevölkerung	Arbeitskräfte	Arbeitskräfte	Anderweitig Beschäftigte: Im Haushalt	Anderweitig Beschäftigte: In Schulen	Anderweitig Beschäftigte: Andere [2])
Insgesamt, 14 Jahre und älter	108.450	60.650	55.9	29.9	7.6	6.6
Männlich, 14 Jahre und älter	53.620	44.310	82.6	[3])	7.8	9.4
14—15	2.160	470	21.8	[3])	73.1	[3])
16—17	2.270	1.040	45.8	[3])	49.8	[3])
18—19	2.360	1.850	78.4	[3])	16.1	5.5
20—24	6.020	4.980	82.7	....	13.3	4.0
25—34	11.140	10.500	94.3	[3])	2.6	3.2
35—44	9.880	9.560	96.8	[3])	[3])	3.2
45—54	8.350	7.850	94.0	[3])	[3])	5.7
55—64	6.370	5.670	89.0	[3])	[3])	10.8
65 und älter	5.060	2.390	47.2	[3])	....	52.2
Weiblich, 14 Jahre und älter	54.830	16.340	29.8	59.0	7.3	3.8
14—15	2.100	170	8.1	[3])	86.2	[3])
16—17	2.210	530	24.0	10.4	62.9	[3])
18—19	2.300	1.120	48.7	26.1	23.5	[3])
20—24	6.100	2.700	44.3	50.3	3.8	[3])
25—34	11.740	3.650	31.1	67.5	[3])	[3])
35—44	10.160	3.580	35.2	63.6	[3])	[3])
45—54	8.400	2.690	32.0	66.1	[3])	[3])
55—64	6.280	1.460	23.2	72.9	[3])	3.7
65 und älter	5.540	440	7.9	70.0	[3])	22.0

[1]) Aufgeschlüsselte Zahlen für April 1948 liegen noch nicht vor. Einschließlich aller Angehörigen der US-Streitkräfte.
[2]) Einschließlich aller Heiminsassen, Invaliden, Rentner usw.
[3]) Die den Zahlen unter 100.000 entsprechenden Prozentsätze sind nicht angeführt.
Anmerkung: Da die Aufschlüsselungsposten jeweils auf- beziehungsweise abgerundet wurden, entsprechen ihre Summen nicht immer den Ausgangswerten. Das gleiche gilt auch für Textzitierungen.
Nach Quellen des Amerikanischen Statistischen Amtes.

Staaten, sowie Unterschiedlichkeiten nach Gesichtspunkten der Rasse, der Herkunft und des Einkommens. Im April 1948 belief sich der weibliche Anteil an der Gesamtzahl der amerikanischen Arbeiter auf 17,2 Millionen oder rund 31% aller über 14 Jahre alten Frauen.

Im gleichen Monat betrug die Bevölkerung der Vereinigten Staaten 145 Millionen, und die Gesamtzahl der Arbeitskräfte einschließlich der 1,2 Millionen Angehörigen der US-Streitkräfte 61,8 Millionen. Von den Arbeitskräften des zivilen Sektors waren 58,3 Millionen beschäftigt und 2,2 Millionen arbeitslos. 7,4 Millionen arbeiteten in der Landwirtschaft und die übrigen 50,9 Millionen in allen anderen Berufen. Nicht alle Beschäftigten arbeiteten tatsächlich während des ganzen Monats und auch nicht alle hatten eine Ganztagsarbeit. Im April 1948 z. B. fielen 900 000 Personen, die sich als vollbeschäftigt gemeldet hatten, wegen vorübergehender Krankheit aus, 250 000 nahmen bezahlten oder unbezahlten Urlaub, 400 000 waren wegen Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern, in die ihre eigenen Arbeitgeber verwickelt waren, vorübergehend untätig, und 150 000 mußten zeitweise wegen Stillegungen aussetzen, rechneten jedoch mit der Wiederaufnahme der Arbeit innerhalb von 30 Tagen.

Im April 1948 arbeiteten 3% der amerikanischen Arbeiter wöchentlich zwischen 1 und 14 Stunden, 6% zwischen 15 und 29 Stunden, 8% zwischen 30 und 39 Stunden. 53% leisteten 40 bis 47 Stunden und 29% über 48 Stunden. Nicht alle Arbeitsfähigen suchen eine ganztägige Beschäftigung; viele wünschen sie nicht und wären auch gar nicht in der Lage, sie anzunehmen. Dies gilt vor allen Dingen für Frauen, viele jugendliche Arbeitskräfte und ältere Arbeiter. Nach einer im September 1947 durchgeführten Untersuchung äußerten von den 4,8 Millionen Kurzarbeitern über 4 Millionen den Wunsch, bei der bisherigen Regelung zu verbleiben. Dem stehen allerdings rund 4 Millionen andere Arbeitnehmer gegenüber, die zwar eine Ganztagsbeschäftigung hatten, aber kurzarbeiten mußten. Die Statistik ist hier ein Spiegelbild der Verschiedenartigkeit der Arbeitsmöglichkeiten, der wechselnden Anforderungen der

Industrie, der Umstände des Einzelfalles, der Wetterbedingungen und all der vielfältigen Gründe, die innerhalb eines großen und umfassenden Wirtschaftsgebildes die Produktionstätigkeit bestimmen.

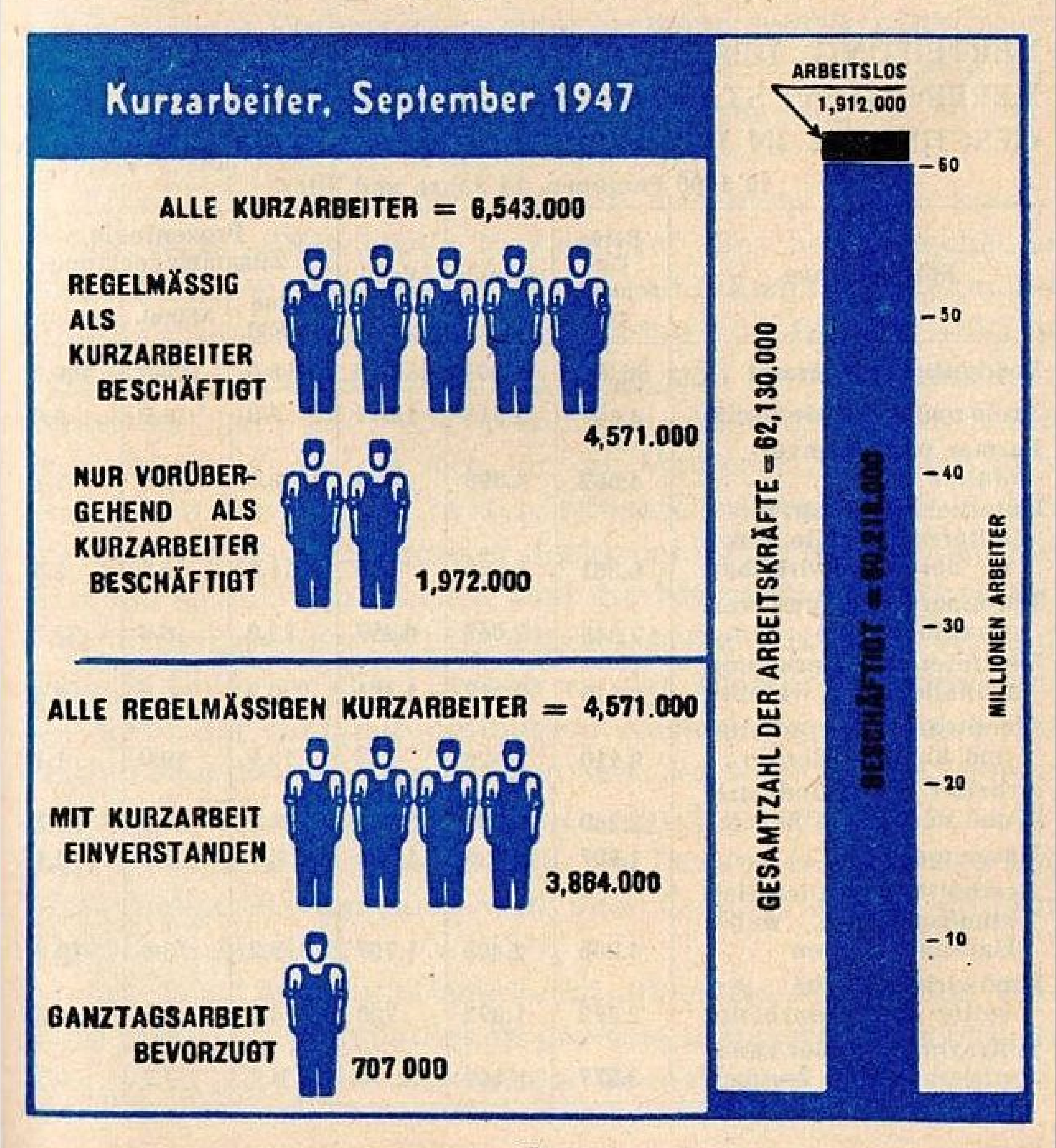
Die Mehrzahl der Arbeitenden in den Vereinigten Staaten besteht aus Lohn- und Gehaltsempfängern. Im April 1948 betrug ihre Zahl beispielsweise 45,8 Millionen, während 12,5 Millionen Unternehmer, freiberuflich Schaffende oder mitarbeitende Familienangehörige waren. Hier besteht ein ausgeprägter Unterschied zwischen landwirtschaftlichen und nichtlandwirtschaftlichen Beschäftigungsverhältnissen. In der Landwirtschaft betätigten sich 5,9 Millionen Beschäftigte im eigenen Betrieb oder als mitarbeitende Familienangehörige und nur 1,5 Millionen waren Lohnarbeiter. Auf allen anderen Gebieten dagegen standen den 44,3 Millionen der zweiten Gruppe nur 6,6 Millionen der ersten gegenüber.

Das Beschäftigungsbild in den nichtlandwirtschaftlichen Berufen ist außerordentlich mannigfaltig. Obwohl die Industrie den Kern der wirtschaftlichen Tätigkeit der Vereinigten Staaten darstellt, beschäftigt sie weniger Arbeitskräfte als alle nicht zur Industrie gehörigen Erwerbszweige, und von den 16 Millionen in industriellen Betrieben Beschäftigten arbeiten mehrere Millionen, vor allem die Gehaltsempfänger, nicht in Fabrik- oder Erzeugungsbetrieben. In der Industrie verteilt sich die Zahl der Beschäftigten ungefähr gleichmäßig auf die Dauer- und Verbrauchsgütererzeugung. Rund 4 Mill. Menschen arbeiten in Transport- und in privaten Versorgungsbetrieben.

Das Baugewerbe beschäftigt, ohne Berücksichtigung der Bauarbeiter, die bereits auf den Lohnlisten anderer Industrien geführt werden, rund 1,8 Millionen. Im Bergbau arbeiten insgesamt weniger als 900 000 Menschen. Eine bedeutende Stellung nehmen die verschiedenen Verteilungs- und Dienstleistungsgewerbe ein: der Groß- und Kleinhandel mit 8,8 Millionen, die Geldinstitute mit 1,6 Millionen und alle anderen Dienstleistungsgewerbe mit 4,7 Millionen Beschäftigten. Die Zahl der Hausangestellten beträgt weniger als 2 Millionen und zeigt eine abnehmende Entwicklung. Die Verwaltung des Bundes und der

Staaten und die unteren Verwaltungsbehörden beschäftigen 5,5 Millionen Zivilpersonen, während alle übrigen Arbeitnehmer in der Privatindustrie beschäftigt sind.

Die soziale und politische Schichtung eines Landes wird in mancher Hinsicht durch die berufliche Zusammensetzung seiner Bevölkerung beeinflußt. Dies gilt für die Vereinigten Staaten allerdings vielleicht in geringerem Maße als für viele andere Länder, weil in Amerika die sozialen Umschichtungsmöglichkeiten und die Umstellungsfähigkeit der amerikanischen Bevölkerung auf andere Berufe sehr groß sind. Diese Elastizität in der Einstellung zum Beruf wird durch die Unterschiede in der Beschäftigung bei Eltern und Kindern deutlich,



ebenso durch die vielfältigen Arbeitserfahrungen, die der einzelne während seines Lebens sammelt. Der Krieg brachte tiefgreifende Veränderungen in der Berufszugehörigkeit des einzelnen mit sich, und die Wandlung der Berufsstruktur seit Kriegsende ist ein Spiegelbild der veränderten Anforderungen, die das Land an sein Arbeiterpotential stellt. Mit der zunehmenden Industrialisierung der amerikanischen Wirtschaft, der Abnahme der Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiter, mit der Schaffung neuer Güter und Industrien und der Verringerung der Zahl der Arbeitskräfte in bereits bestehenden Betrieben, die durch den technischen Fortschritt bedingt ist, haben sich auf lange Sicht bedeutsame Veränderungen vollzogen.

VERTEILUNG DER ARBEITENDEN BEVÖLKERUNG DER VEREINIGTEN STAATEN NACH BERUFSGRUPPEN UND GESCHLECHT IN DER WOCHE VOM 4. BIS 10. APRIL 1948

in 1000 Personen, 14 Jahre und älter

Berufsgruppe	Beide Geschlechter	Männl.	Weibl.	Prozentuale Zusammensetzung		
				Beide Geschl.	Männl.	Weibl.
Beschäftigte insgesamt . .	58.330	41.801	16.529	100.0	100.0	100.0
Freie und halbfreie Berufe	4.097	2.513	1.584	7.0	6.0	9.6
Farmer und Farmverwalter	4.662	4.388	274	8.0	10.5	1.7
Unternehmer, Betriebsleiter und Beamte, außer in der Landwirtschaft	6.381	5.466	915	11.0	13.1	5.5
Büroangestellte und verwandte Berufe	7.345	2.848	4.497	12.6	6.8	27.2
Vertreter und Verkäufer, männlich und weiblich	3.613	2.212	1.401	6.2	5.3	8.5
Handwerker, Vorarbeiter und ähnliche Berufe . .	8.110	7.926	184	13.9	19.0	1.1
Arbeiter in der Industrie und verwandte Berufe	12.260	8.832	3.428	21.0	21.0	20.7
Hausangestellte	1.807	136	1.671	3.1	0.3	10.1
Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, außer Hausangestellten . . .	4.206	2.409	1.797	7.2	5.8	10.9
Landwirtschaftliche Arbeiter und Vorarbeiter	2.572	1.872	700	4.4	4.5	4.2
Hilfsarbeiter, außer Landwirtschaft und Bergbau	3.277	3.199	78	5.6	7.7	0.5

Kapitel II

Die Grundlagen des amerikanischen Lebensstandards

Massenproduktion für den Allgemeinbedarf. Der Wohlstand eines Volkes, vor allem der der großen Masse, seiner einfachen Arbeiter, wird durch das Gesamtaufnahmevermögen seiner Wirtschaft und den für den Inlandsverbrauch verfügbaren Produktionsumfang begrenzt. Charakteristisch für die Vereinigten Staaten ist das Vorherrschen einer breit angelegten, genormten, für den allgemeinen Bedarf bestimmten Massenerzeugung, während nur ein beschränkter Teil der Erzeugung die Sonderwünsche bevorzugter Gruppen befriedigt.

Schon Alexis de Tocqueville hat in seinem großen klassischen Werk „Demokratie in Amerika" dies hervorstechende Merkmal der amerikanischen Wirtschaft erkannt. Der bekannte französische Geschichtsphilosoph weilte von 1831 bis 1832 in den Vereinigten Staaten und erklärte, daß, je demokratischer, freier und gebildeter eine Nation sei, desto größer auch die Zahl derer würde, die sich für die Wissenschaften und ihre praktische Anwendung in der Industrie interessieren. In den Vereinigten Staaten, sagte er, lenkt der Wille der Kunden die Erzeugung, und die Kunden sind die Masse der Bevölkerung. Das vorherrschende Wirtschaftsziel besteht in dem Verkauf billiger Güter an alle. Deshab werden Methoden geschaffen, um schneller und mit geringeren Kosten bessere Arbeit zu leisten und damit Güter herzustellen, die weniger den Launen der Reichen als dem Bedarf des Durchschnittsverbrauchers genügen. Diese Darstellung hat für die heutige Bevölkerung der Vereinigten Staaten noch weit eher Geltung als für die vor einem Jahrhundert.

Die Welt kennt und anerkennt allgemein den großen Umfang und die Mannigfaltigkeit der amerikanischen Produktion, und es ist der Mühe wert, einige in meßbaren Einheiten aus-

gedrückte Beispiele anzuführen. Zur besseren Vergleichsmöglichkeit mit der Erzeugung anderer Länder sind die Angaben je Kopf der Bevölkerung in Zahlen umgerechnet.

Die folgende Tabelle enthält einige, auf den neuesten Zahlenangaben beruhende Beispiele für die Jahreserzeugung wichtiger Güter und Dienstleistungen je Kopf der Bevölkerung.

Erzeugnis	Jahresproduktion je Kopf der Bevölkerung
Kohle	4,25 t
Stahl	0,54 t
Erdöl	1,74 t
Elektrizität	2.130 kWh
Personenbeförderung auf dem Schienenwege	513 Passagier-km
Güterbeförderung auf dem Schienenwege	6.636 t-km
Kraftfahrzeugpersonen- und -güterbeförderung	4.191 Kfz-km
Schuhe und Hausschuhe (ohne Gummischuhe)	3,25 Paar
Damenstrümpfe	12,43 Paar
Weizen	258 kg
Mais (nur Körner)	380 kg
Fleisch (Rind, Kalb, Lamm, Hammel, Schwein — ohne Knochen)	73 kg
Milch	375 kg
Frischobst	61 kg
Frischgemüse	112 kg

Die umfangreiche und gegliederte amerikanische Produktion beruht auf den Natur- und Bodenschätzen der Vereinigten Staaten. Diese sind zwar in reicher Fülle und Auswahl vorhanden, aber das allein gewährleistet noch nicht eine sinnvolle Ausnutzung. Grundlegende Produktionserfordernisse sind nämlich die Wendigkeit, Erfindungsgabe und Tatkraft des einzelnen sowie der Geist der Gruppenzusammenarbeit. Diese Besonderheiten entstanden durch den Zusammenschluß von Menschen aus fast allen Ländern der Erde, die nach den Vereinigten Staaten kamen, um dort einen neuen Lebensstil zu schaffen. Dieser Lebensstil kann zwar bei weitem nicht als vollkommen oder ideal gelten, ist aber dennoch anpassungsfähig und fortschrittlich. Er verkörpert persönliche Freiheit, Ansporn und Tatkraft des einzelnen. Diese Grundsätze sind aber auch eng

verknüpft mit einer Vielfalt öffentlicher und privater Gruppentätigkeit, die dafür sorgt, daß die erstrebten Ziele offen besprochen, durch Vereinbarungen festgelegt und mit einem Geringstaufwand an Zwangsmaßnahmen verwirklicht werden.

Hoher Produktionsstand. Der von Alexis de Tocqueville während der Entwicklungszeit der USA beschriebene Geist der „Demokratie in Amerika" hat auch in der Folgezeit das amerikanische wirtschaftliche und soziale Leben befruchtet. Auf wirtschaftlichem Gebiet verhalf er uns zu jener bemerkenswerten Erzeugungskraft, welche die Voraussetzung unseres Lebensstandards und aller Hilfe bildet, die wir in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg anderen Ländern zukommen lassen konnten.

Diese Erzeugungskraft läßt sich an Hand einiger Beispiele für den Ausstoß je Mann und Arbeitsstunde beweisen. Die Angaben beruhen auf Ergebnissen der letzten Erhebungen in Fertigungsindustrien und im Bergbau aus dem Jahre 1939.

STUNDENLEISTUNG JE ARBEITER IM JAHRE 1939

Kohle	**$^{7}/_{10}$ t**
Roheisen (einschließlich Legierungen)	**$^{9}/_{10}$ t**
Zement	**$^{1}/_{2}$ t**
Gemälzte alkoholische Getränke (Bier, Ale, Porter usw.)	**$1^{1}/_{2}$ hl**
Stiefel und Schuhe (außer Gummischuhen) . .	**$1^{1}/_{10}$ Paar**
Rübenzucker	**64 kg**
Zigarren	**56 Stück**

Der vielgestaltige technische Fortschritt hat in den letzten Jahrzehnten zu wesentlichen Erhöhungen der Erzeugungskraft, das heißt, der meßbaren Stundenleistung des einzelnen Arbeiters geführt. Diese durchschnittliche Steigerung des Ausstoßes je Mann und Arbeitsstunde wird für alle Fertigungsbetriebe auf ungefähr 3% jährlich geschätzt. Auch die Leistungen der Bergarbeiter haben mit dieser allgemeinen Aufwärtsentwicklung der Industrie Schritt gehalten. Im Transportgewerbe bewältigte das Personal der amerikanischen Eisenbahnen im Jahre 1946 pro Arbeitsstunde das Zweieinhalbfache des Verkehrsumfangs des Jahres 1916, und in der gleichen Zeit vervierfachte sich die Stundenleistung der Kraftwerke.

Drei Hauptgründe haben den Umfang der amerikanischen Produktion beeinflußt. Der Bevölkerungszuwachs der letzten 25 bis 30 Jahre hat zu einer 50%igen Steigerung der Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte geführt, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die Auswirkungen dieser zahlenmäßigen Vermehrung zum Teil durch sehr einschneidende Verkürzungen der Arbeitswoche wieder wettgemacht wurden. Der entscheidendste Punkt für die Ausweitung der Produktion dürfte daher in der Steigerung der persönlichen Stundenleistung und der damit gleichlaufenden Verbesserung und Erweiterung der Produktionsanlagen zu suchen sein.

Diese Produktivitätssteigerungen der Wirtschaft haben dem einzelnen Arbeiter bemerkenswerte Vorteile verschafft. Der Durchschnittsfabrikarbeiter kann sich zum Beispiel heute ungefähr doppelt soviel kaufen wie sein Kollege vor 30 Jahren. Der Arbeiter hat damit einen Doppelerfolg errungen: Der Lohn ist sein direkter Anteil am vergrößerten volkswirtschaftlichen Ertrag. Er gestattet dem Arbeitnehmer, mehr Güter und Dienstleistungen zu erwerben, und die Verringerung der Arbeitsstunden bietet ihm mehr Freizeit und mehr Möglichkeiten zur Teilnahme am Leben seiner Umwelt (vgl. die Darstellungen auf den Seiten 14 und 22).

Verbrauch je Kopf der Bevölkerung. Der allgemeine Konsum läßt sich sehr wirkungsvoll durch eine Untersuchung des Verbrauches je Kopf der Bevölkerung darstellen. Die vom amerikanischen Landwirtschaftsministerium ausgearbeitete Tabelle auf Seite 13 gibt Aufschluß über den Lebensmittelverbrauch und ist vom Gesichtspunkt des allgemeinen Lebens- und Ernährungsstandards in den Vereinigten Staaten sehr aufschlußreich.

Einige Zahlen aus der Tabelle über die Jahreserzeugung von Gütern und Dienstleistungen je Kopf der Bevölkerung sind gleichzeitig ungefähre Maßstäbe für den Verbrauch des einzelnen. Dazu gehören die Stromerzeugung mit 2130 kWh, der Personenverkehr der Eisenbahn mit 513 Passagier-km, die Eisenbahngüterbeförderung mit 6636 t-km und der Kraftfahrzeugverkehr mit 4191 Kfz-km.

Die Zahlen für den Verbrauch je Kopf der Bevölkerung sprechen zwar im allgemeinen für sich selbst, es kann jedoch darauf hingewiesen werden, daß sie einen hohen Durchschnittsverbrauch für alle sozialen Schichten deutlich werden lassen. Die Zahl der gekauften Paar Lederschuhe je Einzelverbraucher ist zum Beispiel nicht hoch, und die Tatsache, daß der Durchschnitt im Jahre 1947 bei 2,8 lag, ist ein guter Gradmesser für die Sättigung des Marktes. Eier sind nicht sehr stark gefragt, und es ist bezeichnend, daß 1947 je Kopf und Tag nur ein Ei verzehrt wurde.

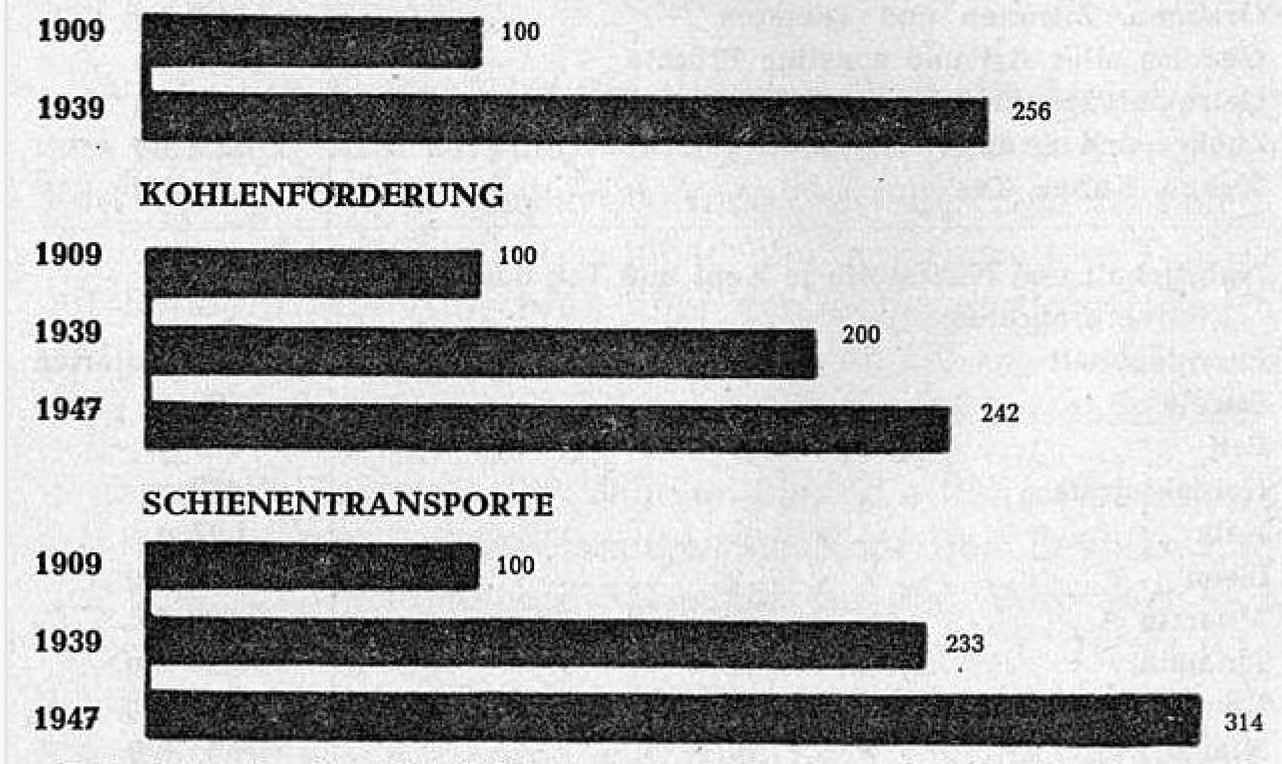
JÄHRLICHER LEBENSMITTELVERBRAUCH DER ZIVILBEVÖLKERUNG IN DEN VEREINIGTEN STAATEN 1947

Lebensmittel	je Kopf
Molkereierzeugnisse, ohne Butter, in Milch umgerechnet	240 l
Eier	365 Stück
Fleisch, Geflügel, Fisch	75,3 kg
Fette und Öle, einschließlich fettes Fleisch und Butter	29,0 kg
Trockenbohnen und -erbsen, Nüsse und Sojamehl	9,1 kg
Kartoffeln und Süßkartoffeln	60,3 kg
Orangen, Zitronen und Tomaten	51,3 kg
Gemüse aller Art und sonstige Früchte	159,2 kg
Getreideerzeugnisse	84,4 kg
Zucker und Sirup	52,2 kg
Kakao, Kaffee, Tee	8,6 kg
Nährgehalt und Nährstoffe je Kopf und Tag des Zivilverbrauchers:	
Energiegehalt	3.420 Kalorien
Eiweiß	98 g
Fett	142 g
Kohlehydrate	432 g
Kalk	1,07 g
Eisen	18,4 mg
Vitamin A	9.000 I.E.
Thiamin	2,16 mg
Riboflavin (Vitamin B_2)	2,45 mg
Niazin	20,6 mg
Askorbinsäure (Vitamin C)	129 mg

Den Verbrauch je Kopf der Bevölkerung auf anderen Gebieten erläutern einige Beispiele, die einen Vergleich mit den entsprechenden Produktionszahlen des Jahres 1947 ermöglichen (vgl. Seite 51, 52 und 77).

Verbrauch	je Kopf der Bevölkerung
Leder- und Hausschuhe für den Zivilbedarf .	2.8 Paar
Kohle	3.76 t
Kraftstoff	0.64 t
Heizöl	0.83 t
Energie, insgesamt (aus Kohle, Öl, Gas, Holz und Wasserkraft)	52 Millionen kcal
Ende 1947 an das Wählernetz angeschlossene Fernsprecher	1 für je 4 Einwohner
Polizeilich gemeldete Kraftfahrzeuge, außer Dienstwagen der Regierung	1 für je 4 Einwohner
Elektrische Kühlschränke, die 1947 gekauft wurden	1 für je 40 Einwohner
Rundfunkgeräte, Plattenspieler und Fernsehempfänger, die 1947 gekauft wurden . . .	1 für je 8 Einwohner

LEISTUNGSINDEX JE ARBEITSSTUNDE DES LOHNEMPFÄNGERS



Industrieindex für 1947 fehlt, da entsprechende statistische Angaben noch nicht vorliegen.

Kapitel III

Nennwert- und Sachwert-Stundenlohn

Der Nennwertlohn. Dollarlöhne lassen sich mit den Arbeitsverdiensten in anderen Währungen schwer vergleichen, aber es erscheint trotzdem angezeigt, einige bezeichnende Lohnsätze in Dollar anzuführen.

Der Durchschnittsstundenverdienst (einschließlich Überstundenzuschläge) und der durchschnittliche Wochenlohn für das Jahr 1947 (nicht der Wochenverdienst bei ganztägiger Beschäftigung, sondern der von allen auf den Lohnlisten angeführten Arbeitern bei Stichproben innerhalb einer Zahlungsperiode erreichte Durchschnitt) ergeben sich aus der nachfolgenden Tabelle. Diese enthält Angaben über die gesamte Fertigungsindustrie sowie über verschiedene andere Industriezweige, die nicht der Fertigung dienen. Die meisten Industrie-

DURCHSCHNITTLICHE STUNDEN- UND WOCHENLÖHNE IN DEN VEREINIGTEN STAATEN IM JAHRE 1947

Industrie	Wochendurchschnitt	Stundendurchschnitt
	in Dollar	
Fertigungsindustrie (alle Fabrikbetriebe)	49.25	1.22
Anthrazit	62.70	1.67
Pechkohle	66.86	1.63
Erzbergbau	52.16	1.31
Licht- und Kraftstrom	57.12	1.37
Großhandel	52.40	1.26
Kleinhandel	36.67	0.99
Großwäschereien	32.77	0.77
Reinigungsanstalten und Färbereien	36.99	0.90
Straßenbahnen und Autobusse	57.74	1.22
Dampfeisenbahnen	54.71	1.17
Baugewerbe	63.30	1.68

löhne haben seit Ausarbeitung dieser Tabelle weiter eine Aufwärtsentwicklung gezeigt. (Die Tarife der Landarbeiter werden auf den Seiten 75 und 76 besprochen.)

1947 erhielten die mit der Herstellung von Arbeitshemden beschäftigten Arbeiter die niedrigsten Wochenlöhne, die überhaupt in der Fertigungsindustrie bezahlt wurden, nämlich 25,30 Dollar. Sie hatten mit 34,7 Arbeitsstunden aber auch die kürzeste Arbeitswoche. Die höchsten Löhne mit einem Wochendurchschnitt von 66,98 und einem Stundendurchschnitt von 1,70 Dollar zahlten Zeitungs- und Zeitschriftenverlage. (Die Angaben gelten nur für Schriftsetzer und Drucker.) Der niedrigste Durchschnittsstundenlohn, 0,72 Dollar, wurde in der Baumwollölindustrie bezahlt. Bei den in der obigen Tabelle aufgeführten, nicht der Fertigung dienenden Industrien zahlten die Großwäschereien mit 0,77 Dollar den niedrigsten Stundenlohn und mit 32,77 Dollar auch den niedrigsten Wochenlohn. Diese Industrie hat meist örtlichen Charakter und unterliegt nicht den Mindestlohnbestimmungen des bundesstaatlichen Gesetzes für gerechte Arbeitsnormen (Federal Fair Labor Standards Act) (vgl. Seite 90 und 91), allerdings können verschiedene örtliche Mindesttarifgesetze angewendet werden. Die Löhne des Kleinhandels, vor allem der durchschnittliche Wochenverdienst, sind verhältnismäßig niedrig, weil sehr viele der Beschäftigten nicht ganztägig arbeiten. Bei Industrien, in denen niedrige Tarife vorherrschend sind, kann im allgemeinen auch auf eine entsprechend schwache Gewerkschaftsorganisation geschlossen werden.

Die Löhne der einzelnen Berufsgruppen sind in einem Wirtschaftsgebilde, das sich wie die Vereinigten Staaten über einen ganzen Kontinent erstreckt, sehr verschieden. Es lassen sich hier nur einige bezeichnende Tarifsätze anführen, die sich aus kürzlich durchgeführten Untersuchungen ergeben. Zur besseren Vergleichsmöglichkeit und Übersicht sind die Tarife (einschließlich Akkordlöhne) in durchschnittlichen Stundenverdienst ohne Zuschläge für Überstunden und Sonderschichten umgerechnet. Der Bruttostundenverdienst liegt über diesen errechneten Lohnsätzen.

In der Maschinenindustrie, die verhältnismäßig hohe Löhne zahlt, ergeben sich in zehn verschiedenen Städten mit hohen und niedrigen Sätzen folgende Unterschiede in der Entlohnung von Verladearbeitern (niedrigster Tarif), Werkzeugmachern, Formern (höchster Tarif) und Maschinisten:

Berufsgruppe	Stundenlohn in Dollar
Ungelernte Verladearbeiter	
Detroit, Michigan	1.30
Charlotte, Nord-Carolina	0.66
Werkzeugmacher und Former	
San Francisco, Kalifornien	2.00
Atlanta, Georgia; Dallas, Texas; Denver, Colorado; Providence, Rhode Island	1.45
Maschinisten in der Industrie	
San Francisco, Kalifornien, Seattle, Washington	1.67
Charlotte, Nord-Carolina	1.16

Die nachfolgende Tabelle gibt Aufschluß über hohe und niedrige Stundenverdienste weiblicher Arbeitskräfte in einer Industrie mit niedrigen Tarifen (Herren- und Knabenhemden). Die Zahlen gelten für vier Städte des amerikanischen Nordens, Südens und Westens im September 1947.

Berufsgruppe	Stundenlohn in Dollar
Philadelphia, Panama	
Maschinensaumnäherinnen (Maschinenarbeit), Vorder- und Rückenteil	1.08
Zubringerinnen	0.74
Newark, New Jersey	
Kragennäherinnen (Maschinenarbeit)	1.36
Zubringerinnen	0.82
Dallas, Texas	
Taschenaufnäherinnen (Maschinenarbeit)	0.92
Büglerinnen und Pressenbüglerinnen (Hand- und Maschinenarbeit)	0.63
Los Angeles, Kalifornien	
Pressenbüglerinnen (Maschinenarbeit)	1.34
Taschenaufnäherinnen (Maschinenarbeit)	0.77

Im Dezember 1947 und Januar 1948 wurden in verschiedenen Städten der Vereinigten Staaten Erhebungen über den Wochenverdienst der Bürokräfte angestellt. Die Untersuchung erstreckte sich auf Fabriken, Transport- und verschiedene öffentliche Versorgungsbetriebe, auf Handelsunternehmen, Geldinstitute, Versicherungen, Maklerfirmen und Dienstleistungsbetriebe.

Der größte Teil der Angestellten setzt sich aus Frauen und Mädchen zusammen. Gerade für Bürokräfte sind besondere Vergünstigungen, die neben dem Nennwertlohn gewährt werden, besonders wichtig. Aus der nachfolgenden, nach Städten, Geschlecht und Berufen gegliederten Tabelle ergeben sich in den von der Erhebung erfaßten Städten folgende Unterschiedlichkeiten des durchschnittlichen wöchentlichen Nennwerteinkommens:

Berufsgruppe	Niedrigstes durchschnittl. Wocheneinkommen		Höchstes durchschnittl. Wocheneinkommen	
	Betrag in Doll.	Stadt	Betrag in Doll.	Stadt
Weibliche Registratur-angestellte (Tarif B)	**28.81**	**Boston, Massachusetts**	**34.27**	**Chicago, Illinois**
Buchhalterinnen (Hand)	**43.98**	**Bufallo, N. Y.**	**55.11**	**New York**
Männliche Angestellte				
Laufburschen	**28.09**	**Dallas, Texas**	**32.98**	**Seattle, Washington**
Buchhalter (Hand)	**52.96**	**Dallas, Texas**	**64.43**	**New York**

Die Zusammenstellung läßt erkennen, daß die niedrigsten und die höchsten Gehälter der Buchhalter in den von der Erhebung erfaßten Städten über denen ihrer weiblichen Kollegen liegen. Dies berechtigt jedoch nicht zu dem Schluß, daß Frauen grundsätzlich für gleiche Arbeit geringere Bezahlung erhalten. Der Buchhalter in einem bestimmten Betrieb oder an einem bestimmten Arbeitsplatz muß unter Umständen schwierigere und verwickeltere Arbeit leisten und mehr Verantwortung tragen als ein Berufskollege an anderer Stelle. Außerdem können die Arbeitswochen verschieden lang sein, und Nachtdienst oder Arbeiten unter erschwerten Bedingungen bewirken

Oben: Einige der Autos, mit denen die Arbeiter der New Jersey Western Electric zur Arbeit fahren. — **Unten:** Im Sommer fahren viele Arbeiter an die Küste, um den Tag am Strand zu verbringen. Hier ein Bild von der Strandpromenade von Atlantic City, New Jersey.

Oben: Kohlenbergarbeiter in West-Virginia am Eingang des Kohlenschachtes. — **Unten:** Eine Mustersiedlung für Kohlenbergarbeiter in West-Virginia.

eine Erhöhung der Tarife. Im allgemeinen besteht auf dem gesamten Beschäftigungsabschnitt eine ausgesprochene Neigung, beiden Geschlechtern gleiche Arbeit und gleiche Verantwortung auch gleich gut zu bezahlen.

Für einige nicht zur Fertigungsindustrie zählende Betriebe liegen Zahlen über den Stundenverdienst vor, die auf Erhebungen in allen Teilen der Vereinigten Staaten beruhen. Im Dezember 1947 belief sich beispielsweise der durchschnittliche Stundenverdienst folgender Berufsgruppen der Eisenbahn auf:

Berufsgruppe (Eisenbahn)	Stundenlohn in Dollar
Fahrdienstleiter	1.93
Telegrafisten, Telefonisten, Stellwerkbedienstete	1.28
Rangiermeister und Vorarbeiter	1.47
Bremser und Rangierhelfer	1.40
Weichenwärter	1.23
Streckengeher (meist ungelernte Arbeiter für die Wartung des Gleiskörpers)	0.96
Arbeiter (Instandhaltung von Ausrüstungen und Lagern, meist ungelernte Kräfte)	1.01
Maschinisten	1.42
Kesselschmiede	1.44
Zimmerleute für Brücken- und Gerüstbau	1.22
Träger und Hilfsarbeiter	0.96
Stenografen	1.23

Bei der Eisenbahn verdient das Zugpersonal, vor allem Zugschaffner und Lokomotivführer, am meisten. Sie werden nach dem sogenannten Dual-System bezahlt, einer Verbindung von tariflichem Stundenlohn und Kilometergeld. Ihre entsprechenden Stundenverdienste lassen sich ungefähr aus ihrem durchschnittlichen Monatseinkommen ersehen. Dieses betrug im Dezember 1947 für den Zugschaffner eines Personenzuges 431 Dollar und für anderes Zugbegleitpersonal 346 Dollar. Demgegenüber verdienten die verhältnismäßig hoch eingestuften, nicht zum fahrenden Personal gehörigen Maschinisten (vgl. die vorstehende Tabelle) nur 308 Dollar.

Die Tarifunterschiede zwischen den einzelnen Berufsgruppen im Kohlenbergbau sind verhältnismäßig gering. Nach dem 1947 abgeschlossenen Lohnabkommen ergibt sich für einige typische Berufsgruppen folgender Stundenverdienst (die Akkordlöhne sind in Stundenlöhne umgerechnet):

KOHLENBERGBAU

Berufsgruppe	Stundenlohn in Dollar
Bedienungs- und Hilfspersonal von Abbaumaschinen . . .	1.85
Häuer, Akkordarbeiter (nur noch selten anzutreffen) . . .	1.66
Bedienungspersonal von Verlademaschinen	1.84
Hilfspersonal von Verlademaschinen	1.77
Untertagarbeiter, Akkord	1.69
Bremser, Untertagbau	1.62
Fahrer, Untertagbau	1.59
Sortierer, Tagbau	1.58

Die Streuung der Durchschnittsverdienste ist in den meisten Industrien sehr groß, aber verhältnismäßig wenig Arbeiter gehören zu den niedrigsten und den höchsten Lohnstufen. Dies ergibt sich aus einer im Juli 1947 durchgeführten Erhebung über den Stundenverdienst (ohne Überstundenzuschläge) des amerikanischen Fabrikarbeiters. Damals beschäftigten die Fertigungsbetriebe 12 276 000 Arbeitnehmer, deren durchschnittlicher Stundenverdienst 1,20 Dollar betrug. Nur ungefähr 50 000 Arbeiter, das sind etwa 4 %, hatten einen Stundenlohn von weniger als 50 Cents. Die Arbeiter innerhalb der untersten 10% der Lohnstufen verdienten im Durchschnitt 0,64 Dollar, die innerhalb der obersten 10 % 1,99 Dollar je Stunde.

Von besonderer Bedeutung ist die in letzter Zeit in Erscheinung tretende Tendenz, das Einkommen der unteren Lohnstufen wesentlich stärker zu erhöhen als das der oberen. Diese Entwicklung läßt sich überall in der Industrie verfolgen und wird durch die nachfolgende Aufstellung verdeutlicht. Die Tabelle gibt auch Aufschluß über die Angleichung der Löhne in den Nord- und Südstaaten.

Industriezweig	Durchschnittliche Stundenlöhne in Dollar:		Prozentuale Steigerung des Realeinkommens
	1937	1947	
Alle Fertigungsbetriebe	0.96	1.22	27
Zeitungen und Zeitschriften (Drucker und Setzer, höchster Durchschnitt dieser über das gesamte Gebiet der Vereinigten Staaten verteilten Industrie)	1.49	1.70	14
Automobilindustrie (Industrie mit hohen Löhnen, Standort hauptsächlich im Norden der Vereinigten Staaten) .	1.38	1.47	7
Baumwollwaren (Industrie mit niedrigen Löhnen, vorwiegend im Süden der Vereinigten Staaten)	0.64	0.98	53
Baumwollöl (niedrigster Durchschnitt, Industrie der Südstaaten)	0.37	0.72	95

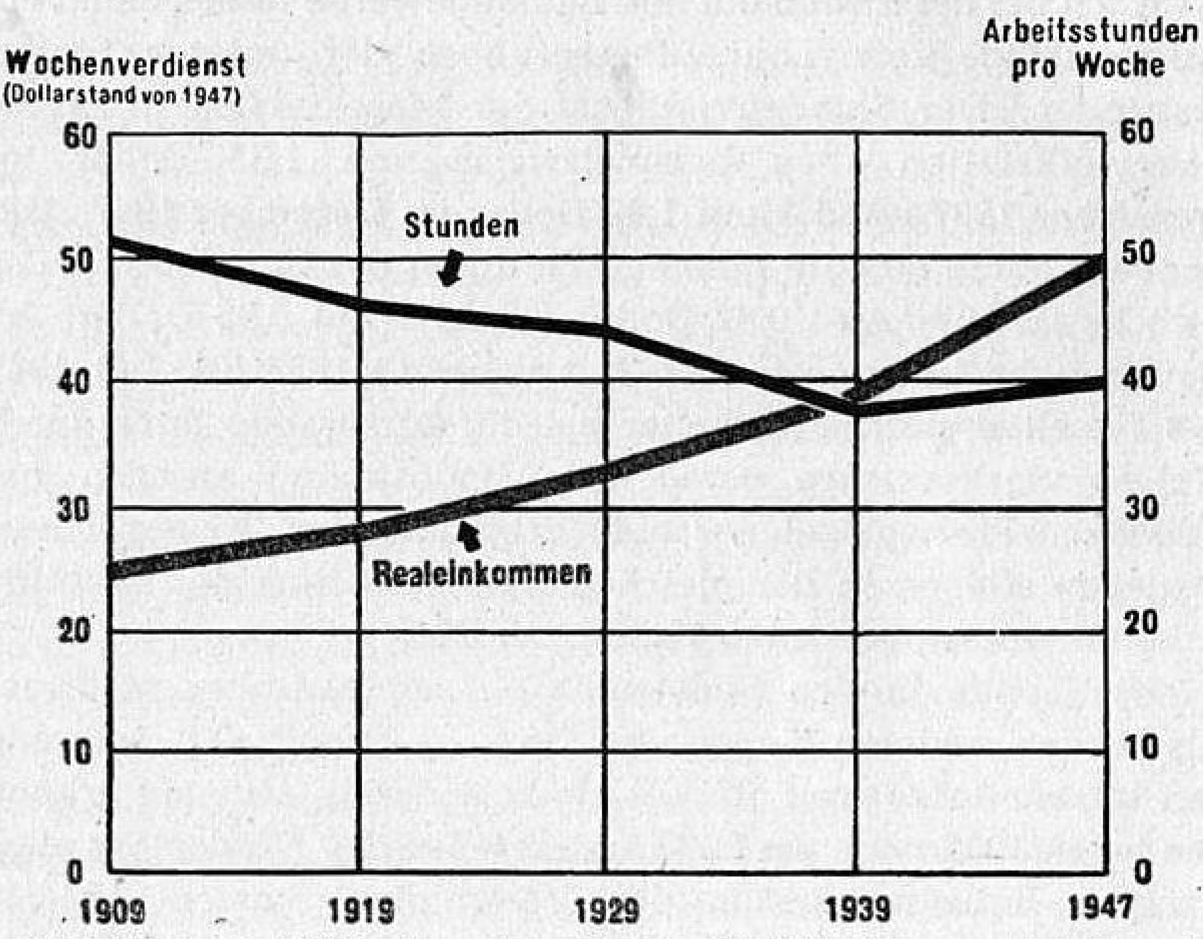
Auch bei der Eisenbahn und im Baugewerbe lassen sich verhältnismäßig große Lohnaufbesserungen der unteren Stufen feststellen. Der Stundenverdienst der Maschinisten in Eisenbahnwerkstätten stieg beispielsweise von 1,35 Dollar im Dezember 1937 um 5% auf 1,42 Dollar im Dezember 1947. Dagegen erhöhte sich im gleichen Zeitraum der Stundenlohn der Streckenarbeiter von 0,62 Dollar um 55% auf 0,96 Dollar. Im Baugewerbe konnten in der Zeit von Juli 1937 bis Juli 1947 die Gesellen und Facharbeiter bei der Anpassung ihrer durch Kollektivtarifverträge geregelten Mindestlöhne an den gestiegenen Preisspiegel nur eine Erhöhung von 2% erreichen. Dagegen stiegen in der gleichen Zeit die Löhne der Bauhilfsarbeiter und ungelernten Kräfte um 22%.

Die Löhne in den Südstaaten — seit altersher niedriger als in den anderen Teilen der USA — haben sich während der letzten Jahre weit stärker als in anderen Gebieten erhöht. Sie lagen 1932 noch um 26 % unter denen des Nordostens, dem größten Industriezentrum der Vereinigten Staaten; 1945/46 hatte sich dieser Unterschied jedoch bereits auf 15 % verringert. Praktisch betrug der Unterschied der Sachwert-

einkommen weniger als 15 %, weil die Industriezentren des Südens meist verhältnismäßig kleine Orte sind und die Preise für Konsumgüter und Dienstleistungen unter denen der großen Industriegebiete liegen. Angestellte der Bundesregierung, Bürokräfte und Angehörige einiger Privatunternehmen, vor allem bei der Eisenbahn und im Bergbau, erhalten im Süden ungefähr die gleichen Löhne wie in anderen Teilen der Vereinigten Staaten.

Neben dem Lohn erhält der amerikanische Arbeitnehmer aber auch noch Zusatzleistungen. In den Vereinigten Staaten wurden 1947 insgesamt 122 800 Millionen Dollar an Löhnen und Gehältern sowie 5400 Millionen Dollar an Zusatzleistungen (in der Hauptsache Beiträge der Arbeitgeber zur Sozialversicherung) gezahlt. Hierzu kamen noch zusätzliche Vergütungen und

VERBESSERUNGEN DES SACHWERTEINKOMMENS UND VERKÜRZUNG DER ARBEITSZEIT AMERIKANISCHER FABRIKARBEITER IN DEN JAHREN 1909 BIS 1947



Bei einer um elf Stunden oder um ein Fünftel kürzeren Arbeitswoche konnte sich der durchschnittliche Fabrikarbeiter 1947 zweimal soviel kaufen wie 1909.

Leistungen verschiedener Art, wie bezahlter Urlaub und bezahlte Feiertage. Bezahlter Urlaub wird fast überall gewährt, bezahlte Feiertage haben sich zwar noch nicht allgemein durchgesetzt, sind aber schon in vielen Berufszweigen üblich. Weitere Zusatzleistungen sind bezahlte Krankheitstage, verschiedene betriebliche Kranken-, Unfall- und Altersversicherungseinrichtungen, private Zusatzrenten, die die Leistungen der gesetzlichen Sozialfürsorge ergänzen, und schließlich Prämien mannigfacher Art. In der Landwirtschaft und in einigen nichtlandwirtschaftlichen Berufen sind außerdem Deputate in Form von Lebensmitteln, freier Wohnung usw. üblich (vgl. Seite 35 und 75).

Die Leistungen zahlreicher öffentlicher Einrichtungen können gleichfalls als mittelbare Ergänzungen des Arbeitslohnes angesehen werden. Hierher gehören die freie Volksschulausbildung, die Schulspeisungen, Erholungs- und Gesundheitseinrichtungen, die freie Benutzung von Parks, Autostraßen und Büchereien, die kostenlose Erteilung von Auskünften und Beratung sowie die allgemeinen Dienste der einzelnen Verwaltungsabteilungen.

Ein Teil dieser Leistungen wird natürlich aus Steuern finanziert, die mittel- oder unmittelbar das Einkommen der Lohnempfänger belasten; da aber die Steuersätze für die Bevölkerungskreise mit geringem Einkommen verhältnismäßig niedrig sind, ergibt sich eine bedeutende Zusatzleistung zu den Löhnen und Gehältern dieser Kreise.

Die Höhe der Löhne ist in den Vereinigten Staaten sehr unterschiedlich. Dies hat seinen Grund in den gleichen Umständen, die auch die Lohn- und Gehaltsunterschiede in anderen Ländern bestimmen. Die Lohnverhältnisse in den Vereinigten Staaten werden jedoch noch von den besonderen Bedingungen gekennzeichnet, die in dieser großen und vielseitigen Wirtschaft selbstverständlich sind. Die Unterschiede in der Kaufkraft der Löhne und damit der Sachwerteinkommen sind jedoch geringer als die zwischen den Nennwerteinkommen. In Gebieten mit hohem Preisstand sind die Löhne gewöhnlich ebenfalls hoch.

Die Arbeitswoche. Die Arbeitszeit des amerikanischen Arbeiters ist in den letzten Jahrzehnten stark verkürzt worden. Am verbreitetsten ist die 40-Stunden-Woche mit fünf Arbeitstagen zu je acht Arbeitsstunden, aber es gibt auch erhebliche Ausnahmen — beispielsweise arbeiten die Eisenbahnangestellten, sofern sie nicht zum Zugpersonal gehören, 48 Wochenstunden, während die gewerkschaftlichen Kollektivabkommen in einigen Industriezweigen eine Arbeitswoche von weniger als 40 Arbeitsstunden vorsehen.

Wo das Bedürfnis besteht, die Produktion zu steigern, werden zuweilen Arbeitsschichten verlängert oder Sonderschichten eingelegt. In diesen Fällen wird fast ausnahmslos eine besondere Vergütung gewährt, und zwar werden Sonderschichten mit höheren Lohnsätzen und Akkordprämien, Überstunden mit einem Lohnsatz von 50 % über dem des Normallohnes bezahlt.

Vor 50 Jahren war in der Fertigungsindustrie die 60-Stunden-Woche (6 Arbeitstage zu je 10 Arbeitsstunden) allgemein üblich; gewisse Industriezweige, insbesondere die Stahlwerke, gingen noch darüber hinaus, vergüteten aber Sonderschichten oder Überstunden nur selten mit einer Prämie.

Noch vor 25 Jahren mußten die amerikanischen Arbeiter in der Regel 51 Stunden arbeiten. Doch eine große Zahl Kollektivlohnverträge sicherte ihnen einen Prämiensatz für Überstundenarbeit, und es gab auch schon einige Fabriken, die nur an fünfeinhalb Tagen in der Woche arbeiteten. Wie schon erwähnt wurde, ist die Arbeitswoche der meisten Fabrikarbeiter und die eines großen Teiles anderer Arbeitnehmer heute auf fünf Tage oder 40 Stunden herabgesetzt.

Mit der 40-Stunden-Woche wurde eines der wesentlichen Ziele der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung innerhalb einer Generation verwirklicht. Aus der erhöhten Erzeugungskraft der Industrie und der daraus hervorgehenden Steigerung der Erzeugungsziffer in der gleichen Zeiteinheit ergab sich für die amerikanischen Arbeiter eine längere Freizeit bei erhöhter Kaufkraft ihrer Löhne.

Die Kaufkraft des Arbeitslohnes. Wie hoch ist der Wert des Stundenlohnes eines Fabrikarbeiters, an der Kaufkraft des Geldes gemessen?

Im folgenden findet sich eine Liste der Hauptnahrungsmittel der Lohnempfänger und der Zahl der Minuten, die ein Fabrikarbeiter mit dem durchschnittlichen Stundenlohn von 1,22 Dollar des Jahres 1947 arbeiten mußte, um den Geldwert von 1 kg der aufgeführten Lebensmittel zu verdienen. (Menge und Art der von Lohnempfängern und ihren Familien gewöhnlich verbrauchten Lebensmittel und die von ihnen in Anspruch genommenen Dienstleistungen finden sich auf den Seiten 35 bis 65.)

Die angeführten Lebensmittel sind nur typische Beispiele für Nahrungsmittel, die einem anerkannten Standard entsprechen

Nahrungsmittel	Anzahl der Arbeitsminuten, deren Lohnertrag zum Kauf von 1 kg der angeführten Nahrungsmittel ausreicht
Weizenmehl	11
Reis	20
Haferflocken	13
Weißbrot	13
Rindfleisch: Scheiben	82
Gehacktes Rindfleisch	49
Speck, geschnitten	84
eingesalzenes Schweinefleisch	49
Lammkeule	71
Brathuhn	60
Lachs, konserviert	46
Butter	88
Käse (amerikanischer Cheddar)	64
Äpfel	13
Bananen	15
Grüne Bohnen	22
Kohl	9
Kartoffeln	7
Pfirsiche, konserviert	20
Erbsen, konserviert	13
Tomaten, konserviert	18
Pflaumen, getrocknet	26
Bohnen, getrocknet	22
Kaffee	51
Fett	33
Margarine	44
Zucker	11

und die für jeden Arbeiter ständig erhältlich sind (vgl. Tafel auf Seite 25). Die Speisekarte eines Durchschnittsarbeiters ist natürlich wesentlich vielfältiger zusammengesetzt. Frische Milch gehört zu den gebräuchlichsten Getränken vieler amerikanischer Haushalte. Sie wird gewöhnlich von den Molkereien unmittelbar in die Wohnung des Abnehmers gebracht. Um sich einen Liter Milch kaufen zu können, mußte der Durchschnittsfabrikarbeiter im Jahre 1947 neun Minuten arbeiten.

Eier sind ein wichtiges Nahrungsmittel und sind vom amerikanischen Frühstückstisch nicht wegzudenken. Um 1947 zwölf frische Eier kaufen zu können, arbeitete der Fabrikarbeiter durchschnittlich 34 Minuten.

Die meisten amerikanischen Familien essen frische Orangen oder Pampelmusen zum Frühstück, doch auch Frucht- und Tomatensaftkonserven erfreuen sich immer größerer Beliebtheit. Um zwölf mittelgroße Orangen kaufen zu können, arbeitete der Arbeiter durchschnittlich 21 Minuten.

Aus einem im Jahre 1947 aufgestellten Bericht über die Einrichtung von Arbeiterwohnungen ist zu entnehmen, daß der größte Teil der Wohnungen, einschließlich der Mietwohnungen mit elektrischem Licht, fließendem kalten und warmen Wasser, Zentralheizung und anderem wünschenswerten Komfort ausgestattet ist. Auf einen Raum kommen nicht mehr als 1,5 Personen. (Über die Einrichtung von Farmhäusern siehe die Seiten 76 bis 78.)

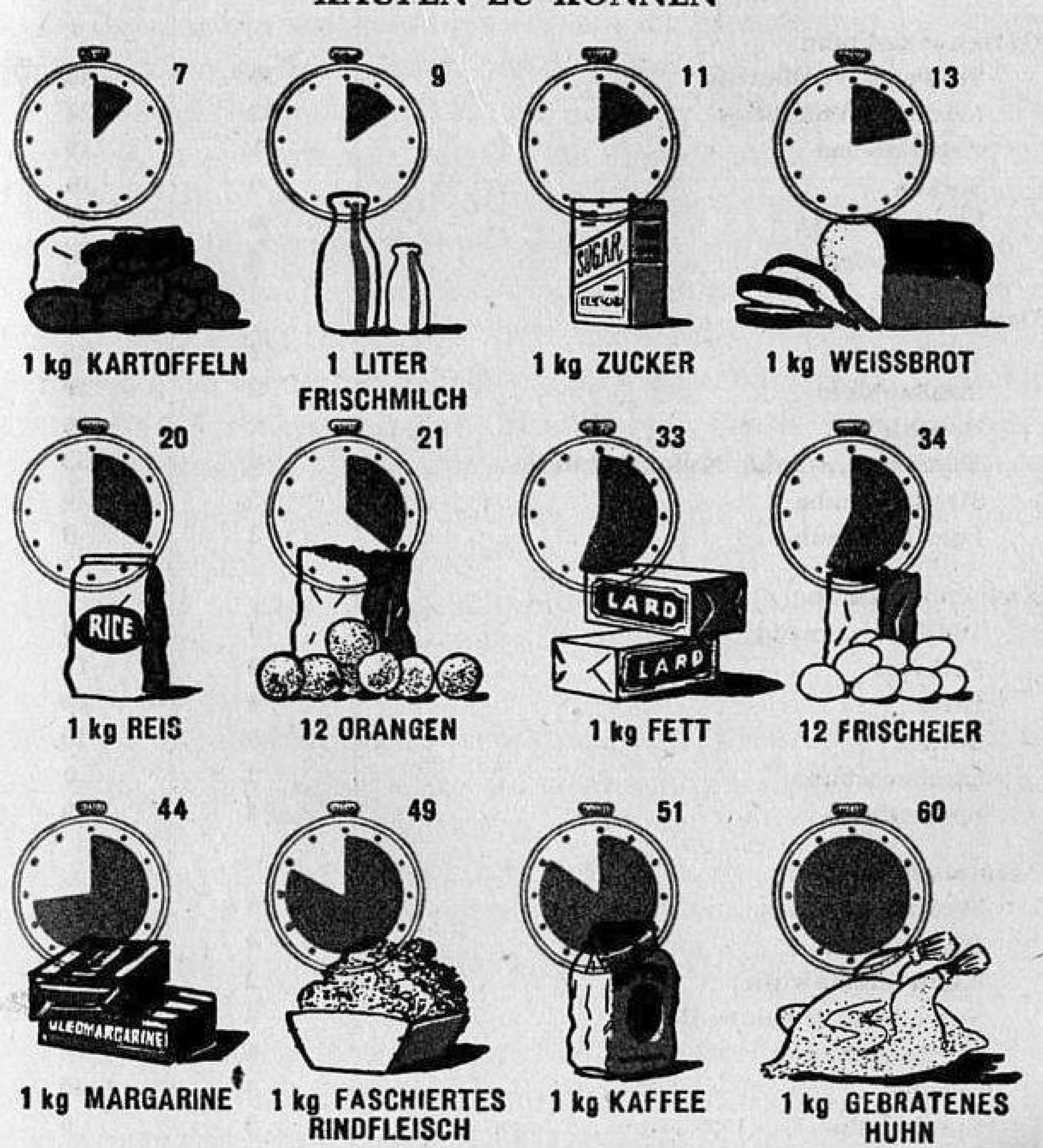
Unter Zugrundelegung der Monatsmiete üblicher Miethäuser konnte der Durchschnittsfabrikarbeiter den Mietpreis einer mittleren Wohnung mit dem Ertrag der Arbeit von drei Tagen bezahlen.

Eine vor kurzem durchgeführte Untersuchung des Familienhaushaltsplans des in der Stadt wohnenden Fabrikarbeiters gibt auch Aufschluß über seine Wohnverhältnisse. Der Mindestwohnstandard einer vierköpfigen Arbeiterfamilie umfaßt eine Wohnung oder ein Haus mit fünf Wohnräumen, zu denen im einzelnen gehören: Küche mit fließendem Wasser, Ausguß und Herd, ein Badezimmer; zumindest ein Fenster je Raum, soweit notwendig Lüftungsvorrichtungen, verschiedene sanitäre und

Sicherheitseinrichtungen, fließendes Wasser, Heizmaterial, Gas, Elektrizität und ein Kühlschrank. Die Standardwohnung liegt innerhalb des städtischen Verkehrsnetzes. Lebensmittelgeschäfte und Volksschule können zu Fuß erreicht werden, und zu den wesentlichen Arbeitszentren kann man mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder im Auto gelangen.

Die in 34 amerikanischen Städten durchgeführten Untersuchungen brachten folgendes Ergebnis:

DIE ZAHL DER MINUTEN, DIE EIN FABRIKARBEITER IN USA ARBEITEN MUSS, UM BESTIMMTE NAHRUNGSMITTEL KAUFEN ZU KÖNNEN



Die monatliche Miete einer Wohnung, die dem beschriebenen Mindeststandard entspricht, und die zusätzlichen Kosten für Heizung, Gas, Wasser und Strom können von einem Fabrikarbeiter mit dem Arbeitsertrag von fünf Tagen bezahlt werden.

In vielen Mietwohnungen muß der Mieter seinen eigenen Kühlschrank installieren. Doch zum Kauf eines elektrischen

Ausgewählte Bekleidungsartikel	Anzahl der Arbeitsminuten, deren Lohnertrag den Kauf eines dieser Artikel ermöglicht	
	Stunden	Minuten
Herrenbekleidung		
Schwerer Wollanzug	36	43
Leichter Wollanzug	32	23
Arbeitshemd	1	19
Socken	0	16
Straßenschuhe	6	32
Arbeitsschuhe	5	56
Damenbekleidung		
Wollmantel	17	53
Straßenkleid	8	20
Hauskleid	2	31
Kunstseiden- und Nylonstrümpfe	0	53
Straßenschuhe	5	26
Leichte Schuhe	3	6
Knabenbekleidung		
Wollener Anzug	13	50
Pullover	3	16
Hose	4	48
Socken	0	13
Straßenschuhe	5	0
Sportschuhe	4	49
Mädchenbekleidung		
Wollmantel	16	49
Pullover	4	0
Kleid (Baumwolle)	2	26
Spielanzug (Baumwolle)	3	16
Wadenstrümpfe	0	18
Schuhe	3	46
Spielschuhe	3	6

Kühlschrankes mittlerer Größe in normaler Ausführung mußte der Durchschnittsarbeiter im Jahre 1947 nur den Lohn von 22 Arbeitstagen aufwenden. Da ein Kühlschrank gewöhnlich 15 Jahre benutzt werden kann, kostet er jährlich nur den Arbeitsertrag von 1,5 Tagen.

Auf Seite 28 und in der Tabelle auf Seite 55 findet sich eine Reihe Kleidungsstücke und Schuhwaren normaler Herstellung mit der zu ihrem Kauf erforderlichen Arbeitszeit.

Die vorstehende Tabelle gibt die üblichen Waren mittlerer Qualität an, die in allen Städten des Landes zum Verkauf gelangen. Sie sind als bemerkenswerte Beispiele für die Kaufkraft des Durchschnittslohnes für die Kleidung einer Arbeiterfamilie in diese Betrachtung aufgenommen.

Die Familie jedes normalen Lohnempfängers besitzt ein Auto, doch er wird nur selten bei einer Neuanschaffung eine Marke kaufen, die nicht zu den drei „Typen des kleinen Mannes" — Chevrolet, Ford, Plymouth — gehören. Der amerikanische Durchschnittsfabrikarbeiter, nennen wir ihn Herrn Smith, mußte im Jahre 1947 140 Tage arbeiten, um für seine Familie eine neue, viertürige Limousine kaufen zu können. Unter Berücksichtigung der Lebensdauer des Wagens arbeitet Herr Smith etwas mehr als zwei Wochen im Jahr für seinen Wagen. Im Augenblick hat die ungeheure Nachfrage nach Autos, die das Angebot weit übersteigt, auch die Preise für gebrauchte Wagen emporschnellen lassen, aber noch immer kann ein ordentlich gefahrenes Vorkriegsmodell zu einem wesentlich niedrigeren Preis erworben werden als ein neuer Wagen. Ihre technische Ausbildung und Erfahrung ermöglicht es sehr vielen Arbeitern, auch mit alten Wagen gut auszukommen.

Ein wesentlicher Faktor der Betriebskosten eines Autos ist das Benzin. Eine Gallone (3,8 l), mit der ein kleiner Wagen 20 bis 30 km fahren kann, kostet Herrn Smith den Lohnertrag von zwölf Arbeitsminuten.

Über die nicht notwendigen Anschaffungen hinaus kauft die Familie Smith jeden Monat eine Vielfalt von Artikeln, die das Leben angenehm machen. Um sich eine Packung mit 20 Ziga-

retten kaufen zu können, arbeitet Herr Smith 7 bis 8 Minuten; zieht er dagegen Tabak vor, so kann er ein englisches Pfund (= 0,4536 kg) der beliebtesten Marke mit dem Lohnertrag von ungefähr 50 Arbeitsminuten erstehen. Für ein englisches Pfund einfacher Süßigkeiten, wie Geleefrüchte, Zucker oder Schokoladebonbons, arbeitet er 20 bis 30 Minuten, für ein Glas Bier 5 Minuten.

Der Monatsbezugspreis einer Tages- und Sonntagszeitung, die von einem Boten ins Haus gebracht wird, ist in den meisten Städten von einem Durchschnittsfabrikarbeiter in weniger als einer Arbeitsstunde verdient. Der Jahresbezugspreis einer der zahlreichen Wochen- oder Monats-, Frauen- oder Fachzeitschriften kann Herr Smith mit dem Lohnertrag von 2 bis 4 Arbeitsstunden erschwingen. Nicht nur in den Buchhandlungen, sondern auch in den sogenannten „drugstores" kann Herr Smith aus einer großen Auswahl einwandfrei gedruckter klassischer und zeitgenössischer Werke mit dem Lohnertrag von ungefähr zwölf Arbeitsminuten einen Band erwerben.

Ein üblicher Radio- oder auch ein Kofferempfänger kostet den Lohnertrag von zwei Tagen, ein besseres, sehr beliebtes Modell ist mit dem Arbeitsaufwand von drei Tagen zu bezahlen, während ein leistungsfähigeres Gerät mit dem Lohn von vier und ein Radio mit Plattenspieler und automatischem Plattenwechsler mit dem Lohn von sechs Arbeitstagen bezahlt werden kann.

Viele der oben erwähnten Gebrauchsgegenstände, wie Radio, Kühlschränke, Autos und manche Bekleidungsstücke, können mehrere Jahre lang benutzt werden und so müssen ihre Kosten natürlich nicht aus dem Einkommen eines Jahres bestritten werden.

Manche amerikanische Familien machen solche Anschaffungen auf Ratenzahlung, die meisten verteilen ihre Anschaffungen in der Form auf mehrere Jahre, daß sie in jedem Jahr immer nur eine beschränkte Anzahl langlebiger Artikel zu kaufen brauchen.

Kapitel IV

Familieneinkommen und Lebensstandard

Familieneinkommen. Die Höhe der schon vorher besprochenen Löhne alleinstehender Arbeiter ist sehr unterschiedlich. Das Einkommen der Familie eines Arbeitnehmers besteht im wesentlichen aus dem Arbeitsentgelt des Hauptverdieners. Da aber Familienväter meistens älter und erfahrener sind als andere Arbeiter, liegt ihr Einkommen bedeutend über dem allgemeinen Durchschnitt.

Familieneinkommen sind nicht nur deshalb höher als das Einkommen alleinstehender Arbeiter, weil die Löhne der Familienväter in der Regel über dem durchschnittlichen Lohnniveau liegen, sondern auch, weil oft mehrere Familienmitglieder ein Einkommen beziehen. Bei der Stadtbevölkerung hatten im Jahre 1945 28 % aller Familien zwei, und 9 % sogar drei oder mehr Verdiener. Außerdem erhöht sich das Familieneinkommen gegenüber den Löhnen alleinstehender Arbeiter durch Einkünfte anderer Art; dies trifft übrigens für die meisten Familien zu. Hierunter fallen beispielsweise Zahlungen von Untermietern und Kostgängern, Familienzuschüsse und Altersrenten, Zinsen aus Regierungsanleihen und anderen Sparkonten, sowie die verschiedenartigsten Sozialversicherungsleistungen. Das Geldeinkommen der Familie ergänzt sich gewöhnlich auch aus Sachwerteinnahmen für unentgeltiche Arbeiten, Gartenarbeit und verschiedene andere Arten von Eigenarbeit.

Rund 25,2 Millionen Familien der städtischen und der nicht auf Gütern lebenden Landbevölkerung bezogen im Jahre 1946 Löhne oder Gehälter des zivilen Sektors. 13,4 Millionen dieser Familien hatten außer Löhnen oder Gehältern keine Einnahmen anderer Art, oder zumindest nicht mehr als 50 Dollar.

Bei einem Durchschnittsjahreseinkommen von 2956 Dollar waren sie fast völlig auf ihre aus Lohnarbeit fließenden Einkünfte angewiesen. Auf Grund der 1946 erfolgten Lohnerhöhungen steigerte sich jedoch der Durchschnittsjahreslohn um die Jahresmitte 1948 auf etwas über 3500 Dollar.

Die folgende Tabelle gibt Aufschluß über die Zugehörigkeit der 13,4 Millionen allein auf ihren Arbeitsverdienst angewiesenen Familien zu den verschiedenen Gehalts- oder Lohnstufen im Jahre 1946:

Einkommen im Jahre 1946 in Dollar	Prozent
unter 1000	5,5
1000—1500	6,6
1500—2000	9,9
2000—2500	14,8
2500—3000	14,5
3000—5000	36,0
5000 und darüber	12,7

Aus dieser Aufstellung geht hervor, daß im Jahre 1946 fast zwei Drittel der 13,4 Millionen Familien ein Gehalt oder Löhne in der Höhe von 2000 bis 5000 Dollar bezogen. Bei fast vier von fünf Familien betrug das Einkommen über 2000 Dollar. Dabei blieben Naturaleinkommen und Militärbesoldung sowie Einkommen aus unentgeltlichen Arbeiten in der vorstehenden Statistik unberücksichtigt.

Diese 13,4 Millionen Familien umfassen sowohl die städtischen als auch die nicht auf Farmen lebenden ländlichen Familien. Das Geldeinkommen der letzteren war etwas geringer als das der städtischen Familien, doch erfolgt ein gewisser Ausgleich durch Naturaleinnahmen, beispielsweise aus dem Gartenbau, und auch die Lebenshaltungskosten liegen etwas tiefer. Das durchschnittliche Geldeinkommen einer Farmerfamilie, einschließlich Landarbeiter und Pächter, betrug kaum mehr als die Hälfte des Einkommens einer städtischen Familie. Andererseits beziehen Farmerfamilien einen großen

Teil ihrer Lebensmittel aus dem eigenen Betrieb, sind gewöhnlich Eigentümer des von ihnen bewohnten Hauses oder zahlen ihre Miete nicht in Geld. Auch sind die Lebenshaltungskosten für sie in der Regel geringer.

Die folgende Tabelle gibt für das Jahr 1946 einen Überblick über die Geldeinkünfte jeglicher Art bei städtischen Familien, deren Hauptverdiener Lohnarbeiter, Büroangestellter oder Verkäufer ist, aufgeschlüsselt nach Einkommenstufen. Den von der Tabelle erfaßten Berufsgruppen gehören etwa drei Fünftel der Hauptverdiener aller städtischen Familien an, einschließlich Meister, Spezialarbeiter, gelernter und ungelernter Arbeiter. Die Familieneinkünfte der Büroangestellten und Angehörigen verwandter Berufe, allgemein als Gehaltsempfänger bezeichnet, liegen etwas unter denen der Meister und der Verkäufer, zu denen auch Kleinhändler, Versicherungsagenten,

GELDEINKOMMEN STÄDTISCHER FAMILIEN[1]) VON LOHNARBEITERN, BÜROANGESTELLTEN UND VERKÄUFERN IM JAHRE 1946

Berufsgruppe des Hauptverdieners	Familien in 1000	Einkommenstufen in Dollar					
		weniger als 2000	2000-2499	2500-2999	3000-3499	3500-3999	4000 u. mehr
		Familien in 1000 pro Einkommenstufe					
Lohnarbeiter, einschließlich der ungelernten Arbeiter	12.643	2878	1789	1771	1656	1196	3353
Büroangestellte und verwandte Berufe .	2.452	337	340	330	365	275	805
Verkäufer	1.217	229	131	120	180	114	443
	Prozentuale Verteilung der Familien in jeder Einkommenstufe						
Lohnarbeiter, einschließlich der ungelernten Arbeiter	100	23	14	14	13	9	27
Büroangestellte und verwandte Berufe .	100	14	14	13	15	11	33
Verkäufer	100	19	11	10	15	9	36

[1]) Als „Familie" wird in diesem Zusammenhang eine Gruppe von zwei oder mehr Personen bezeichnet, die auf Grund einer Blutsverwandtschaft, Heirat, Adoption oder Zugehörigkeit im gleichen Haushalt zusammenleben. (Quelle: Amerikanisches Statistisches Amt.)

Grundstücksmakler und ähnliche Geschäftsleute gerechnet werden. Die Familien der Lohnarbeiter, Büroangestellten und Verkäufer umfassen zusammen etwa drei Viertel aller städtischen Familien. Dem restlichen Viertel gehören Familien von Freischaffenden oder Gehaltsempfängern anderer Gruppen sowie von Unternehmern und Rentnern an.

Familien ohne festes Einkommen aus einem Arbeitsverhältnis (beispielsweise Familien, deren Hauptverdiener pensioniert wurde oder arbeitsuntauglich ist) hatten ein vergleichsweise niedriges Einkommen. Dieser Gruppe Familien wurde besondere Hilfe zuteil, als sie auf Grund der verhältnismäßig geringen Veränderlichkeit ihrer Einkünfte in einer Zeit steigender Preise in Schwierigkeiten geriet. Weitere Hilfsmaßnahmen wurden vom Amt für soziale Sicherheit und anderen Regierungsstellen empfohlen (siehe Seite 81 und 90).

Aus vorstehender Tabelle geht jedoch hervor, daß in den Städten 77 % der Familien von Lohnarbeitern, 86 % der von Büroangestellten und Angehörigen verwandter Berufe und 81 % der von Verkäufern im Jahre 1946 ein Einkommen von 2000 oder mehr Dollar hatten. Nach 1946 erhöhten sich die Einkommen noch beträchtlich. Nimmt man für die Erhöhung der Familieneinkommen die Erhöhung der Löhne und Gehälter als Ausgangspunkt, so gelangt man im Juni 1948 zu einem Gehalt von über 2350 Dollar bei einem Gehalt von 2000 Dollar für 1946. Zur Zeit ist deshalb der Prozentsatz der Familien, die ein Einkommen von über 2000 Dollar beziehen, bedeutend größer.

Es ist dabei zu beachten, daß die Tabelle der Familieneinkommen der Lohnarbeiter, Büroangestellten und Kaufleute alle Familien von zwei und mehr Personen berücksichtigt. Dabei ist das Einkommen mittelgroßer und großer Familien gewöhnlich höher als das kleinerer Familien. Zum Beispiel hatten 1946 nur 10 % aller sechsköpfigen städtischen Familien ein Einkommen unter 2000 Dollar. Bei zahlreichen zweiköpfigen Familien handelt es sich um junge Eheleute, die oft noch teilweise von der elterlichen Unterstützung abhängig sind, erst am Anfang ihrer Berufslaufbahn stehen und ihre Erwerbsmöglichkeiten noch nicht voll ausschöpfen. Die meisten

Oben: Sonnabendabend in der Hauptstraße einer kleinen Stadt in Oklahoma. — **Unten:** Die Hauptstraße einer typischen Kleinstadt mit den Autos der Käufer und den üblichen Geschäften.

Oben: Dieselmaschinenarbeiter in San Francisco bei einem warmen Mittagessen in der Kantine ihres Betriebes. — **Unten:** Die Frau eines Arbeiters bei der Zubereitung des Abendessens in einer modernen elektrischen Küche.

übrigen zweiköpfigen Familien bestehen aus älteren Leuten mit verhältnismäßig bescheidenen Bedürfnissen und geringen Ausgaben für Möbelstücke und Haushaltsanschaffungen, Kraftwagen und anderes; normale Erfordernisse bestehen bei den jüngeren Altersgruppen. Darüber hinaus werden zahlreiche ältere Leute von ihren Kindern unterstützt.

Als städtische Familien gelten alle, die Gemeinden von 2500 und mehr Einwohnern angehören. In Kleinstädten haben Familien mit Einkommen der unteren Stufen in vielen Fällen den Vorteil verhältnismäßig niedriger Preise und mancherlei Möglichkeiten, ihre Geldeinkünfte zu ergänzen. Für den amerikanischen Verbraucher genormte Erzeugnisse weisen allerdings in großen und kleinen Städten keine wesentlichen Preisunterschiede auf. Dennoch sind zahlreiche Arbeiter in kleinen Gemeinden und sogar in manchen Städten in der Lage, mit verhältnismäßig niedrigem Einkommen einen typisch amerikanischen Lebensstandard aufrechtzuerhalten. Dazu verhilft ihnen beispielsweise ein eigener Garten oder — unter Benutzung der Autos — der Ankauf von Lebensmitteln unmittelbar vom Farmer auf dem Lande oder auf Kleinstadtmärkten. Auch eigenes Backen, Einlegen, Einmachen und Konservieren von Lebensmitteln zur Ergänzung der industriell verarbeiteten Eßwaren gehört hierher, wie auch Nähen, Waschen und andere unentgeltliche, im eigenen Heim geleistete Arbeiten.

Viele Arbeitnehmer — besonders solche mit verhältnismäßig niedrigem Einkommen — haben dazu Nebeneinnahmen oder können ihre Löhne anderweitig erhöhen. Dies gilt besonders für Hausangestellte und Angestellte des Hotel- und Gaststättengewerbes sowie für Verkäufer in Kleinverteilergeschäften. Arbeitgeber oder Gemeinschaften von Arbeitern treffen häufig besondere Abmachungen, um beispielsweise die Ausgaben für Wohnung und Brennmaterial, Erholung und ärztliche Hilfe zu ermäßigen.

Der Lebensstandard einer typisch amerikanischen, in der Stadt lebenden Arbeitnehmerfamilie. Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten bietet dem Betrachter ein außergewöhnlich geschlossenes Bild. Um den für amerikanische Verhältnisse

richtigen Blickpunkt zu gewinnen, ist es notwendig, die kulturellen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen der städtischen und der ländlichen Bevölkerung, zwischen Familien und Einzelstehenden, zwischen leitenden Angestellten und Arbeitern, zwischen Mitgliedern der freien Berufe und dem Geschäftsmann zu erkennen. Gleichzeitig muß man das unterschiedliche volkliche und religiöse Erbgut berücksichtigen sowie die verschiedenartigen klimatischen Gegebenheiten in den einzelnen geographischen Zonen des Landes.

Im April 1947 waren von einer Bevölkerung von 142 Millionen Amerikanern 127 Millionen Weiße und 15 Millionen Farbige. Annähernd 84 Millionen oder 59 % der Bevölkerung wohnten in Klein-, Mittel- und Großstädten gegenüber 58 Millionen oder 41 %, die auf dem Lande oder in Gemeinden mit weniger als 2500 Einwohnern lebten. Dabei ist der Nordosten der USA der bei weitem am dichtesten bevölkerte und am stärksten industrialisierte Landesteil. Dagegen wohnen in den großräumigen, rund 40 % des gesamten Bundesgebietes umfassenden Staaten des amerikanischen Westens nur 12 % der Gesamtbevölkerung.

Der Süden hat noch ausgeprägteren landwirtschaftlichen Charakter. Seit Jahrzehnten ist eine deutliche Abwanderung der Landbevölkerung in die Städte zu beobachten, doch auch die städtische Bevölkerung lebt heute in zunehmendem Maße außerhalb der eigentlichen Stadtkerngebiete und kann somit einige Vorteile des Stadt- wie des Landlebens verbinden.

Das Wirtschaftsleben und der Lebensstandard weisen im einzelnen außergewöhnlich große Unterschiede auf und passen sich den jeweiligen Verhältnissen an. Dennoch ist es möglich, einige für die ganzen Vereinigten Staaten gültige Kennzeichen herauszuschälen, die für den typisch amerikanischen Lebensstandard charakteristisch sind. Dieser Lebensstandard erscheint hoch im Vergleich zu vielen anderen Ländern, was sich sowohl aus den in den USA bestehenden wirtschaftlichen und Bildungsmöglichkeiten als auch aus der großen Zweckmäßigkeit und Erzeugungskraft aller Einrichtungen erklärt. Es entspricht dem Wesen des amerikanischen Volkes, daß ständig noch be-

quemere Lebensbedingungen für alle Arbeiter angestrebt werden und daß für alle Bevölkerungsgruppen die Möglichkeit, an den Segnungen der neuesten wissenschaftlichen und technischen Errungenschaften teilzuhaben, gefordert wird.

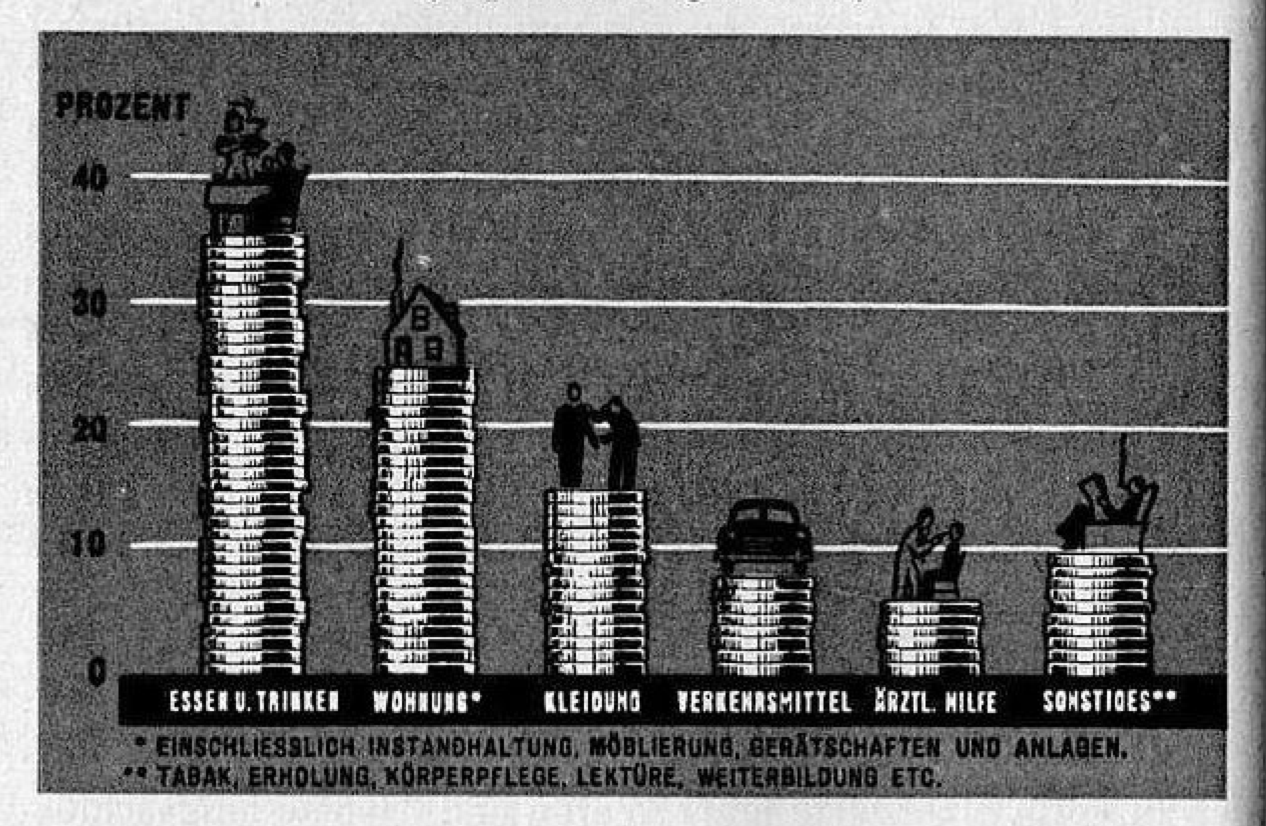
Einen in großem Maße für die amerikanischen Arbeiterfamilien eigentümlichen Lebensstandard erhält man durch eine eingehende Untersuchung des Haushaltsplans einer städtischen Arbeiterfamilie und deren Ausgaben in den Jahren 1946 und 1947, wie sie vom amerikanischen Amt für Arbeitsstatistik durchgeführt wurde. Der dieser Untersuchung zugrunde liegende Haushaltsplan einer vierköpfigen Familie entspricht im allgemeinen den Normen, die von einem aus Beratern der verschiedensten Fachrichtungen gebildeten Komitee festgelegt wurden. Hinsichtlich der Ausgaben für Lebensmittel hielt sich das Amt für Arbeitsstatistik z. B. auf Empfehlung des Komitees an die vom Ausschuß für Lebensmittel und Ernährung des amerikanischen Forschungsamtes festgelegten Normen. Diese Normen setzten einen Lebensmittelverbrauch voraus, der die zur Erhaltung einer guten Gesundheit erforderlichen Kalorien und andere Nahrungsbestandteile in ausreichender Menge zuführt. Im großen und ganzen handelt es sich weder um einen „Luxus"- noch um einen „Mindestbedarf"-Haushaltsplan. Er ist vielmehr beispielhaft für einen bescheidenen, aber den täglichen Bedürfnissen des Amerikaners angemessenen Lebensstandard.

Die Normen des so gekennzeichneten Haushaltsplanes wurden in Form einer Liste jener Waren und Dienste aufgeschlüsselt, wie sie von einer vierköpfigen Familie der dem Haushaltsplan zugrunde gelegten Art auch wirklich gekauft bzw. in Anspruch genommen werden. In vierunddreißig größeren Städten wurden die Preise für diese Waren und Dienstleistungen festgestellt. Der durchschnittliche Wochenverbrauch einer vierköpfigen Familie an Lebensmitteln beträgt: 6 Brote von insgesamt 2,7 kg; 11,4 Liter Milch; 20 Eier; 0,7 kg Butter oder Margarine; 4,1 kg Fleisch und Gemüse, Obst und andere Nahrungsmittel.

Das Amt für Arbeitsstatistik kam zu dem Ergebnis, daß der

nach Maßgabe bescheidener, aber annehmbarer Normen aufgestellte Haushaltsplan einer vierköpfigen Familie in vierunddreißig bei der Untersuchung berücksichtigten größeren Städten im März 1946 Ausgaben in der Höhe von 2532 bis 2985 Dollar erforderlich machte. Eine dreiköpfige Familie hätte wahrscheinlich 84 Prozent dieser Summe ausgeben müssen oder 2100 bis 2500 Dollar, eine fünfköpfige Familie dagegen 14 Prozent mehr, also etwa 2900 bis 3400 Dollar.

LAUFENDE AUSGABEN IN DER STADT WOHNENDER ARBEITERFAMILIEN
(Ersparnisse ausgenommen)



Überprüfungen des tatsächlichen Familieneinkommens und der entsprechenden Ausgaben erbrachten den Beweis, daß mehr als drei Viertel aller städtischen Familien in der Lage sind, den in der Haushaltsplanuntersuchung angenommenen oder sogar einen höheren Lebensstandard aufrechtzuerhalten. In einer für die amerikanischen Verhältnisse typischen Stadt waren beispielsweise 88 Prozent der Einkommen vierköpfiger Familien größer als die Summe der Ausgaben des oben beschriebenen Haushaltsplans. Ein gleich großes Einkommen kann aber auch für Familien gleicher Personenzahl einen verschie-

den hohen Lebensstandard bedeuten. Einige in größeren Städten lebende Familien mit einem über den Ausgaben des Haushaltsplans liegenden Geldeinkommen sind nicht in der Lage, den Standard des Haushaltsplans aufrechtzuerhalten. Anderen wieder gelingt dies bei einem an sich noch unter den Haushaltsplanausgaben liegenden Einkommen, denn für die Bedarfsberechnung wurde der für größere Städte besondere Preisstand zugrunde gelegt, während die Lebenshaltungskosten in kleinen Gemeinden in der Regel etwas tiefer liegen. Es kommt aber auch vor, daß selbst Familien gleicher Größe, die in der gleichen Gemeinde das gleiche Einkommen beziehen, erhebliche Unterschiede im Lebensstandard aufweisen. Dies erklärt sich z. B. aus Unterschieden im Umfang der von Familienmitgliedern unentgeltlich verrichteten Haushaltsarbeiten. Familien gleicher Art unterscheiden sich auch erheblich in dem Ausmaß ihrer Sparrücklagen, in ihren Bedürfnissen bezüglich der Ergänzung des Haushaltsgerätes und der Kleidung, oder in Sonderausgaben anderer Art, ganz abgesehen von Unterschieden in der sparsamen Verwendung der verfügbaren Mittel. Kann auch eine beträchtliche Anzahl Familien den typischen Lebensstandard nicht aufrechterhalten, so darf doch nicht vergessen werden, daß diese Norm weit über dem zur Erhaltung des Lebens benötigten Mindestbedarf liegt.

Faßt man die Bedürfnisse der Familie eines in der Stadt lebenden Arbeitnehmers mit einem Einkommen zwischen 2000 und 4000 Dollar in einigen Hauptgruppen zusammen, so verteilen sich die Ausgaben in folgender Größenordnung:

Bedürfnisse	Prozent der Gesamtausgaben
Essen und Trinken	36
Wohnung, einschließlich Instandhaltung, Möblierung, Gerätschaften und Anlagen	25
Kleidung	15
Verkehrsmittel	8
Ärztliche Hilfe	6
Sonstiges (Körperpflege, Erholung Tabak usw.)	10
Zusammen	100

Ausgaben für Lebensmittel. Die Ausgaben für Essen und Trinken sind der wichtigste Posten im Haushaltsplan der Familie, denn sie betragen über ein Drittel der Ausgaben für den persönlichen Lebensunterhalt aller Amerikaner. Für das gesamte Land, also auch für die Farmer errechnete Schätzungen der Ausgaben für Lebensmittel unterscheiden zwischen dem Wert der vom Selbsterzeuger verbrauchten Lebensmittel, den Kosten für im eigenen Haushalt verbrauchte Lebensmittel und den Kosten für Speisen, die außerhalb des eigenen Haushaltes verzehrt werden. In den letzten Jahren hat sich vor allem der Lebensmittelverbrauch in Gaststätten ständig vergrößert. 1946 betrugen die Ausgaben für außerhalb des eigenen Haushaltes verzehrte Lebensmittel und Getränke etwa 25 Prozent des Gesamtverbrauches gegenüber nur rund 15 Prozent im Jahre 1929.

Die Mahlzeiten. Der Amerikaner nimmt allgemein drei regelmäßige Mahlzeiten am Tage ein — in der Stadt ist dies gewöhnlich das Frühstück um 7 oder 8 Uhr, ein leichtes Mittagessen (lunch) in der Arbeits- oder Schulmittagspause und ein kräftiges Abendbrot, die Hauptmahlzeit (dinner), um 18 oder 19 Uhr. Während sich der Nachmittagskaffee keineswegs allgemein eingebürgert hat, ist das 2. Frühstück mit Kaffee (morning coffee) weit verbreitet. Darüber hinaus nehmen zahlreiche Amerikaner zwischen den Mahlzeiten noch alkoholfreie Getränke und Eiscreme-Sodas zu sich. Während sich ein großer Teil der Arbeitnehmer das Mittagessen zur Arbeitsstelle mitnimmt, kaufen sich doch auch sehr viele ihren „lunch" an Ort und Stelle. Zahlreiche Fabriken und andere Unternehmen geben Werkküchenmahlzeiten zu verbilligten Preisen ab. Abgesehen vom Mittagessen werden auch viele andere Mahlzeiten außerhalb des eigenen Haushaltes eingenommen, und es gibt Städter — besonders Junggesellen —, die zu sämtlichen Mahlzeiten in Gaststätten einkehren.

Städtische Familien kaufen in der Regel ihre für den Haushalt bestimmten Lebensmittel in den benachbarten Kolonialwarenhandlungen, bezahlen in bar und nehmen die Ware gleich mit. Die Zahl der gut ausgestatteten Geschäfte ist außerordent-

lich groß, Käuferschlangen sind unbekannt. Pasteurisierte Milch und Sahne werden jeden zweiten Tag von den Molkereien ins Haus geliefert. Die Lebensmittel sind zum großen Teil in Dosen verarbeitet oder werden so auf den Markt gebracht, daß sie mühelos zubereitet werden können. Wenige Amerikaner backen selbst — ausgenommen Kuchen und Feingebäck.

Die durchschnittlichen Wochenausgaben für Lebensmittel setzen sich bei einer dreiköpfigen Stadtfamilie mit üblichem Einkommen von 2000 bis 4000 Dollar (Steuern bereits abgerechnet) und bei Benutzung der im Jahre 1945 üblichen Preise wie folgt zusammen:

Lebensmittel	Kosten in Dollar	Prozent
Molkereiprodukte	3.69	17.4
Nährmittel und Backwaren	3.06	14.4
Eier	1.22	5.7
Fleisch und Geflügel	6.23	29.4
Fisch	0.30	1.4
Obst und Gemüse		
frisch	2.28	10.7
in Dosen	1.05	5.0
getrocknet	0.25	1.2
Zucker und Süßigkeiten	0.67	3.2
Fette und Öle	0.80	3.8
Getränke	1.03	4.9
Andere Nahrungsmittel	0.61	2.9
Zusammen	21.19	100.0

Der Lebensmittelverbrauch. Im Durchschnitt ist der Küchenzettel des Amerikaners abwechslungsreich, die Mahlzeiten haben einen hohen Nährwert. Wenn die Ernährung zahlreicher Familien mit geringem Einkommen auch keineswegs zufriedenstellend ist, so verringerten sich doch im Laufe der letzten Jahre allmählich die mengenmäßigen Unterschiede bei den Lebensmitteleinkäufen, und zwar vor allem bei Fleischwaren. Eine im Frühjahr 1942 bei Familien mit eigenem Haushalt und bei einzelstehenden Personen durchgeführte Umfrage führte zu dem Ergebnis, daß in Amerika je Person und je Woche durch-

schnittlich etwa 14 kg Nahrungsmittel verzehrt wurden. In der Stadt lebende Familien verbrauchten je Kopf wöchentlich durchschnittlich 3,6 Liter Milch- und Molkereierzeugnisse; 5,4 kg Obst und Gemüse (ein Sechstel davon in Dosen); mehr als ein Ei pro Tag; 1,27 kg Fleisch, Geflügel und Fisch; 1,36 kg Nährmittel und Backwaren; 0,5 kg Fette und Öle und weniger als 0,45 kg Zucker und Süßigkeiten.

Die Tabelle zeigt die Durchschnittsmengen elf verschiedener Lebensmittelarten, die in städtischen Familien je Person und Woche entsprechend der jeweiligen Einkommenstufe im Frühjahr 1942 verzehrt wurden.

Bei Benutzung dieser Tabelle ist zu beachten, daß die große Masse der Einkommen städtischer Familien sich im Jahre 1942 auf einem sehr viel niedrigeren Niveau hielt als in den letzten Jahren mit ihren hohen Preisen. Im Frühjahr 1942 bezogen nahezu 60 Prozent aller Stadtfamilien Einkommen zwischen 1000 und 3000 Dollar, während weniger als 30 Prozent der Einkommen 3000 Dollar überstiegen. 1945 und 1946 hatte dagegen nahezu die Hälfte aller in Städten lebenden Familien ein Einkommen von über 3000 Dollar, die Masse der Einkommen lag zwischen 2000 und 4000 Dollar und ungefähr 30 Prozent sogar über 4000 Dollar.

Die Eß- und Trinkgewohnheiten der Amerikaner haben sich in den letzten Jahren in mehr als einer Beziehung gewandelt. Dies ist teils auf die höheren Arbeitslöhne zurückzuführen, die den Einkauf von mehr und hochwertigeren Lebensmitteln ermöglichen, teils auf die technische Vervollkommnung der Lebensmittelverarbeitungs- und Konservierungsverfahren, die den Nährwert der Konserven erhöhen.

Eine der bedeutendsten Veränderungen war die Steigerung des Verbrauchs von Milch, Sahne, Käse und anderen Molkereiprodukten — außer Butter — je Person um fast ein Drittel während der letzten zwanzig Jahre. Heute werden in Amerika, bei Umrechnung des Gesamtverbrauches auf den Kopf der Bevölkerung wöchentlich durchschnittlich etwa 5 Liter Frischmilch oder entsprechende Mengen Trockenmilch verbraucht. Eine andere wichtige Wandlung in der Volksernährung liegt

DER DURCHSCHNITTLICHE LEBENSMITTELVERBRAUCH JE KOPF UND WOCHE IN STÄDTEN, FRÜHJAHR 1942

Einkommengruppe jährlich und netto in Dollar	Milch[1] Liter	Kartoffeln u. Süßkartoffeln in kg	Trockenbohnen, Erbsen, Nüsse[2] in kg	Grün- und Gelbgemüse in kg	Tomaten, Orangen und Zitronen in kg	Anderes Gemüse und Obst[3] in kg	Fleisch, Geflügel, Fisch[4] in kg	Eier Dutzend	Nährmittel u. Backwaren[5] in kg	Fette, Öle[6] in kg	Zucker, Zuckererzeugnisse in kg
Alle Gruppen (Durchschnitt)	3.62	1.20	0.12	1.07	1.51	1.50	1.25	0.65	1.34	0.51	0.39
unter 500	2.71	1.41	0.19	0.82	0.81	1.18	0.75	0.51	1.42	0.51	0.36
500 — 999	3.07	1.12	0.16	1.04	1.00	1.31	0.94	0.58	1.42	0.52	0.37
1000 — 1499	3.28	1.17	0.17	1.00	1.24	1.40	1.01	0.63	1.43	0.52	0.41
1500 — 1999	3.80	1.24	0.12	1.00	1.25	1.33	1.10	0.71	1.28	0.53	0.37
2000 — 2499	3.63	1.25	0.11	1.08	1.56	1.55	1.29	0.69	1.39	0.50	0.49
2500 — 2999	3.84	1.19	0.13	1.14	1.73	1.68	1.44	0.70	1.30	0.47	0.39
3000 — 4999	3.85	1.18	0.10	1.07	1.83	1.58	1.45	0.67	1.34	0.50	0.38
5000 — 9999	3.80	1.22	0.08	1.19	1.74	1.69	1.50	0.60	1.25	0.50	0.39

1) Milch- und Molkereiprodukte, umgerechnet auf einen frischer Vollmilch entsprechenden Eiweiß- und Mineralgehalt.

2) Trockengewicht gekochter oder eingedoster Hülsenfrüchte sowie entschälter Nüsse.

3) Bei Trockenfrüchten das entsprechende Frischgewicht.

4) Ohne Speck oder Pökelfleisch (Schweinefleisch).

5) Bei Mehl, Getreide und Nährmehlen zuzüglich zwei Drittel des Gewichtes gekaufter Backwaren.

6) Einschließlich Speck und Pökelfleisch.

(Quelle: Heft Nr. 550 des amerikanischen Landwirtschaftsministeriums: „Lebensmittelverbrauch der Familien in den USA.")

in der Steigerung des Verbrauches von Orangen und Zitronen um mehr als das Doppelte wegen ihres hohen Vitamin-C-Gehalts.

Billigere alkoholische Getränke, wie vor allem Bier, werden in großem Ausmaß von der arbeitenden Bevölkerung verbraucht. Diese Getränke stellen bis zu einem gewissen Grade einen Teil der Mahlzeiten dar, werden aber im allgemeinen doch mehr in Gesellschaft, daheim, bei zwanglosem Beisammensein oder am öffentlichen Ausschank getrunken. Der Verbrauch an alkoholischen Malzgetränken betrug im Jahre 1945 fast 72 Liter je Kopf der Bevölkerung.

Nährwertnormen. Der Nährwert der Lebensmittel, die im Frühjahr 1942 je Kopf der in Städten lebenden Familien verzehrt wurden, verteilte sich bei Zugrundelegung des Verbrauchs eines sich körperlich mäßig betätigenden Menschen (Erklärung der Nährwerteinheit) auf die einzelnen Einkommenstufen, wie die Tabelle zeigt.

Der Nährwert der Familienmahlzeit entspricht im großen und ganzen der vom Ausschuß für Lebensmittel und Ernährung des Amerikanischen Forschungsamtes im Mai 1941 empfohlenen Tagesdiät. Abgesehen von unzureichenden Mengen gewisser Vitamine, wie Thiamin, Riboflavin und Niazin, genügte z. B. der durchschnittliche Speisezettel des Jahres 1942 hinsichtlich der meisten Nahrungsmittel diesen Empfehlungen. Bei über der Hälfte aller Familien wurde der angeratene Riboflavinanteil nicht erreicht, bei einem Drittel fehlte es an Kalzium, bei einem Viertel an Thiamin und bei einem Zehntel an Vitamin C. Seit 1942 ist jedoch eine beachtliche Verbesserung zu beobachten, und die je Person verbrauchten Mengen zeigen eine Verbrauchssteigerung in sämtlichen, in der Tabelle angeführten Nährwertbestandteilen, vor allem bei denen, die im Jahre 1942 noch nicht ausreichend verbraucht wurden.

Tabak. In Amerika wird Tabak in großen Mengen, besonders in Form von Zigaretten, verbraucht, und zwar sowohl von Frauen als auch von Männern. Der durchschnittliche Verbrauch, auf Raucher und Nichtraucher bezogen, betrug 1947 sechs bis sieben Zigaretten je Tag. Unter der männlichen

DURCHSCHNITTLICHER NÄHRWERT DER TAGESKOST FÜR EINE PERSON[1])
FRÜHJAHR 1942

Nettoeinkommen pro Jahr in Dollar	Kalorien-zahl	Eiweiß g	Kalzium g	Eisen mg	Vitamin A (intern. Einh.)	VitaminC mg	Vitam.B1 mg	Riboflavin mg	Niazin mg
Die städtische Gesamtbevölkerung	3.200	95	0.8	16	8.700	155	2.3	2.7	22
unter 500	2.900	80	0.7	15	7.400	120	2.2	2.1	16
500— 999	3.000	85	0.8	15	8.600	130	1.9	2.4	18
1000—1499	3.200	95	0.8	16	7.900	140	2.2	2.6	20
1500—1999	3.200	95	0.9	15	7.900	140	2.2	2.7	20
2000—2499	3.300	100	0.9	16	9.100	160	2.4	2.8	23
2500—2999	3.300	105	0.9	17	9.500	180	2.5	3.0	25
3000—4999	3.200	100	0.9	16	8.700	165	2.4	2.7	23
5000 und darüber	3.100	100	0.9	16	9.900	180	2.3	2.8	24

[1]) Der Verbrauch eines Menschen bei mäßiger körperlicher Betätigung ist zugrunde gelegt. Für andere Bevölkerungsgruppen wurden Richtwerte errechnet. (Quelle: Heft Nr. 550 des amerikanischen Landwirtschaftsministeriums: „Lebensmittelverbrauch der Familien in den USA.")

Bevölkerung ist auch das Pfeifenrauchen weitverbreitet. Der Zigarrenverbrauch ist dagegen niedrig und erreicht im Durchschnitt nicht einmal eine Zigarre wöchentlich. Die Ausgaben für Tabak und Rauchwaren betragen über 1 Prozent des Familienbudgets.

Körperpflege. Die Ausgaben für Körperpflege bestehen in der Hauptsache aus der Bezahlung von Toiletteartikeln sowie von Dienstleistungen der Schönheitssalons und Friseure. Diese stellen einen kleinen, aber nicht unbedeutenden Posten im Haushaltsplan des Verbrauchers dar. Die Mehrzahl der Frauen trägt Dauerwellen, und die Männer lassen sich im Durchschnitt einmal im Monat die Haare schneiden.

Wohnungen und Wohnverhältnisse. Ausgaben für die Wohnung stehen im Haushalt der Familie hinsichtlich ihrer Höhe nur hinter denen für Lebensmittel zurück. Sie betragen ein

WOHNVERHÄLTNISSE DER IN STÄDTEN LEBENDEN AMERIKANISCHEN FAMILIEN 1934 BIS 1936

Art der Wohnung	Alle Familien	Familien mit den je Jahr und Familienmitglied geringsten Ausgaben (2000—3000 $)
	Durchschnittliche Personenzahl je Haushalt	
Hausbesitzer, die gleichzeitig vermieten	3.79	5.33
Hausbesitzer	4.09	5.66
Mieter	3.98	5.15
Mieter zentralgeheizter Wohnungen	3.15	4.69
Mieter nicht zentralgeh. Wohnungen	3.65	5.13
	Durchschnittliche Zimmerzahl je Familie	
Hausbesitzer, die gleichzeitig vermieten	5.10	4.78
Hausbesitzer	5.99	5.93
Mieter	5.33	5.22
Mieter zentralgeheizter Wohnungen	3.77	3.91
Mieter nicht zentralgeh. Wohnungen	4.74	4.75
	Durchschnittliche Personenzahl je Zimmer	
Hausbesitzer, die gleichzeitig vermieten	0.74	1.12
Hausbesitzer	0.68	0.95
Mieter	0.75	0.99
Mieter zentralgeheizter Wohnungen	0.84	1.20
Mieter nicht zentralgeh. Wohnungen	0.77	1.08

Viertel des Familienhaushalts und bei Familien mit kleinerem Einkommen sogar noch mehr. Die Wohnraumknappheit der Nachkriegszeit hat in vielen Fällen die Abkehr vom normalen Einfamilienhaus zur Folge gehabt.

Eine vor dem Kriege (1934 bis 1936) durchgeführte Untersuchung der Wohnverhältnisse städtischer Familien erbrachte folgende Einzelheiten über Größe der Familien, Zimmerzahl je Familie und Personenzahl je Zimmer. (Tabelle Seite 46.)

Im April 1947 gab es in den Vereinigten Staaten 39 138 000 Haushalte. Der durchschnittliche Haushalt hatte 3,64 Mitglieder, von denen etwa drei zueinander in verwandtschaftlicher Beziehung standen; 3 714 000 waren Junggesellenhaushalte, und insgesamt 27 Millionen Haushalte hatten zwei, drei oder vier Haushaltsmitglieder.

Rund 83 Prozent aller Haushalte befanden sich im April 1947 in nichtlandwirtschaftlichen Gebieten. Zahlreiche Lohnempfänger und Arbeitnehmerfamilien mit etwa gleich hohem Sachwerteinkommen besitzen eigene Häuser, doch ist es in dieser Bevölkerungsgruppe eher üblich, sich eine Wohnung zu mieten. Aus diesem Grunde befaßt sich dieser Bericht über die Wohnverhältnisse in nichtlandwirtschaftlichen Gebieten hauptsächlich mit Mietwohnungen. Die Wohnverhältnisse auf dem Land werden auf den Seiten 76 bis 78 behandelt.

Wenige Punkte der Lebensverhältnisse in den Vereinigten Staaten stehen im Mittelpunkt einer lebhafteren Kritik als die Lage im Wohnungswesen. Die verschiedensten Ursachen haben dazu geführt, daß heute zahlreiche Wohngebäude keineswegs den an sie gestellten Anforderungen entsprechen, während viele andere dringender Reparaturen bedürfen. Eine dieser Ursachen, auf die besonders von den Gewerkschaften mit Nachdruck hingewiesen wird, ist die Schwierigkeit, alle öffentlichen Bauvorhaben und die Unterstützung privater Vorhaben zum Bau billiger Wohnungen in eine allseitig befriedigende Wohnraumbeschaffungspolitik einzuspannen. Eine andere Ursache ist im raschen Ansteigen der Mietpreise zu suchen, ganz abgesehen von dem schnellen Anwachsen der Städte und den Bevölkerungsverschiebungen innerhalb der

USA. Diese Bewegungen wirkten sich besonders während und nach Beendigung des zweiten Weltkrieges aus, und junge Leute, die eine Familie gründen wollten, und Arbeitnehmer, die ihren ständigen Wohnsitz wechseln mußten, hatten am meisten unter ihren Folgen zu leiden. Die Verbesserung der Wohnverhältnisse verzögert sich. Außerdem trugen der Abzug von Arbeitskräften und Material zur Deckung des Bedarfes der Rüstungsindustrie während des Krieges und die Notwendigkeit, mit anderen, brennenderen Fragen der Nachkriegszeit fertig zu werden, ihren Teil zur Verzögerung der Inangriffnahme eines großzügigen Wohnungsbeschaffungsprogramms bei.

Trotzdem wurden in der Behebung zahlreicher erheblicher Schwierigkeiten bei der Lösung des Wohnungsproblems Fortschritte erzielt. Das Ausmaß dieser Fortschritte und die Beschaffenheit und Art amerikanischer Wohnungen im allgemeinen lassen sich aus im April 1940 und April 1947 angestellten Untersuchungen des amerikanischen Statistischen Amtes zur Wohnungslage ersehen. Diese Erhebungen befassen sich mit sogenannten Normalwohnungen, deren Zahl im April 1947 etwa 41 625 000 betrug. Als Wohnung gelten entsprechend der bei den Erhebungen verwandten Begriffsbestimmung alle Häuser, Wohnungen und auch Einzelzimmer, die als getrennte Wohnungen bewohnt werden oder als solche angelegt wurden. Ein einzelner Raum wird nur dann als Wohnung betrachtet, wenn eine eigene Kochgelegenheit dazugehört, oder wenn er über einen eigenen Eingang und ein eigenes Badezimmer verfügt, oder aber, wenn er einen eigenen Eingang besitzt und unmöbliert vermietet wurde. Im April betrug die Zahl der als Wohnungen gerechneten Einzelzimmer nur 973 000, das sind 2,3 % der Gesamtziffer.

Die Zahl der in ganz USA vom Eigentümer selbst bewohnten Wohnungen stieg von 44 % im Jahre 1940 auf 55 % im April 1947. In den Städten allein stieg der Prozentsatz der vom Eigentümer selbst bewohnten Wohnungen von 38 % auf 48 %. Die Mehrheit der Lohnarbeiter sind Mieter, wenn auch viele eine eigene Wohnung besitzen. Die Wohnverhältnisse auf dem Lande werden im Zusammenhang mit den Lebensverhältnissen

der in landwirtschaftlichen Betrieben tätigen Amerikaner behandelt.

Die Untersuchungen der Wohnverhältnisse in den Jahren 1940 und 1947 lassen trotz aller Hemmnisse der Kriegs- und Nachkriegszeit Fortschritte erkennen. Die Zahl der Stadtwohnungen mit zugehörigem Bad und Wassertoilette stieg von 77 % auf 84 % der Gesamtzahl. Der Prozentsatz der mit höchstens 1,5 Personen je Zimmer belegten Wohnungen erhöhte sich gleichzeitig von 94 % auf 96 %.

Trotzdem sehen sich die Vereinigten Staaten auch weiterhin einem ernsten Wohnungsproblem gegenüber. Die seit Kriegsende ausgeführten Neubauten blieben weit hinter dem laufenden Bedarf zurück, und die Kosten für ein dem amerikanischen Geschmack und den allgemeinen Ansprüchen genügendes neues Haus drohen immer mehr die Zahlungsfähigkeit der Familie mit durchschnittlichem Einkommen zu übersteigen.

Mietwohnungen. Mögen zahlreiche Lohnempfänger auch ihr eigenes Haus besitzen, so ist die Mietwohnung doch charakteristisch für die Wohnverhältnisse dieser Bevölkerungsgruppe. Die wesentlichen Merkmale solcher Mietwohnungen in den Städten mit 2500 und mehr Einwohnern gehen aus der nachstehenden Tabelle über die Verhältnisse im April 1947 hervor:

MIETWOHNUNGEN IN AMERIKANISCHEN STÄDTEN

Merkmale der Mietwohnungen	Prozent
Von allen im Jahre 1947 überprüften Wohnungen besaßen:	
fließendes Wasser	94.6
eigenes Bad und eigene Toilette	79.2
Zentralheizung zur Beheizung sämtlicher Zimmer	
in den USA insgesamt	59.4
in den Nordoststaaten	83.4
in den Staaten des mittleren Nordens	75.1
elektrisches Licht	97.5
Mit höchstens 1,5 Personen je Zimmer waren belegt . . .	93.5

Wenn auch, besonders in den Armenvierteln der großen Städte, die Wohnverhältnisse zum Teil recht unbefriedigend

sind, haben doch die meisten städtischen Mietwohnungen elektrisches Licht, fließendes Wasser, eigenes Bad und Toilette, in den kälteren Gegenden des Landes auch Zentralheizungsanlagen zur Beheizung sämtlicher Räume. Nur sehr wenige Wohnungen sind mit mehr als durchschnittlich 1,5 Personen je Zimmer belegt. Die Zahl der Wohnungen mit den genannten Merkmalen erhöhte sich in stadtnahen Vorstadtsiedlungen und in der Umgebung großer Industriezentren rasch. Gewöhnlich besitzt auch die Familie eines Lohnarbeiters ein eigenes Auto; und der eigene Kraftwagen sowie der rasche Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes — besonders der Autobusverbindungen — ermöglichen es der arbeitenden Bevölkerung, auch in größerer Entfernung von Fabriken und Geschäftsvierteln Wohnungen zu beziehen. Die Ausbreitung der Wohngebiete wurde unter anderem zusätzlich begünstigt durch die Ausdehnung des Elektrizitäts-, Gas-, Telefon- und Wassernetzes auf weitere Gebiete als bisher, durch die Anlage von Kanalisationssystemen, durch die Einrichtung neuer Vorstadtgeschäfte und -warenhäuser sowie durch die Einbeziehung der Vorstadtsiedlungen in die Belieferung mit Milch, Brot, Zeitungen und Warensendungen jeder Art durch die Stadtgeschäfte. Die beschriebene Entwicklung ging Hand in Hand mit beachtlichen Fortschritten bei der Beseitigung der Elendsquartiere in den überfüllten Großstädten.

Gestatten nun die Einkünfte der Lohnarbeiter und anderer Amerikaner in ähnlichen Einkommenverhältnissen die Mietung einer Wohnung der beschriebenen Art? Die Löhne der Fabrikarbeiter sind durchaus charakteristisch für die Einkommenverhältnisse dieser Gruppe. Der Durchschnittslohn eines Fabrikarbeiters lag im April 1947, also zur Zeit der letzten Wohnungsproblemuntersuchung, bei monatlich etwa 203,50 Dollar. Eine mittlere Monatsmiete für Mietwohnungen in der Stadt oder auf dem Lande, abgesehen von eigentlichen Farmen, betrug zur gleichen Zeit 29,33 Dollar, das sind 14,4 % des Durchschnittslohnes eines Fabrikarbeiters. Für Familien, die sich in den letzten Jahren gezwungen sahen, eine Wohnung käuflich zu erwerben, weil sie keine ihnen zusagende Mietwohnung

Oben: Ein Fleischerladen in einem Arbeiterviertel. — **Unten:** Kochunterricht in der Mittelschule einer Kleinstadt in Ohio. Haushaltskunde gehört zum Lehrplan des unentgeltlichen Mittelschulunterrichts.

Oben: Arbeiterwohnhäuser in Forest Hills, New York. — **Unten:** Ein Kinderspielplatz in einer Siedlung in Maryland.

Oben: Rathaus und Kirche einer Kleinstadt in Vermont. — **Unten:** Öffentliche Bibliothek in einer kleinen Stadt in Virginia. In fast allen großen und kleinen Städten Amerikas gibt es solche Bibliotheken, in denen kostenlos alle Arten von Büchern entliehen und Zeitungen und Zeitschriften gelesen werden können.

Oben: Die Gewerkschaft der Damenoberbekleidungsarbeiter gewährt ihren Mitgliedern freie Röntgenbehandlung und eine umfassende ärztliche Betreuung. — **Unten:** Betriebsärzte prüfen Röntgenaufnahmen von Arbeitern.

finden konnten, stellten sich die entsprechenden Ausgaben im allgemeinen etwas höher.

Man kann die Höhe der Mietpreise auch durch aufgewandte Arbeitszeit ausdrücken. Im April 1947 mußte z. B. ein Fabrikarbeiter für die Miete einer normal eingerichteten Wohnung den Lohn von drei Arbeitstagen zu je acht Stunden aufwenden.

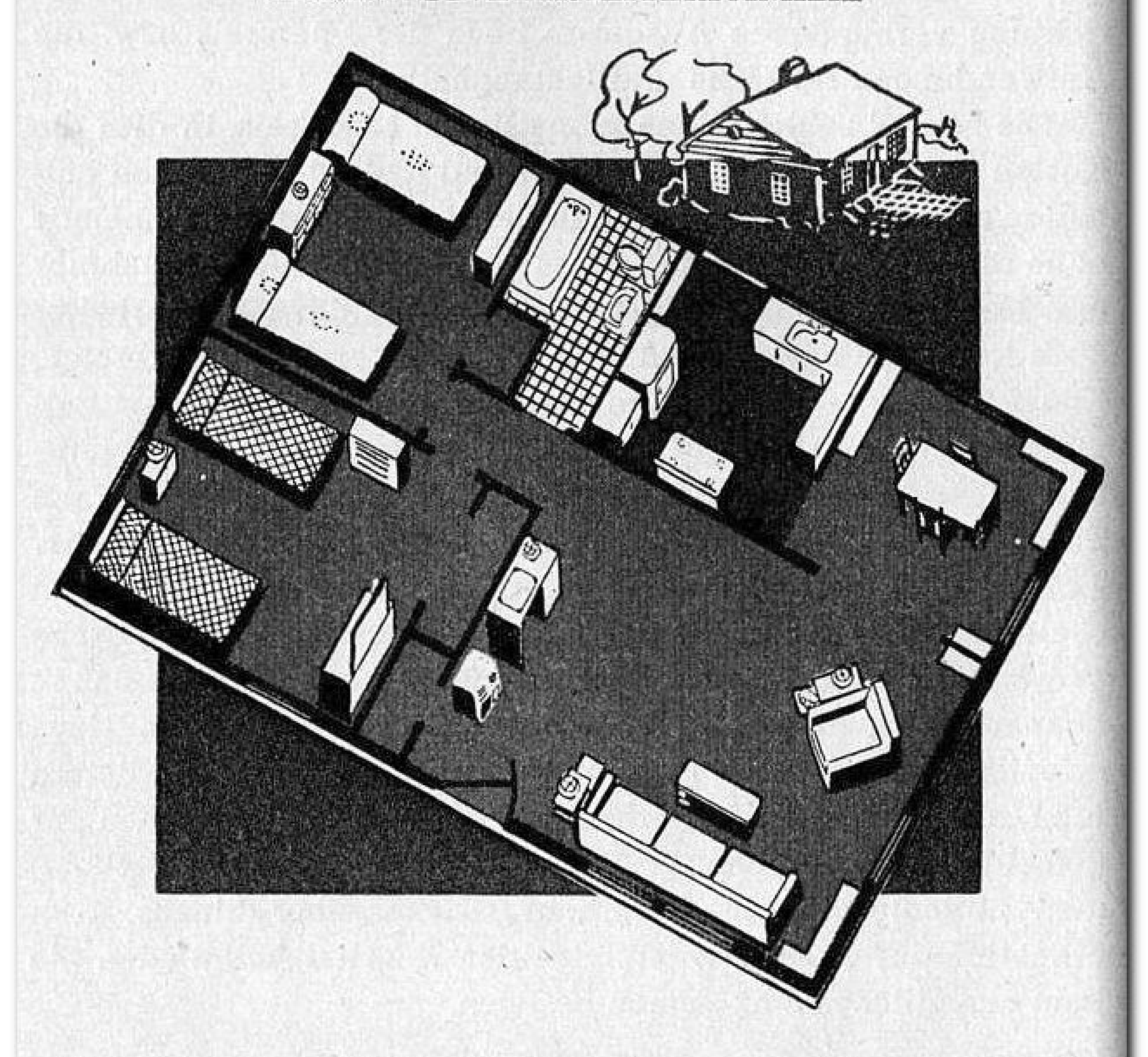
Diesen Schätzungen liegt der Durchschnittslohn eines alleinstehenden Fabrikarbeiters zugrunde. Familienväter verdienen in der Regel mehr als den Durchschnittslohn. Steht mehr als ein Familienmitglied in Arbeit, oder verfügt die Familie außer den Lohnzahlungen über ein Nebeneinkommen, so ist das Familieneinkommen entsprechend höher, und die Familie kann sich eine bessere Wohnung mieten.

Für den Mieter und den sein eigenes Haus bewohnenden Eigentümer treten zu den mit der Haushaltsführung und -einrichtung verbundenen Ausgaben noch der Mietpreis bzw. die Aufwendungen für Haus und Instandhaltung.

Die Mieter zahlen einen monatlichen Mietpreis, in dem die Kosten für Heizung, Wasser, Licht und andere Leistungen enthalten sein können oder nicht. In der Regel sorgt die Gemeinde ohne direkte Belastung des einzelnen Haushalts für Müllabfuhr und Kanalisation. Im allgemeinen beschäftigen Lohnarbeiter auch kein ständiges Dienstpersonal. Bäckereien, Molkereien, Konservierungs- und verschiedene andere Lebensmittelverarbeitungsbetriebe auf geschäftlicher Basis sowie zum Haushalt gehörige Eisschränke und Tiefkühlanlagen erleichtern die Zubereitung der Mahlzeiten ganz wesentlich. Ein erheblicher Teil der Näharbeit und auch andere Ausbesserungsarbeiten an Kleidungsstücken werden daheim vorgenommen. Automatische Waschvorrichtungen setzen sich immer stärker durch, so daß in Lohnarbeiterfamilien die Wäsche gewöhnlich auch im Haus erledigt wird. Moderne Etagenmiethäuser stellen ihren Mietern jetzt in der Regel im Kellergeschoß auch Waschmaschinen zur gemeinschaftlichen Benutzung zur Verfügung. Das Realeinkommen normaler Haushalte erhöht sich darüber hinaus noch erheblich durch Dienstleistungen der Haushaltsmitglieder, die kein eigentliches Einkommen besitzen.

Haushaltseinrichtungen und Möblierung. Selbst billige Wohnungen sind heute allgemein mit technischen Hilfsmitteln ausgestattet, die vor wenigen Jahren noch als Luxus galten. Dazu gehören normalerweise ein Telefon, eine mit Kohle, Brennöl oder Gas betriebene Zentralheizungsanlage, ein elektrischer oder Gasherd — obwohl Herde mit Kohlen- und Holzfeuerung auch noch anzutreffen sind — und ein elektrisch oder mit Gas oder Stangeneis betriebener Kühlschrank. Heizkörper und häufig auch Waschküchen, Öfen und Kühlschränke sind zumeist ein Teil der festen Einrichtung jeder Mietwohnung und sind somit im Mietpreis inbegriffen, wenn auch das zu ihrem Betrieb benötigte Heizmaterial oder die Energie gewöhnlich ge-

GRUNDRISS EINER EINFACHEN WOHNUNG FÜR EINE VIERKÖPFIGE ARBEITERFAMILIE



trennt berechnet werden. Darüber hinaus muß der Mieter selbst für bestimmte Geräte sorgen, wie Waschmaschinen, Bügeleisen, Brotröster, Staubsauger, Telefonapparate und Rundfunkgeräte, die zum persönlichen Eigentum des Mieters gehören. Auch Nähmaschinen findet man in zahlreichen Arbeiterhaushalten, und vor allem in letzter Zeit erfreuen sie sich wachsender Beliebtheit, um die Ausgaben für Bekleidung zu verringern.

Viele dieser Geräte werden ebenso wie Möbel in Raten abgezahlt.

Viele Familien decken auch ihren Bedarf an Haushaltgeräten und Möbeln durch den Ankauf gebrauchten Hausrats. Artikel aus zweiter Hand kommen ständig auf den Markt. Dies wird begünstigt durch die Neigung des amerikanischen Arbeiters, von Ort zu Ort zu ziehen, durch häufige Veränderungen der Warenausführung und den Wandel des Geschmacks jener Verbraucher, die sich laufend den Ankauf modernster Erzeugnisse leisten können.

Hier wird ein Verzeichnis der Möbel, Einrichtungsgegenstände und Geräte, die sich normalerweise in der Wohnung jeder vierköpfigen, in der Stadt lebenden Familie befinden, gebracht.

Möbel und Einrichtungsgegenstände unterscheiden sich sowohl in ihrer Art als auch in ihrer Ausführung, je nach dem persönlichen Geschmack und der Zahlungsfähigkeit der Besitzer. In letzter Zeit jedoch geht die Entwicklung dahin, Möbel und Einrichtungsgegenstände einfacher zu gestalten, so daß sie weniger Raum einnehmen und leichter sauberzuhalten sind. So findet man zum Beispiel nur noch in wenigen Wohnungen schwere Vorhangdraperien oder veloursbespannte Fußböden. Die Möbel sind leichter und handlicher. Papierhandtücher und -Servietten, ja sogar Schüsseln aus Papier werden viel gebraucht.

Die Bekleidung. Nach den Ausgaben für Essen und Wohnung folgt im Familienhaushaltsplan die Bekleidung — auf sie entfallen etwa 15 Prozent der Ausgaben einer Familie mit bescheidenem Einkommen. Diese Ausgaben pflegen mit steigendem Einkommen stärker zuzunehmen als jene für Essen und

Gegenstand	Anzahl	Geschätzte Benutzungsdauer in Jahren
Möbel und Einrichtungsgegenstände:		
Wohnecke, zweiteilig	1	20
Wohnzimmertisch	1	20
Wohnzimmerstühle, gepolstert	2	20
Bücherschrank oder Schreibtisch	1	20
Lampen	2	10
Wohnzimmerteppich, 2,5×3,5	1	10
Eßzimmerausstattung	1	20
Schlafzimmereinrichtung mit Doppelbett, Kommode und Toilettentisch	2	25
Schlafzimmerstühle	3	20
Matratzen	4	10
Drahtmatratzen	4	10
Kopfkissen	4	10
Leintücher	14	7
Kopfkissenbezüge	10	7
Wolldecken	8	10
Matratzenschoner	4	10
Bettüberwurf	4	10
Handtücher	16	5
Waschlappen	8	5
Servietten, Baumwolle	12	5
Porzellanservice für 8 Personen	1	7
Mechanische Einrichtungsgegenstände		
Ofen	1	20
Kühlschrank, Gas oder elektrisch	1	15
Waschmaschine, elektrisch	1	12
Staubsauger	1	12
Brotröster, elektrisch	1	8
Bügeleisen, elektrisch	1	8

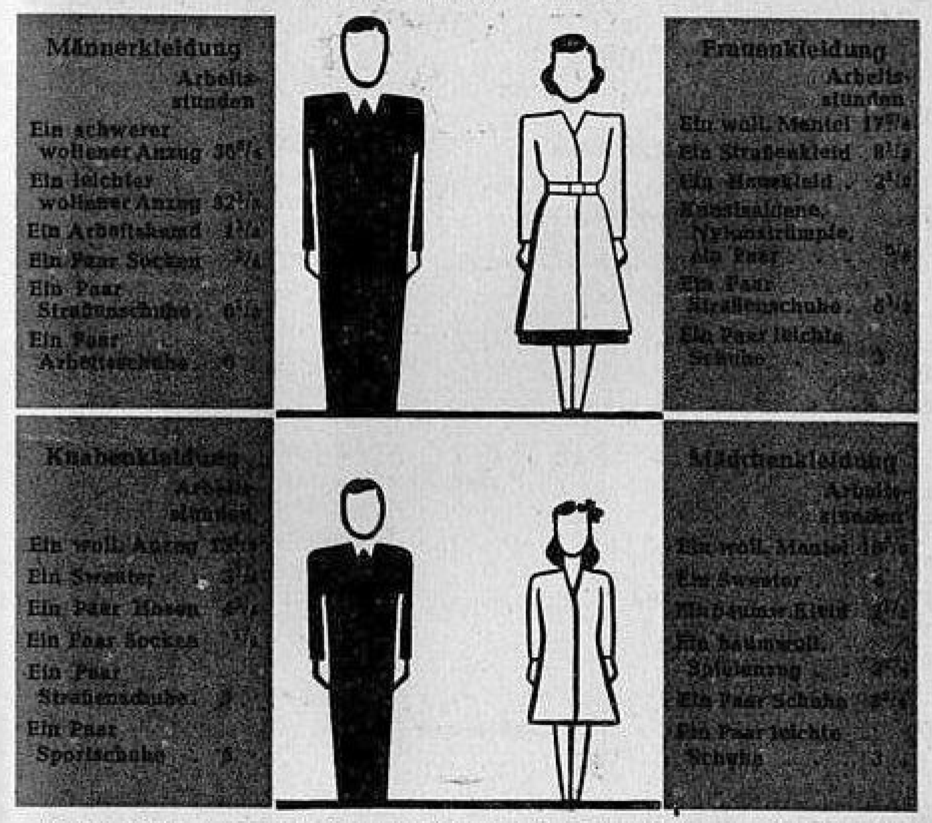
Wohnung. Im allgemeinen kann man sagen, daß die Frau eines Arbeiters für Kleidung weniger ausgeben muß als ihr Mann. In Familien mit höherem Einkommen jedoch wird sich die Situation zugunsten der Frau verschieben, und wenn die Frau berufstätig ist, wird sie mehr für Kleidung aufzuwenden haben als ihr Mann. Die Kleiderausgaben für Kinder sind wesentlich geringer als die für Erwachsene, für Jugendliche wiederum höher als für kleine Kinder.

Die Notwendigkeit eines gepflegten Äußeren ist im Bewußtsein des Amerikaners tief verwurzelt. Die meisten Kleider werden heutzutage serienmäßig hergestellt; sie entsprechen

der neuesten Mode und sind einfach im Stil. Die früher in den verschiedenen Gegenden zwischen Stadt und Land bestehenden Unterschiede in der Kleidung verschwinden mehr und mehr. Im großen und ganzen kleidet sich eine Farmersfrau nicht sehr viel anders als die Frau eines Syndikus, ihre Kleider sind jedoch von geringerer Qualität und müssen länger halten.

Die heutige Kleidung der Frau unterscheidet sich sehr stark von der des 19. Jahrhunderts. Sie kann lediglich aus einem Korsett oder Hüftgürtel, einem kunstseidenen Unterrock, Büstenhalter, kunstseidenen Höschen, einem kunstseidenen, baumwollenen oder wollenen Kleid, Nylonstrümpfen und einem

AUFWENDUNGEN DES DURCHSCHNITTLICHEN AMERIKANISCHEN ARBEITERS FÜR BESTIMMTE KLEIDUNGSSTÜCKE IN ARBEITSSTUNDEN



Alle aufgeführten Kleidungsstücke sind Einheitstypen mit Standardpreisen.

AUFSTELLUNG DER VON EINER DURCHSCHNITTLICHEN VIERKÖPFIGEN ARBEITERFAMILIE JÄHRLICH FÜR VATER UND SOHN GEKAUFTEN KLEIDUNGSSTÜCKE

Kleidungsstück	Je Jahr gekaufte Stückzahl (annähernd)	
	Vater	Sohn
Kopfbedeckungen:		
Filzhüte	0.8	0.3
Strohhüte	0.2	—
Mützen	0.3	0.4
Mäntel	0.2	0.2
Sweater oder Jacken	0.6	1.2
Anzüge, Wolle oder Baumwolle	0.9	0.4
Hosen:		
Wolle	0.4	0.9
Leinen	0.3	1.2
Baumwollene Arbeitshosen	0.3	0.5
Overalls	0.8	—
Hemden:		
Baumwollene Arbeitshemden	2.2	3.7 (Arbeitshemden und Oberhemden zusammen)
Oberhemden	2.9	
Sportkleidung, Leinenanzüge usw.	0.5	1.0
Unterkleidung:		
Trikothemden	3.2	2.3
Unterhemden	3.6	2.9
Hemdhosen	0.7	0.7
Pyjamas	0.8	0.7
Socken	5.8	10.4 (Socken und derbe wollene zusammen)
derbe wollene	4.8	
kunstseidene	2.4	—
Arbeitsschuhe	0.8	2.9 (Arbeitsschuhe und Straßenschuhe zusammen)
Straßenschuhe	1.3	
Hausschuhe	0.2	—
Gummi- oder Pelzstiefel	0.4	0.4
Handschuhe:		
Baumwolle	4.0	0.1
Leder oder Wolle	0.6	0.6
Taschentücher	6.4	3.2
Krawatten	3.1	1.4
Gürtel	0.5	1.0
Hosenträger	0.5	—

AUFSTELLUNG DER VON EINER DURCHSCHNITTLICHEN VIERKÖPFIGEN ARBEITERFAMILIE JÄHRLICH FÜR MUTTER UND TOCHTER GEKAUFTEN KLEIDUNGSSTÜCKE

Kleidungsstück	Je Jahr gekaufte Stückzahl (annähernd)	
	Mutter	Tochter
Kopfbedeckungen:		
Filzhüte	1.0	0.5
Strohhüte	0.6	0.3
Mützen oder Kopftücher	0.4	0.5
Mäntel:		
Wintermäntel, mit oder ohne Pelz	0.3	0.3
Sommermäntel	0.2	0.3
Sweater oder Jacken aus Wolle	0.4	0.7
Blusen	0.5	1.0
Kleider:		
Baumwollenes Hauskleid	1.2	0.5
Straßenkleid, Baumwolle oder Wolle	1.3	3.2
Kunstseide	1.7	0.2
Röcke, Baumwolle oder Wolle	0.2	0.5
Schürzen	0.5	0.5
Unterkleidung, Unterröcke:		
Kunstseide	2.1	0.3
Baumwolle	—	1.2
Höschen:		
Kunstseide	2.4	1.4
Baumwolle oder Wolle	0.5	3.5
Hüftgürtel	0.7	—
Büstenhalter	1.2	—
Hemdhosen	0.2	0.5
Leibchen, Baumwolle	0.3	1.3
Sportkleidung, Spielanzug usw.	0.6	1.5
Nachthemden oder Pyjamas aus Flanell, Baumwolle oder Kunstseide	1.3	1.0
Morgenröcke oder Bademäntel	0.2	0.2
Nylonstrümpfe	11.0	—
Söckchen, Baumwolle, Wolle oder Kunstseide	1.6	12.5
Straßen- oder Gesellschaftsschuhe	3.0	3.7
Hausschuhe	0.5	0.3
Gummi- oder andere Überschuhe	0.2	0.5
Handschuhe, Baumwolle, Leder, Kunstseide oder Wolle	1.0	0.8
Handtaschen	1.0	0.2
Taschentücher	3.4	2.0

Paar Pumps oder Halbschuhen bestehen. Lange Unterhosen, Flanell- und Leinenunterröcke, Reformhosen, Zwirnstrümpfe und hohe Schuhe sind vollkommen verschwunden. Auch die Bekleidung der Männer ist einfacher und leichter geworden, und viele Männer tragen heute leichte Sportanzüge und durchweg Halbschuhe, außer wenn sie aus beruflichen Gründen Arbeitsschuhe anziehen müssen. Dies ist sowohl auf die bessere Beheizung der Wohnungen und Fabrikräume als auch auf die Fortschritte in der Medizin und den Wandel des Geschmacks zurückzuführen. Die Berufskleidung, vornehmlich die der Männer, ist natürlich den außerordentlich unterschiedlichen Erfordernissen der jeweiligen Arbeit und den klimatischen Bedingungen angepaßt.

Die vorstehenden Tabellen zeigen uns annähernd die Anzahl der wichtigsten Kleidungsstücke, die jährlich von einer durchschnittlichen vierköpfigen Familie, in der der Vater der einzige Verdiener ist, gekauft werden. Die Schätzungen beruhen auf eingehenden Studien über die tatsächlichen Einkäufe derartiger Familien in einer Reihe von Städten. Dabei ist zu beachten, daß einige Artikel, wie Jacken und Mäntel, länger als ein Jahr getragen werden können, so daß auf die Jahresausgaben nur ein Teil der hierfür aufgewendeten Beträge entfällt. Wie lange die einzelnen Kleidungsstücke getragen werden können, ergibt sich aus den Tabellen auf Seite 56 und 57.

Fahrgeldausgaben. Die Fahrgeldausgaben einer Arbeiterfamilie betragen etwa 8 Dollar auf je 100 Dollar ihres Einkommens. Auch Geschäfts- und Vergnügungsreisen spielen eine wichtige Rolle in den Vereinigten Staaten. Die Amerikaner wollen die Welt kennenlernen, und dieser Wunsch ist noch verstärkt worden durch die Erzählungen der vielen jungen Männer, die während des Krieges viel herumgekommen sind und von ihren Erlebnissen in anderen Teilen der Vereinigten Staaten oder anderen Ländern berichten konnten. Der Arbeiter in der Stadt wird zwar nicht oft weite Reisen unternehmen können, aber er pflegt seinen jährlichen Urlaub gemeinsam mit seiner Familie außerhalb der Stadt zu verbringen, und er wird oft mit seiner Familie Sonnabend und Sonntag im eigenen

Auto zum Baden, in den Park oder aufs Land fahren. Viele Bewohner der Vororte fahren mit ihrem Wagen zur Arbeit.

Das Auto ist eine Lebensnotwendigkeit geworden. Ende 1947 waren über 30 Millionen Personenkraftwagen im Gebrauch, auf je fünf Personen kam ein Wagen, und es wurden in diesem Jahr über 480 Milliarden Kilometer gefahren, davon fast ebensoviel für Vergnügungs- wie für Geschäftsreisen. 1941 besaßen rund zwei Drittel aller städtischen Familien mit bescheidenem Einkommen ein Automobil. Nach einer Untersuchung der Verbraucherkreise in Stadt und Land wurde ein Viertel aller 1946 neu oder alt gekauften Kraftwagen von Verbrauchern (Familien oder Einzelpersonen) mit einem Einkommen unter 2000 Dollar und 56 Prozent der Wagen von solchen mit einem Einkommen unter 3000 Dollar gekauft.

Das heißt aber bei weitem nicht, daß alle Familien ihren Wagen sofort in bar bezahlen. Wer sich einen neuen Wagen kauft — und dies gilt vor allem für Familien mit niedrigem oder mittlerem Einkommen — gibt seinen alten Wagen in Zahlung oder macht eine Anzahlung in Höhe eines Drittels des Kaufpreises und zahlt den Rest in 12 bis 15 Monatsraten zuzüglich der Zinsen. Darüber hinaus waren etwa zwei Drittel der 1941 im Besitz von Familien oder Einzelpersonen mit mittlerem Einkommen befindlichen Kraftwagen aus zweiter Hand gekauft, und ein guter Teil davon war 6 bis 9 Jahre alt, ja sogar noch älter. Da während des Krieges keine Personenkraftwagen hergestellt wurden, ist die Nachfrage nach Kraftwagen immer noch weit größer als das Angebot, und die im Gebrauch befindlichen Wagen sind heute durchschnittlich älter als vor dem Kriege.

Der weitaus größte Teil der Fahrgeldauslagen der Konsumenten entfällt auf die Kraftwagen. Diese Aufwendungen setzen sich zusammen aus dem Kaufpreis des Wagens, Benzin- und Ölkosten, Ausgaben für Reparaturen und Ersatzteile, Garagenmiete, Steuern und Versicherungsprämien. Im übrigen bestehen sie aus den Kosten für Autobus-, Straßenbahn- und Eisenbahnfahrten sowie für eine gelegentliche längere Reise mit der Eisenbahn.

Ärztliche Betreuung und Gesundheitspflege. Im Jahre 1944 gaben dreiköpfige Großstadtfamilien mit Einkommen von 2000 bis 4000 Dollar zur Erhaltung ihrer Gesundheit durchschnittlich etwa 130 Dollar (4 bis 5 Prozent ihres Einkommens) aus. Diese Gelder wurden in der Hauptsache für Arzt- und Zahnarztbehandlung, Medikamente und Krankenhausaufenthalt aufgewendet. In Gruppen mit höherem Einkommen sind auch diese Auslagen viel höher. Die Ausgaben für angemessene ärztliche Betreuung bilden für Familien mit geringeren Einkommen oft eine ernsthafte Belastung, die allerdings durch verschiedene öffentliche und private Einrichtungen verringert werden kann. Zu den öffentlichen Maßnahmen gehören beispielsweise die Finanzierung von Krankenhäusern und Kliniken sowie des örtlichen Gesundheitswesens und die für den Arbeitgeber verbindlichen Sozialgesetze. Zu den sehr zahlreichen und mannigfaltigen privaten Einrichtungen gehören unter anderem Organisationen, die aus den Beiträgen ihrer Mitglieder die für diese entstehenden Krankenhaus- und Arztkosten bezahlen. Diese privaten Krankenkassen haben in den letzten Jahren immer weitere Verbreitung gefunden.

In den Vereinigten Staaten gibt es keine umfassende allgemeine Krankenversicherung. Durch freiwilligen Zusammenschluß in Privatkassen ist jedoch für einen immer größeren Teil der Bevölkerung ein gewisser Ersatz geschaffen worden. Am 1. Januar 1947 gehörten 40 Millionen, also mehr als ein Viertel der Bevölkerung, privaten Krankenkassen oder Versicherungen an, die sie nicht nur bei Krankenhausaufenthalt, sondern auch zu Hause oder an der Arbeitsstelle in Anspruch nehmen konnten. Die freiwillige Krankenversicherung nimmt gegenwärtig sehr rasch an Umfang zu. Die Mitgliederzahl anerkannter Kranken- und Unfallversicherungen ist von 18 881 000 am 1. Januar 1946 auf 24 250 000 am 1. Januar 1947 gestiegen.

Diese privaten Krankenversicherungen sind von Gewerkschaften, Farmerverbänden und Arbeitgebern weitgehend gefördert worden. Zwischen Gewerkschaften und Unternehmern bestehen bereits zahlreiche Vereinbarungen, die der-

artige Versicherungen vorsehen, und ständig werden weitere geschlossen. Praktisch gibt es heute in allen 48 Bundesstaaten derartige private Hilfsorganisationen.

Die Mitglieder vieler Gewerkschaften, Genossenschaften und ähnlicher Organisationen sind schon seit langem in gewissem Umfang gegen Krankheit versichert. Viele Gewerkschaften der Vereinigten Staaten und auch anderer Länder hatten ursprünglich einen vorwiegend genossenschaftlichen Charakter. Nachdem derartige Bestrebungen eine Zeitlang vernachlässigt wurden, legen die Gewerkschaften in jüngster Zeit wiederum stärkeren Nachdruck auf die Entwicklung des Genossenschaftswesens.

Viele Amerikaner mit geringerem Einkommen sind jedoch nicht durch irgendeine der zahlreichen freiwilligen Krankenkassen gegen Krankheit versichert. Im Notfall stehen ihnen die aus Mitteln der örtlichen Verwaltungsstellen und der privaten Gemeindewohlfahrt unterhaltenen Krankenhäuser und Ärzte zur Verfügung. Fast in allen größeren Gemeinden gibt es nichtoffizielle Organisationen dieser Art. 1945 gaben Bundesregierung, Einzelstaaten und kommunale Behörden ausschließlich für ärztliche Betreuung und Krankenfürsorge — also ohne die mit anderen Leistungen aus öffentlichen Mitteln verbundenen Aufwendungen — rund 1129 Millionen Dollar aus, dies sind etwa 80 Dollar auf den Kopf der Bevölkerung.

Das Amt für soziale Sicherheit, dem die Überwachung der Arbeitslosenunterstützung und die Verwaltung der Alters- und Hinterbliebenenversicherung untersteht, hat die Schaffung einer umfassenden staatlichen Krankenversicherung empfohlen. Das gleiche haben auch die Vorsitzenden der beiden großen politischen Parteien angeregt, und die entsprechenden Gesetzesvorschläge liegen dem Kongreß zur Begutachtung vor (vgl. Seite 63). Nahezu alle Arbeitnehmer in der Industrie und im öffentlichen Dienst sind durch irgendeine Form der den Arbeitgeber verpflichtenden Unfallschutzgesetzgebung gegen Betriebsunfälle und Berufskrankheiten versichert (siehe die Seiten 86 und 87).

Wer von dieser Gesetzgebung nicht erfaßt wird, ist trotzdem in gewissem Sinn geschützt, da ihm noch die Möglichkeit offensteht, eine gerichtliche Entscheidung anzurufen. Die Gesetzgebung auf diesem Gebiet hat sowohl zu einer Ausweitung des Anwendungsbereiches der Gesetze als auch zu einer Erhöhung der Leistungen geführt. Viele private und öffentliche Unternehmen haben sich auch zur Zahlung von Krankengeldern entschlossen, und in der Verhütung von Betriebsunfällen und Berufskrankheiten sind in jüngster Zeit große Fortschritte erzielt worden. Bei Ausbruch des zweiten Weltkrieges lag die Zahl der schweren Betriebsunfälle, die teilweise zur Arbeitsunfähigkeit führten, um 28 Prozent unter der des Jahres 1926. Diese günstige Entwicklung wurde durch die Erfordernisse der Kriegsproduktion unterbrochen und durch die nachfolgende Umstellung auf Friedensproduktion verzögert; heute ist schon wieder ein Rückgang der Betriebsunfälle festzustellen. Den meisten Erfolg auf diesem Gebiet verspricht die freiwillige Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

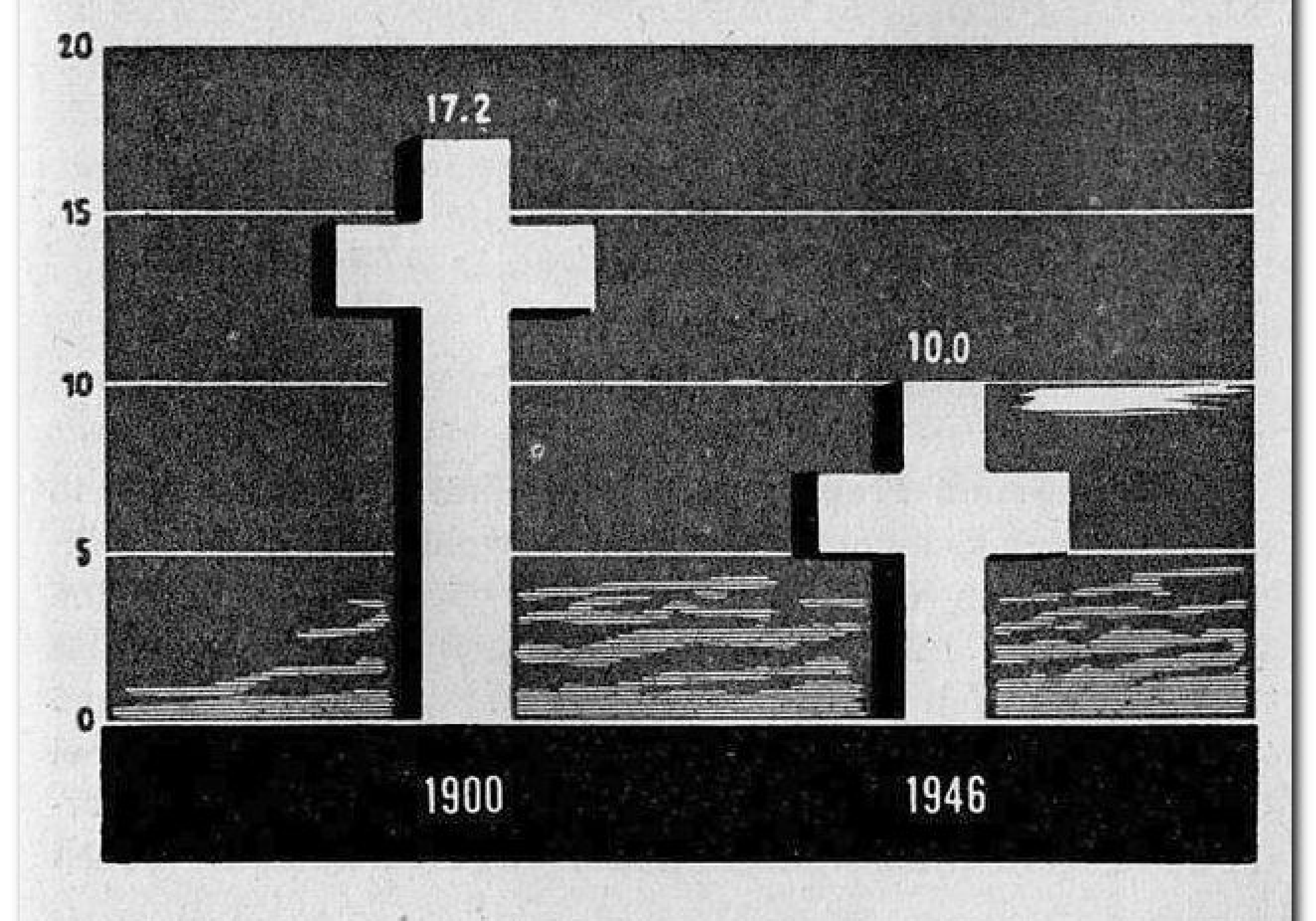
Für das Gesundheitswesen in den Vereinigten Staaten sind Einzelpersonen, private Organisationen, kommunale Behörden sowie die Regierungen der Einzelstaaten und die Bundesregierung gemeinsam verantwortlich. Auf dem Gebiet der Seuchenbekämpfung und der Verhütung von Berufskrankheiten und Unfällen am Arbeitsplatz sind die bestehenden Vorschriften am umfassendsten und einschneidendsten. Die Befugnisse der Behörden sind sonst beschränkter, erstrecken sich aber auf die verschiedensten Gebiete, wie die Zulassung von beruflich qualifiziertem Personal, Prüfung und Kontrolle von Lebensmitteln und Medikamenten, Quarantänemaßnahmen, die Einhaltung von Bauvorschriften, Sicherheitsbestimmungen und Vorschriften für sanitäre Anlagen, wie Wasserversorgung, Kanalisation und andere. Aufklärungsfeldzüge zur Einhaltung der Bestimmungen und Verbesserungen des allgemeinen Gesundheitszustandes werden besonders gepflegt.

Die vom öffentlichen Gesundheitsdienst durchgeführten Aktionen haben praktisch Cholera, Gelbes Fieber, Blattern, Typhus und verschiedene andere Seuchen beseitigt. Die Sterb-

lichkeitsziffer ist bei allen ansteckenden Krankheiten wesentlich gesenkt worden. Großer Nachdruck wurde vor allem auf den Bau sanitärer Anlagen, auf einwandfreie Wasserversorgung und reichhaltige Ernährung gelegt. Die Forschungsarbeit privater und öffentlicher Stellen auf dem Gebiete der Medizin und der mit ihr zusammenhängenden Fragen ist wohl von allen Vorhaben dieser Art am besten ausgebaut und finanziert. Die Kapazität der den Vorschriften des Amerikanischen Ärzteverbandes entsprechenden Krankenhäuser ist zwischen 1909 und 1945 bei einem Bevölkerungszuwachs von 54 Prozent um 313 Prozent gestiegen. Die Zahl der Krankenhäuser, vor allem der für Kriegsversehrte, hat seit 1945 schnell zugenommen.

Aus den Zahlen der amerikanischen Sterbetafeln lassen sich die Fortschritte herauslesen, die bei der Hebung der Volksgesundheit, der Durchführung behördlicher Anordnungen und der Bereitstellung ärztlicher Hilfe erzielt wurden. Ein Anhalten dieser günstigen Entwicklung wurde dadurch gewährleistet, daß Präsident Truman im Januar 1948 den Beauftragten für

TODESFÄLLE JE TAUSEND EINWOHNER



die Bundessicherheit ersuchte, eine umfassende Untersuchung aller Probleme des amerikanischen Gesundheitswesens durchzuführen, die als Basis für ein nationales Programm zur Hebung des Gesundheitswesens dienen soll.

Die Lebenserwartung des Amerikaners. Die Lebenserwartung ist für männliche Angehörige der weißen Rasse von 48,2 Jahren in den Jahren 1900 bis 1902 auf 59,1 in den Jahren 1929 bis 1931, und 1945 weiter auf 64,4 gestiegen. Die entsprechenden Zahlen für weiße Frauen lauten: 51,1 Jahre in den Jahren 1900 bis 1902, 62,7 für 1929 bis 1931 und 69,5 für 1945. Vergleichszahlen für Farbige in den Jahren 1900 bis 1902 liegen nicht vor. Die Zahlen für 1929 bis 1931 und 1945 sind: für männliche Farbige 47,5 und 56,1 Jahre und für weibliche Farbige 49,5 und 61,8 Jahre.

Über den Sterblichkeitsrückgang zwischen 1900 und 1946 geben die folgenden Zahlen Aufschluß:

Altersgruppe (in Jahren)	Sterblichkeit auf je 1000 Personen jeder Gruppe	
	1900	1946
Gesamtbevölkerung	17.2	10.0
Unter 1	162.4	45.3
1— 4	19.8	1.8
5—14	3.9	0.8
15—24	5.9	1.7
25—44	9.1	3.2
45—64	19.8	13.7
über 65	82.3	65.2

Erholung und Freizeit. Erholung und Freizeit spielen in allen sozialen Schichten Amerikas sowohl vom gesellschaftlichen als auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus eine wichtige Rolle. Für alle Altersklassen und Berufe hat sich das Recht auf Freizeit durchgesetzt. Die 40-Stunden-Woche, rund zwei Wochen bezahlter Urlaub und 50 Prozent Aufschlag bei Überstunden werden allgemein von den Arbeitnehmern gefordert. Längere Mußestunden und höhere Einkommen haben

auch die Ausgaben für die Freizeitgestaltung gesteigert. Entspannung allein genügt nicht mehr, es wird anregende Unterhaltung oder Beschäftigung gesucht.

Erholung und Freizeitgestaltung fallen zum Teil mit anderen Lebensgebieten zusammen, die noch besprochen werden. So dient die Mittagspause nicht nur dazu, das Essen einzunehmen, sie hat auch durchaus geselligen Charakter. Das für alkoholische Getränke, Eiskreme-Soda, Kaugummi und Süßigkeiten ausgegebene Geld fällt eher unter die Auslagen für Freizeit und Erholung als unter die für Ernährung. Und das gleiche könnte für die Aufwendungen für Sportkleidung und Körperpflege gelten. Ein großer Teil der Ausgaben für Kraftwagen ist sicherlich auf das Konto Freizeit und Erholung zu buchen. Die Teilnahme an religiösen und erzieherischen Veranstaltungen wird zum Teil zweifellos von dem Verlangen nach Ausspannung und Erholung bestimmt.

Trotzdem läßt sich eine gewisse Vorstellung der wirtschaftlichen Bedeutung der Freizeitgestaltung aus den Schätzungen des amerikanischen Handelsministeriums gewinnen. Danach entfielen im Jahre 1946 5,5 Prozent der Gesamtaufwendungen für persönliche Zwecke auf Freizeit und Erholung. Sie setzen sich zusammen aus Eintrittsgeldern für Theater-, Sportveranstaltungen und Vergnügungsstätten, Ausgaben für Karten- und Glücksspiele, Bücher, Zeitungen und Zeitschriften, Scherzartikel, Rundfunkgeräte und Musikinstrumente, Fotoapparate und Filme, Klubbeiträge usw.

Der Staat kommt seinen Bürgern auf diesem Gebiet in immer größerem Maße entgegen. Dies ergibt sich aus der schnellen Zunahme der Zahl städtischer Sport- und Spielplätze, öffentlicher Parkanlagen und Klubräume. Die Gesellschaft für Freizeitgestaltung in Amerika hat folgende erstrebenswerte Normen für eine Durchschnittsstadt aufgestellt: 1 Morgen Parkgelände auf je 100 Einwohner, 1 Morgen Sport- und Spielplätze auf je 800 Einwohner und 1 Morgen Land für größere Sportstätten auf je 800 Einwohner.

Ersparnisse. Die folgenden Aufstellungen, die auf im Jahre 1944 durchgeführten Erhebungen über die Ausgaben des ame-

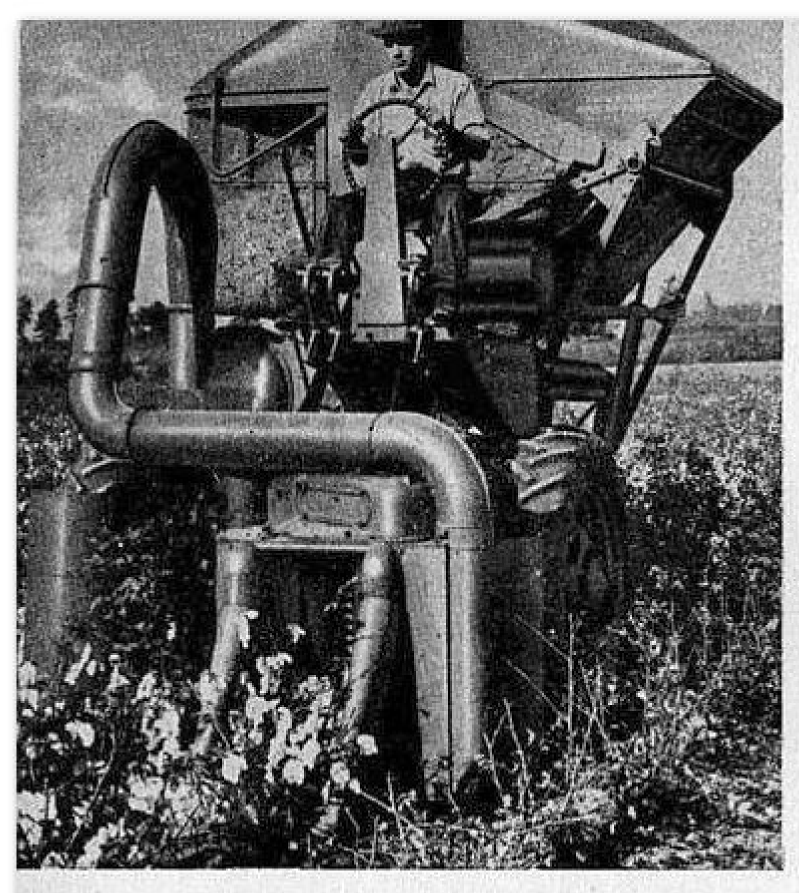
rikanischen Verbrauchers beruhen, zeigen die durchschnittlichen Einnahmen, Ausgaben und Ersparnisse städtischer Familien mit zwei oder mehr Personen im Jahre 1944, unterteilt nach Einkommensklassen.

Dieser allgemeine Überblick trifft für Familien mit drei oder vier Personen zu. Zweiköpfige Familien konnten 1944 schon bei einem Einkommen von 1500 Dollar jährlich einige Ersparnisse machen, während dies Familien mit fünf oder mehr Personen und einem Jahreseinkommen unter 2500 Dollar im allgemeinen nicht möglich war. Bei der Tabelle ist jedoch zu beachten, daß der volle Einkaufspreis aller Artikel einschließlich der Möbel und anderer Gegenstände, die eine einmalige Anschaffung für längere Zeit darstellen, in den Ausgaben dieses einen Jahres erscheint. Die dafür verwendeten Beträge sind in gewissem Sinn Ersparnisse; führt der Ankauf derartiger Gegenstände dazu, daß die Jahresausgaben das Einkommen übersteigen, so wird der entstehende buchmäßige Verlust durch einen dauernden Wertzuwachs des Familieneigentums ausgeglichen.

Sehr häufig wird das Sparkapital in Form einer Lebensversicherung angelegt, die zu einem festen Bestandteil des amerikanischen Wirtschaftslebens geworden ist. Das Oberhaupt der Familie wird immer bestrebt sein, die Versorgung der Angehörigen auch nach seinem Tode sicherzustellen. Anfang 1947 bezahlten schätzungsweise rund 80 Millionen Amerikaner Prämien für eine Lebensversicherung. Nach einer besonderen Erhebung waren 1946 über drei Viertel aller Verbraucher und 90 Prozent der Verbrauchergruppen mit mittleren Einkommen lebensversichert.

Die Familien sind im allgemeinen bestrebt, ihre Lebensversicherungsprämie zu zahlen, selbst wenn sie deshalb Schulden machen müssen. Nach der Untersuchung von 1946 hatten sogar 50 % der Verbrauchergruppen mit dem niedrigsten Einkommen eine Lebensversicherung abgeschlossen. Die folgende Tabelle zeigt die durchschnittlichen Prämienzahlungen für Lebensversicherungen, die trotz drohender Schulden in der Haushaltsführung auch von den niedrigsten Einkommengruppen geleistet werden. Schätzungsweise gehörten 1947 etwa 73 % aller Fami-

Unentgeltliche Schulbildung ist ein Pfeiler der amerikanischen Freiheit. Im ganzen Land ist der Pflichtschulunterricht für die ersten acht Schuljahre unentgeltlich. Schulautobusse bringen die Schüler kostenlos zur Schule und abends wieder nach Hause.



Oben: Die meisten Farmen haben die verschiedensten Maschinen, um die Arbeit zu erleichtern und ertragreicher zu machen. Eine Baumwollpflückmaschine auf einer Farm im Süden. — **Unten:** Ein Farmer in Colorado mit seiner automatischen Maisschälmaschine, die den geschälten Mais direkt in den 2½-Tonnen-Lastwagen verlädt.

Oben: Haferfelder auf einer kleinen Farm in Wisconsin. Man beachte die elektrische Leitung und die gepflasterte Straße. — **Unten:** Weizen in Norddakota wird nach dem Dreschen von der Dreschmaschine automatisch verladen.

Oben: William Green, Vorsitzender der AFL, im Gespräch mit Delegierten der Gewerkschaft der Schlafwagenbediensteten bei einer AFL-Tagung. — **Unten:** Die Arbeiter haben das Recht zu streiken und Streikposten aufzustellen, um so von ihrem Arbeitgeber Zugeständnisse zu erreichen.

DURCHSCHNITTLICHE VERDIENSTE, AUSGABEN UND ERSPARNISSE STÄDTISCHER FAMILIEN MIT ZWEI ODER MEHR PERSONEN, AUFGESTELLT NACH EINKOMMENKLASSEN FÜR 1944

	Jährliches Einkommen der Familien nach Abzug der Steuern								
	Unter 500 Dollar	500—1000 Dollar	1000—1500 Dollar	1500—2000 Dollar	2000—2500 Dollar	2500—3000 Dollar	3000—4000 Dollar	4000—5000 Dollar	5000 und mehr Dollar
Anzahl der Familien in jeder Klasse, in % . .	1.5	5.2	5.3	10.7	14.0	14.7	23.0	11.2	14.4
Durchschnittliches Einkommen, in Dollar . . .	315	789	1275	1865	2439	3027	3882	4967	9980
Steuern	2	13	32	86	180	270	402	559	2385
Nettoeinkommen nach Abzug der Steuern . .	313	776	1243	1779	2259	2757	3480	4408	7595
Ausgaben für den laufenden Verbrauch . . .	887	1053	1407	1788	2051	2410	2838	3439	4305
Geschenke und Beitragsleistungen	26	30	47	66	86	119	119	203	454
Nettoersparnisse oder Verpflichtungen*) . . .	—600	—307	—211	—75	+122	+228	+523	+766	+2836
Kriegsanleihe	15	81	28	82	147	233	316	410	1206
Prämien für Lebens- und Altersversicherung	14	25	40	59	70	83	109	140	263
Andere Ersparnisse oder Verpflichtungen*)	—629	—413	—279	—216	—95	—88	+98	+216	+1367

*) Die bei Untersuchungen über Einkommen und Ausgaben von Familien genannte „Verpflichtung" unterscheidet sich wesentlich von dem üblichen Begriff der Verpflichtung. Kauft eine Familie beispielsweise Möbel, einen Eisschrank, ein Klavier oder ein Auto, so erscheint deren voller Kaufpreis bei den Auslagen des Jahres, in dem sie erstanden wurden, auch wenn es sich um Anschaffungen für viele Jahre oder Lebenszeit handelt. Bei einer Verteilung der Ausgaben für derartige Artikel auf die gesamte Nutzungsdauer würde natürlich ein großer Teil der in obiger Aufstellung mit einer Verpflichtung belasteten Familien sogar Nettoersparnisse aufweisen. Gewöhnlich haben die Familien nicht Jahr für Jahr Verpflichtungen — auch nicht der oben beschriebenen Art. Familien, deren Haushaltsplan in einem bestimmten Jahr infolge Ankaufs von Möbeln und anderer Gegenstände mit langer Lebensdauer oder wegen Krankheit, Arbeitslosigkeit und sonstiger außergewöhnlicher Umstände ein Defizit aufweist, verfügen gewöhnlich über Nettoersparnisse.

lien der Einkommengruppe mit 1000 bis 2000 Dollar im Jahre einer Lebensversicherung an.

Nach der 1944 durchgeführten Erhebung über Ausgaben und Ersparnisse betrugen die Lebensversicherungsprämien dreiköpfiger Stadtfamilien mit 2000 bis 4000 Dollar Jahresverdienst 3 % ihres Nettoeinkommens. Sie überstiegen die Auslagen für eine Anzahl anderer Kategorien — unter anderem die für Körperpflege, Freizeitgestaltung und Rauchwaren. Eine 1945 in drei Städten durchgeführte Untersuchung ergab sogar einen noch höheren Prozentsatz.

Andere Formen des Sparens sind der Erwerb von Kriegsanleihen und Staatsschuldverschreibungen, die Lohn- und Gehaltsabzüge für die Sozialversicherung, Beiträge zu privaten Pensionskassen, Rückzahlung von Hypothekenschulden und anderen Darlehen.

Das amerikanische Erziehungswesen. Die Schulgeldfreiheit gehört zu den ältesten amerikanischen Traditionen. Während der Kolonialzeit wurden die Schulen vielfach durch Grundstücksübereignungen unterstützt. Unter der Konföderation, vor Annahme der Bundesverfassung im Jahre 1789, erhielten die Einzelstaaten Grund und Boden aus öffentlichem Besitz für die Errichtung schulgeldfreier, öffentlicher Schulen, und 29 Staaten machten von dieser Möglichkeit Gebrauch. Schon früh in der Geschichte Amerikas wurden im ganzen Land Volksschulen geschaffen, deren Besuch unentgeltlich war und die durch Grundstücksübertragungen oder aus Steuereinkünften erhalten wurden. Auch die Unterstützung der höheren Schulen und Hochschulen aus öffentlichen Mitteln wurde später allgemein üblich.

Schulgeldfreiheit besteht heute in den Vereinigten Staaten für alle Volksschulen (die ersten acht Klassen des Elementarunterrichtes, ausschließlich der Kindergärten). Auch an den höheren Schulen (vier Klassen im Anschluß an die Elementarschule) wird vielfach Schulgeldfreiheit gewährt. Die öffentlichen Schulen unterstehen einzelstaatlichen und kommunalen Behörden. Das Schulwesen weist in den einzelnen Staaten sehr große Unterschiede auf. Dies beruht zum Teil darauf, daß der Umfang der Mittel, die hierfür aufgewendet werden können,

sehr unterschiedlich ist. Der Besuch einer öffentlichen oder privaten Schule ist jedoch in allen Staaten für die Kinder aller Gesellschaftsschichten Pflicht. Die Dauer eines Schuljahres in den öffentlichen Schulen lag 1944 zwischen 148 Tagen im Staate Mississippi und 187 Tagen in Maryland und Illinois. In diesem Jahre, als die kriegsbedingten Wohnsitzveränderungen ihren Höchststand erreicht hatten, lag der durchschnittliche Schulbesuch zwischen 120 Tagen in Mississippi und 168 Tagen in Maine. In 17 der 48 Staaten sowie im Distrikt Columbia besuchen farbige und weiße Kinder getrennte Schulen. Die Unterschiede im Schulwesen werden jedoch allmählich ausgeglichen.

Im April 1947 wurden in allen Teilen der Vereinigten Staaten Untersuchungen über die Neueinschulungen vorgenommen. Im Frühjahr sind diese natürlich etwas geringer als zu Anfang des Schuljahres (weitere Ausführungen über die ländlichen Gebiete siehe die Seiten 78 bis 80). Die folgende Tabelle bringt eine aufschlußreiche Gegenüberstellung der Zahlen vom April 1947 mit denen vom April 1940:

Bevölkerungsgruppe	Verteilung der Schulbesucher auf die einzelnen Gruppen in %	
	April 1940	April 1947
7- bis 13jährige:		
Vereinigte Staaten, insgesamt	95	97
Ländliche Gebiete	91	96
Farbige:		
Insgesamt	91	92
Südstaaten	90	89
14- bis 17jährige:		
Vereinigte Staaten, insgesamt	79	81
Ländliche Gebiete	69	77
Farbige:		
Insgesamt	68	72
Südstaaten	64	66
5- bis 24jährige:		
Vereinigte Staaten, insgesamt	58	60
Ländliche Gebiete	56	61
Farbige:		
Insgesamt	53	55
Südstaaten	52	54

Im April 1948 besuchten insgesamt 2,7 Millionen ehemalige Angehörige der amerikanischen Armee auf Grund der von der Bundesregierung erlassenen Gesetze Lehrstätten oder Ausbildungslehrgänge, davon 1 140 000 Hochschulen und Universitäten, 730 000 Schulen, die nicht den Hochschulcharakter erreichen, und 830 000 Ausbildungslehrgänge für industrielle oder landwirtschaftliche Berufe.

Die Dauer der Schulausbildung ergibt sich aus der folgenden Tabelle. Danach ist zwischen 1940 und 1947 sowie bei dem Vergleich der einzelnen Generationen eine beträchtliche Hebung des Bildungsgrades festzustellen. Besonders bemerkenswert ist die Verlängerung der Schulzeit bei jüngeren Farbigen — 8,4 Jahre für die 25- bis 29jährigen gegenüber nur 4 Jahren für die älteren Farbigen.

Gruppe	Abgeschlossene Schuljahre (Durchschnitt)	
	April 1940	April 1947
25- bis 29jährige		
Weiße	10.9	12.1
Farbige	7.1	8.4
65jährige und ältere		
Weiße	7.6	7.8
Farbige	3.4	4.0

Die größten Schwierigkeiten auf dem Gebiet des Bildungswesens ergeben sich für die Neger, da diese vorwiegend Lohnempfänger oder Farmpächter sind. Dennoch gibt es auch für diese nach Beendigung der achtklassigen Volksschule viele Möglichkeiten der Weiterbildung. Von den Weißen zwischen 5 und 29 Jahren, die im April 1947 Bildungsstätten besuchten, war jeder dritte auf einer höheren Schule oder jeder zwölfte auf einer Hochschule oder einer Fachschule. Die entsprechenden Zahlen für die Farbigen sind, wenn auch niedriger, doch bemerkenswert; etwa jeder vierte besuchte eine höhere Schule und jeder zwanzigste war auf einer Hochschule oder einer Fachschule. Im April 1947 gab es in den Vereinigten Staaten ins-

gesamt 2 413 000 Farbige zwischen 25 und 34 Jahren. Von diesen hatten jeweils 4 von 10 eine über die ersten acht Volksschulklassen hinausgehende Schulbildung genossen und mehr als 3 von 100 konnten außer den vier Jahren höheren Schulunterrichtes vier oder mehr Jahre Hochschul-Besuch nachweisen.

Neben dem eigentlichen Schulunterricht gibt es noch andere Bildungsmöglichkeiten, wie das aus öffentlichen Mitteln finanzierte landwirtschaftliche Aufklärungsprogramm, Fernunterricht, Bildungszirkel für Erwachsene, Bücher, Zeitschriften, Vorlesungen, Rundfunk und Museen. 1939 gab es nahezu 7000 öffentliche Bibliotheken in den Vereinigten Staaten, die etwa zwei Dritteln der Bevölkerung zugänglich waren und rund 25 Millionen eingetragene Entleiher zählten. Die öffentlichen Bibliotheken stehen den Lesern fast ausnahmslos unentgeltlich zur Verfügung und verfügen über Lese- und Nachschlageräume sowie eine Leihbücherei. Weiter gibt es über 1300 Hochschul-Bibliotheken, die zusammen mit den Bibliotheken der öffentlichen Schulen von Studenten, aber auch von anderen Benutzern viel aufgesucht werden. Die Bibliotheken haben vielfach besondere Abteilungen mit Büchern für Blinde, Anschauungsmaterial und Lehrfilmen eingerichtet und widmen sich auch der Förderung der Erwachsenenbildung. In vielen Orten versenden die Bibliotheken ihre Bücher durch die Post oder die Bahn auch an weiter entfernt wohnende Leser oder unterhalten eine fahrende Leihbibliothek. 1939 wurden über 180 Millionen Bücher und fast 300 Millionen Flugschriften veröffentlicht. Tageszeitungen werden von fast allen Amerikanern gelesen.

Die Lehrlingsausbildung ist in großem Umfang wieder aufgenommen worden. Bis März 1948 hatten etwa 150 000 Arbeitgeber von staatlichen Stellen oder dem Bundesausschuß für Lehrlingsausbildung genehmigte Lehrlingsausbildungs-Richtlinien aufgestellt. Diese Richtlinien wurden weitgehend gemeinsam von Gewerkschaften und Betriebsführungen ausgearbeitet und es wurden für ihre örtliche Durchführung rund 6000 Komitees aus Vertretern der Gewerkschaften und der Betriebsführungen eingesetzt.

Im Arbeiterbildungswesen wurden in den letzten Jahren gewaltige Fortschritte erzielt (siehe die Seiten 115 bis 117). Ein Schritt auf diesem Wege ist die Einrichtung von Arbeiterbildungskursen an Hochschulen und Universitäten im ganzen Land. Viele Hochschulen und Universitäten haben besondere Abteilungen und Institute geschaffen, um dieser Aufgabe gerecht zu werden. In einigen Fällen bestehen Abmachungen zwischen Gewerkschaften und Universitäten über die Gewährung von Beihilfen an Gewerkschaftsmitglieder, in anderen Fällen werden Kurse für Erwachsenenbildung an verschiedenen Orten und nicht nur am Sitz der Universität abgehalten.

Die Arbeiter haben heute weitgehend Gelegenheit zur Erweiterung ihres Allgemeinwissens und auch zur speziellen Berufsausbildung, vor allem seit der Einführung der Fünftagewoche mit 40 Arbeitsstunden. Die meisten Hochschulen und Universitäten und eine große Anzahl höherer Schulen halten Kurse ab, in denen Arbeiter und Angestellte aller Altersstufen Diplome und Titel erwerben können, die denen der Hochschulstudenten entsprechen. 1944 waren etwa 532 000 Personen in Abendschulen eingetragen und weitere 522 000 beteiligten sich an Sonderkursen. Die Hochschulen und Universitäten sind allgemein dazu übergegangen, Vorlesungsreihen in Orten abzuhalten, die nicht mit dem Sitz der Universität übereinstimmen, und auch der Fernunterricht, gewöhnlich mit dem Ziel einer Abschlußprüfung, ist weitverbreitet. 1940 waren rund 292 000 Studenten und 70 000 außerordentliche Hörer als Teilnehmer an den Kursen für Erwachsenenbildung und am Fernunterricht der Hochschulen und Universitäten eingetragen. 457 000 Teilnehmer besuchten die Ferienkurse der Hochschulen. In den Vereinigten Staaten ist das Werkstudententum sehr stark verbreitet. Sehr viele Studenten verdienen sich ihr Studium an der Universität oder an einer höheren Schule durch stundenweise Tätigkeit und Arbeit während der Ferien, wobei sie sehr häufig auch Beschäftigungen als einfache Handarbeiter annehmen. Im Sommer 1946 zum Beispiel arbeiteten gegen 400 000 Studenten als Landarbeiter auf den Farmen.

Kapitel V

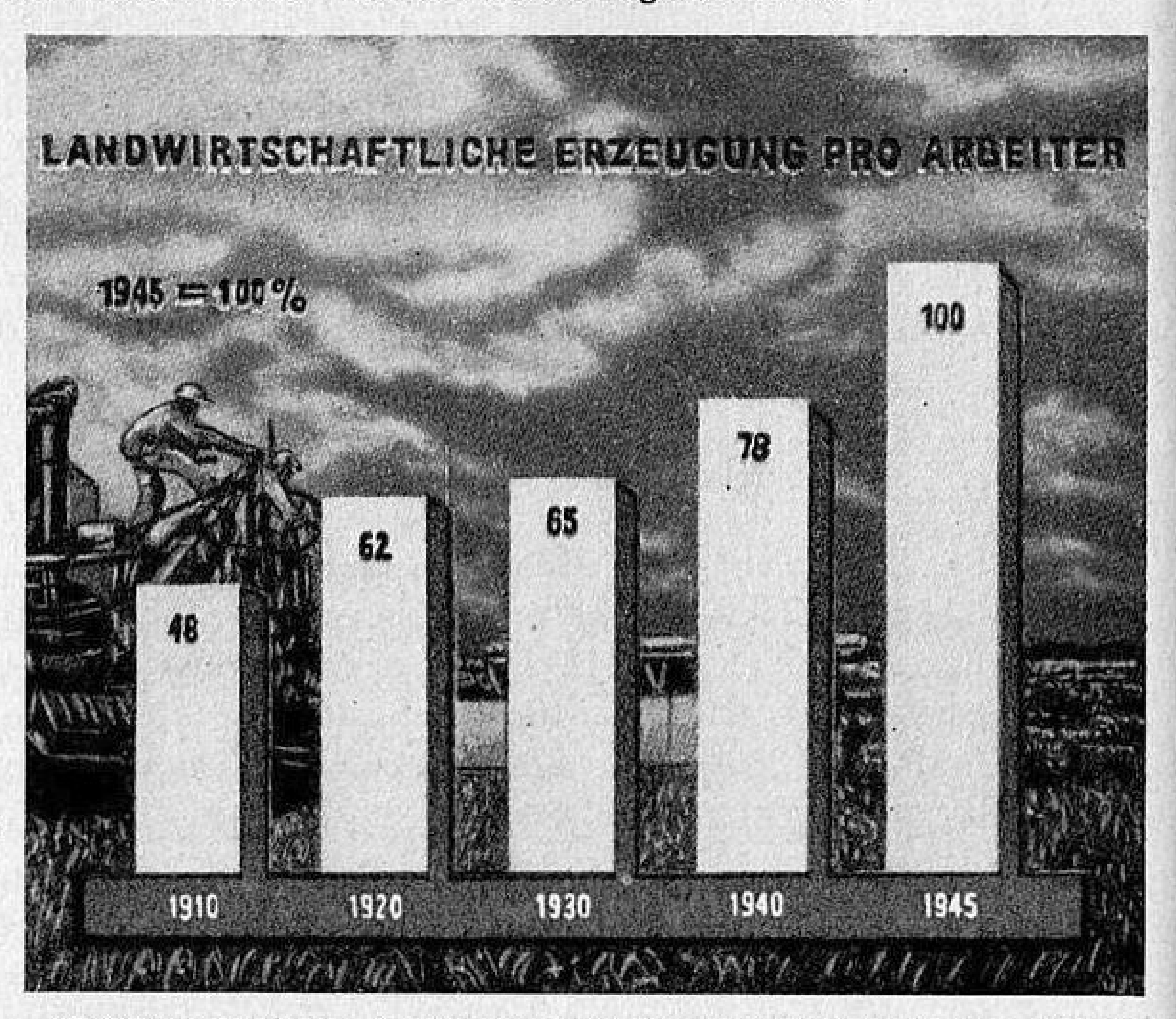
Die landwirtschaftlichen Arbeiter

Familienbetriebe in der Landwirtschaft. Während die Landarbeiter einst die Fabrikarbeiter der Städte an Zahl weit übertrafen, bilden sie heute nur noch einen kleinen Teil der amerikanischen Arbeiterschaft. Ihr Wohlstand hängt zum großen Teil von der Aufrechterhaltung der industriellen Produktion und Beschäftigtenzahl ab. Die meisten Farmer in den Vereinigten Staaten arbeiten auf familieneigenen Farmen und sind mehr vom Unternehmerrisiko als von Lohn und Gehalt abhängig. Weniger als ein Viertel der Gesamtbeschäftigtenzahl in der Landwirtschaft entfällt auf landwirtschaftliche Lohnarbeiter. Leben und Arbeit auf den Farmen aber haben verschiedene besondere Merkmale, die eine getrennte Besprechung der Farmarbeit erforderlich machen.

Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl in der Landwirtschaft betrug 1947 ungefähr 10 157 000 Personen. Mehr als drei Viertel dieser Zahl, 7 930 000, waren Farmbesitzer oder helfende Familienmitglieder. Die Zahl der Lohnarbeiter betrug im Durchschnitt nur 2 227 000.

Die Volkszählung 1945 gibt die Zahl der Farmen mit 5 859 000 an. Mehr als zwei Drittel der Farmen wurden 1945 von ihren Besitzern bewirtschaftet, das bedeutet gegenüber dem Jahre 1940 eine Zunahme um drei Fünftel. Prozentual finden sich die meisten Pächter in den Südstaaten, jedoch bewirtschaften 30 % der Negerfarmer eine eigene Farm. Die Farmbesitzer konnten ihre Verschuldung wesentlich verringern. Der Anteil der mit Hypotheken belasteten Farmen fiel von 39 % im Jahre 1940 auf 29 % im Jahre 1945. Bei den landwirtschaftlichen Hypotheken betrug 1945 die Belastung nur noch 30,2 % des Wertes, verglichen mit 41,5 % im Jahre 1940.

1945 betrug die Durchschnittsgröße der Farmen in den Vereinigten Staaten 195 acres (1 acre ungefähr 0,4 ha) = 78 ha. Über ein Viertel der Farmen hat weniger als 30 acres = 12 ha, mehr als die Hälfte zwischen 130 und 180 acres = 52 bis 72 ha und ungefähr ein Fünftel mehr als 180 acres = 72 ha. Viele der Farmen mit weniger als 30 acres = 12 ha Land werden nebenberuflich betrieben und dienen hauptsächlich Fabrikarbeitern und Rentnern als Wohnsitz. Die Zahl der Betriebe dieser Art hat in den letzten Jahren stark zugenommen.



Größere Farmen befinden sich hauptsächlich in den Rinderzucht- und Weizengebieten des Landes. Selbst einige von diesen größeren Betrieben, besonders in den Weizengebieten, werden von der Familie und manchmal nur nebenberuflich bewirtschaftet, so daß sie wenig angeworbene Arbeitskräfte benötigen. Mechanisierung und neue wissenschaftliche Arbeitsverfahren haben die Zahl der erforderlichen Arbeitskräfte stark verringert und gleichzeitig Produktionsleistung und Einkommen des

einzelnen Arbeiters vergrößert. Zwei landwirtschaftliche Arbeiter leisten jetzt so viel wie drei Arbeiter vor 15 Jahren.

Löhne in der Landwirtschaft. Die Höhe der den amerikanischen Landarbeitern bezahlten Löhne ist in den verschiedenen Teilen des Landes sehr unterschiedlich. Im Juli 1947 schwankte der durchschnittliche Tageslohn, gewisse Naturalleistungen nicht inbegriffen, zwischen 2,85 Dollar in Südkarolina im Südosten und 8,80 Dollar im Staate Washington im Nordwesten. Dieser große Unterschied erklärt sich aus verschiedenen Faktoren, und zwar den Unterschieden im Klima, in den Lebenshaltungskosten, in der Art der Arbeit und im jeweiligen Stand der Mechanisierung. Im allgemeinen sind die Lebenshaltungskosten in ländlichen Gebieten weniger hoch als in den Städten. Viele landwirtschaftliche Arbeiter können außerdem ihre Barlöhne aus der Farmarbeit durch den Bezug von Naturalleistungen, den Anbau eigener Gartenerzeugnisse usw. und durch zusätzliche Einnahmen für außerhalb der Farmarbeit geleistete Dienste in nichtlandwirtschaftlichen Betrieben noch erhöhen.

Die durchschnittlich während des Jahres 1947 beschäftigten 2 227 000 Landarbeiter erhielten einschließlich Naturalleistungen im Durchschnitt 1275 Dollar. Viele dieser Arbeiter arbeiteten jedoch nur stundenweise auf den Farmen. Eine Übersicht für das Jahr 1946 zeigt, daß nur zwei von fünf Arbeitern hauptberuflich bei Farmern beschäftigt waren. Mehr als eine halbe Million dieser Arbeitskräfte waren Farmbesitzer, die ihr Einkommen als unabhängige Landwirte durch Lohnarbeit für andere Farmer erhöhen wollten. Fast 400 000 andere arbeiteten in nichtlandwirtschaftlichen Hauptberufen. Ungefähr 736 000 waren normalerweise überhaupt nicht berufstätig; 400 000 Studenten zum Beispiel benutzten ihre Ferien, um auf den Farmen gegen Entgelt zu arbeiten.

Diese Zahlen über Beschäftigung und Löhne in der Landwirtschaft zeigen einen bedeutsamen Wechsel der Lohnarbeitskräfte in landwirtschaftlichen und nichtlandwirtschaftlichen Betrieben, von Selbstbewirtschaftung und Lohnarbeit und von bezahlter Arbeit und anderen Tätigkeiten, zum Beispiel dem Studium. Diese Beweglichkeit auf dem Arbeitsmarkt wurde

auf Grund der jüngsten Entwicklung noch weiter vergrößert. Während der letzten zwei Jahrzehnte sind die Unterschiede zwischen den Löhnen in der Landwirtschaft und denen anderer Berufszweige durch eine rasche Erhöhung der landwirtschaftlichen Löhne verringert worden. Die Ausbreitung der Industrie auf Kleinstädte und ländliche Gebiete gibt der Landbevölkerung immer zahlreichere Möglichkeiten, Arbeit in anderen Berufen zu finden. Die Mechanisierung in der Landwirtschaft und die zunehmende Anwendung wissenschaftlicher Arbeitsmethoden in der Landbestellung haben die Arbeitszeit in den landwirtschaftlichen Betrieben verringert und lassen dem Landarbeiter jetzt mehr Zeit für andere Betätigungen. Gleichzeitig erfordern Mechanisierung und wissenschaftliche Landbestellung Kenntnisse, die auch für Arbeiten in anderen Berufszweigen verwendbar sind. Die Verbesserung der Straßen und der Einsatz des Kraftwagens haben das für die Arbeitsuche in Frage kommende Gebiet erheblich erweitert. Im Jahre 1944, schon vor Beginn des großen Straßenbau- und Instandsetzungsprogramms der Nachkriegszeit, lagen vier von fünf Farmen an Straßen mit fester Straßendecke, die bei jedem Wetter befahrbar sind, oder waren von diesen aus leicht erreichbar. Nur 20 % der Farmen lagen eine Meile (1,6 km) oder mehr von solchen Straßen entfernt.

Die Wohnverhältnisse auf dem Lande. Viele Farmer und besonders die angeworbenen Arbeitskräfte leben in Gemeinden mit städtischem Charakter. Ungefähr 30 % der Löhne, die Farmer an angeworbene Arbeitskräfte zahlen, erhalten Arbeiter, die nicht auf den Farmen wohnen.

Ein großes Problem bei der Ausstattung der Farmhäuser mit modernen Gerätschaften waren die Kosten, die bei der Ausdehnung des öffentlichen Versorgungsnetzes für elektrisches Licht, Gas, Wasser und Telefon in Gebieten mit einer relativ dünnen Bevölkerungsschicht entstanden. Gewöhnlich werden Miethäuser in geringerem Maße modernisiert als Häuser, in denen die Besitzer wohnen. Auf dem Lande werden jedoch mehr als zwei Drittel aller Häuser von ihren Besitzern bewohnt. Im folgenden bringen wir einige charakteristische Einzel-

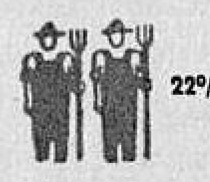
heiten über Wohnungen auf dem Lande, die im April 1947 von Mietern bewohnt waren. Ungefähr 50 % der Miethäuser hatten elektrisches Licht, 22 % fließendes Wasser, 9 % für jeden Raum Zentralheizung, 93 % eingebaute Kochgelegenheiten und bei 83 % kamen nicht mehr als 1,5 Personen auf einen Wohnraum.

Die Verbesserung der Wohnverhältnisse auf dem Lande macht zur Zeit rasche Fortschritte. So wird berichtet, daß die Zahl der an das elektrische Lichtnetz angeschlossenen Farmhäuser in den letzten Jahren um ungefähr 300 000 jährlich gestiegen ist, die Zahl der Häuser mit fließendem Wasser um ungefähr 150 000 und die Zahl der Häuser mit Badezimmern und Wasserklosetts um ungefähr 100 000.

Bessere Arbeitsverfahren in der Landwirtschaft haben es möglich gemacht, die Zahl der Arbeitskräfte auf den Farmen zu vermindern. Dieser Wechsel, verbunden mit der Zunahme der Beschäftigtenzahl in anderen Berufen, hat einen großen Teil der Landbevölkerung veranlaßt, in die Städte zu ziehen. Das Ergebnis ist, daß viele Farmhäuser, die den Ansprüchen nicht mehr genügen, nicht weiter für Wohnzwecke benutzt und entweder

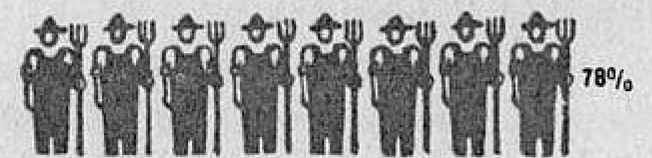
BESCHÄFTIGTENZAHL UND BESITZVERHÄLTNISSE IN DER LANDWIRTSCHAFT IM JAHRE 1945

ANGEWORBENE ARBEITSKRÄFTE 2,227.000



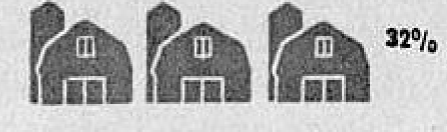
22%

SELBSTÄNDIGE FARMER UND MITARBEITENDE FAMILIENMITGLIEDER 7,930.000



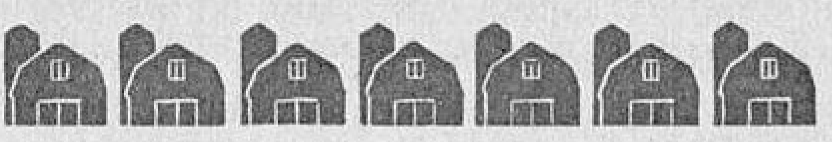
78%

VON PÄCHTERN ODER VERWALTERN BEWIRTSCHAFTETE FARMEN 1,897.000



32%

VOM BESITZER BEWIRTSCHAFTETE FARMEN 3,962.000



68%

verlassen oder modernisiert werden. Außerdem werden jetzt viele neue, modern eingerichtete Wohnungen gebaut.

Schon vor dem Emporschnellen der Produktions- und Verkaufszahlen von Rundfunkgeräten und anderen Gebrauchsgütern in der Nachkriegszeit waren Geräte dieser Art auf den meisten Farmen zu finden. Im Norden besaßen 92 % der Farmerfamilien Rundfunkgeräte, im Süden 68 %. Elektrische Kühlschränke waren auf 30 % der Farmen vorhanden, Druckkessel zur Dosenkonservierung auf 23 %, Staubsauger auf 24 %, elektrische Waschmaschinen auf 50 %, elektrische Bügeleisen auf 46 % und Klaviere auf 28 %. 1945 hatte ungefähr ein Drittel der Farmen ein Telefon, das Fernsprechnetz wurde nach dem Kriege rasch ausgebaut. Im Jahre 1940 kam auf je sieben Personen ein Auto.

Gesundheitsdienst auf dem Lande. Ein großes Problem für auf dem Lande lebende Familien ist die Tendenz, die medizinischen Einrichtungen in den Städten zu konzentrieren. Die Zahl der Ärzte, Zahnärzte und Krankenhausbetten, die ländliche Gemeinden zu ihrer Verfügung haben, beträgt im Verhältnis zur Landbevölkerung nur etwas mehr als die Hälfte der Zahl der Ärzte usw., die den Städtern zur Verfügung stehen. Doch die für die Landgemeinden sich hieraus ergebenden Probleme sind jetzt weniger ernst als früher. Durch den schnellen Ausbau des Straßennetzes, des Autotransportsystems, der ländlichen Lieferungsdienste und des Telefonnetzes wurde die Isolierung der Farmer gebrochen. Große Fortschritte wurden seit 1935 erzielt, als über die Hälfte der Landgemeinden in den achtundvierzig Staaten bundesstaatliche Mittel zur Errichtung von Gesundheitsämtern erhielten. Der öffentliche Gesundheitsdienst der Bundesregierung arbeitet bei der Errichtung von öffentlichen Gesundheitsstellen auf dem Lande mit den Einrichtungen der verschiedenen Staaten zusammen.

Fortbildungsmöglichkeiten für die in der Landwirtschaft arbeitende Bevölkerung. Viele Schulgebäude auf dem Lande sind klein und entsprechen nicht mehr den Anforderungen. Die Vereinigung zu Schulbezirken und die weitverbreitete Verwendung von Schulomnibussen haben jedoch sehr bald bessere Schulen in Reichweite eines großen, sich ständig und rasch

vergrößernden Teiles der Landbevölkerung gerückt. Die Schulen auf dem Lande zählen, obwohl sie im allgemeinen über weniger Geldmittel verfügen und schlechter ausgestattet sind, nur 27 Schüler auf einen Lehrer, verglichen mit 32 in den Städten. Im Schuljahr 1939/40 betrug die durchschnittliche Zahl der Schultage auf dem Lande 168 Tage. Die Schüler besuchten die Schule im Durchschnitt an 145 Tagen.

Im April 1947 waren mehr als 61 % der ländlichen Farmbevölkerung im Alter von 5 bis 24 Jahren in Schulen eingetragen, die Kindergärten nicht mitgezählt. Über 96 % der 7- bis 13jährigen, 77 % der 14- bis 17jährigen, 28 % der 18- und 19jährigen und 7 % der 20- bis 24jährigen besuchten eine Schule. Im Jahre 1940 hatten 22 % der Farmbevölkerung auf dem Lande im Alter von 25 bis 29 Jahren eine abgeschlossene höhere Schulbildung (acht Jahre Volksschule und vier weitere Schuljahre) und 2 % Hochschulbildung. Unter der landwirtschaftlichen Arbeiterbevölkerung, die ausschließlich auf ihr Einkommen aus Lohn und Gehalt angewiesen ist, hatten 15 % aus der Gruppe der 25- bis 29jährigen eine höhere Schule und 2 % eine Hochschule besucht.

Die formale Schulbildung ist nur ein Teil der Erziehung auf dem Lande. Darüber hinaus sind in Zusammenarbeit zwischen Bundes- und örtlichen Regierungsstellen der 3097 Landkreise freie land- und hauswirtschaftliche Arbeitsgemeinschaften ins Leben gerufen worden. Von offizieller Seite wird diese Erziehungsarbeit in erster Linie als Bildungsdienst gewertet und in Zusammenarbeit mit den staatlichen Universitäten, den landwirtschaftlichen Fachschulen und den Lehrerbildungsanstalten durchgeführt.

Der Bildungsdienst beschäftigt 11 000 Personen, von denen 8500 Angestellte der Landkreise sind. Diese besuchten im Jahre 1947 fast 3 500 000 Farmen. Mehr als 9 000 000 Besucher wandten sich um Auskunft und Hilfe an Büros des Bildungsdienstes in den Landkreisen. Beinahe 7 500 000 Telefonanrufe wurden beantwortet. Die Gesamtzahl der Besucher auf Kreisversammlungen des Bildungsdienstes betrug ungefähr 52 000 000.

Die Internationale Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation hat es übernommen, bei der Errichtung ähnlicher Arbeits-

gemeinschaften in anderen Ländern mitzuhelfen. Im Jahre 1947 besuchten Landwirtschaftsexperten aus acht lateinamerikanischen Ländern, aus Frankreich, Griechenland, Schweden, Iran, Palästina und China die Vereinigten Staaten, um den Bildungsdienst eingehend zu studieren. Gruppen aus anderen Staaten haben ebenfalls mit einem Vorstudium begonnen. Viele Länder haben bereits ihr landwirtschaftliches Ausbildungsprogramm nach dem Muster der Arbeitsgemeinschaften des Bildungsdienstes in den Vereinigten Staaten abgestimmt.

Die Größe des Erfolges, der bei der Hebung des Lebensstandards auf den Farmen erreicht wurde, beruht zu einem großen Teil auf der Tätigkeit freiwilliger Arbeitsgemeinschaften, die am Bildungsprogramm beteiligt sind, aber auch auf anderen Gebieten arbeiten. Örtlich kontrollierte Verbände gewähren Kredite, helfen bei der Finanzierung und verteilen die Produktionsanteile, die sich aus dem Reserveprogramm ergeben. Es gibt in der Landwirtschaft mehr als 10 000 Arbeitsgemeinschaften auf genossenschaftlicher Grundlage, die ihren über 5 000 000 Mitgliedern alle An- und Verkaufssorgen abnehmen. Außerdem gibt es zahlreiche gemeinnützige Gesellschaften, welche sich mit verschiedenartigen Problemen, wie Bewässerungsprojekten, Milchviehzucht, Versicherungsfragen, Telefondienst und Licht- und Energieversorgung, befassen.

Besondere Probleme der Hofreuter (Häusler) und Wanderarbeiter. Die ländlichen Lebensbedingungen in einem so großen und verschiedenartigen Lande, wie es die Vereinigten Staaten sind, weisen natürlich ungeheure Unterschiede auf. Einige Farmer müssen immer noch als Hofreuter bezeichnet werden. Sie verbrauchen einen großen Teil ihrer Erzeugnisse für sich selbst und ergänzen lediglich ihr Sachwerteinkommen durch Bareinnahmen für Erzeugnisse, die sie auf den Markt bringen. Einige der landwirtschaftlichen Arbeiter richten sich bei der Arbeitssuche nach der Ernte und der Jahreszeit. Viele von ihnen sind nicht in der Lage, einen ausreichenden Lebensstandard aufrechtzuerhalten.

Es gibt jedoch verhältnismäßig wenig Hofreuter und landwirtschaftliche Wanderarbeiter. Verschiedene Gesetze und Maßnahmen wurden in den letzten Jahren eingeführt mit dem

Ziel, ihre Wohnverhältnisse und ihre Ausbildung zu verbessern und sie in den Genuß der Einrichtungen der Gemeinde kommen zu lassen. Ihr Einkommen und ihre Möglichkeit, einen zufriedenstellenderen Lebensstandard zu erreichen, wurden erhöht. Mehrere Staaten haben einen großen saisonbedingten Bedarf an Wanderarbeitern und haben neue Bestimmungen erlassen. So werden jetzt unter anderem auch Schulen für die Kinder der Wanderarbeiter unterhalten, ebenso wurden die Wohnverhältnisse der Wanderarbeiter verbessert. Besondere Hilfe wird von bundesstaatlichen Stellen geleistet.

Sozialprogramm für die landwirtschaftlichen Arbeiter. Eine Reihe verschiedener Vorschläge ist vom Amt für Soziale Sicherheit, dem Landwirtschaftsministerium und einigen der Farmerorganisationen ausgearbeitet worden, um das Sozialversicherungsgesetz der USA, besonders die Vorteile seiner Alters- und Hinterbliebenenversicherung, auch auf die Arbeiter in der Landwirtschaft auszudehnen, gleichgültig ob sie selbständig sind oder in einem Arbeitsverhältnis stehen. Diese Vorschläge sind bis jetzt noch nicht angenommen worden, jedoch genießen die Farmerfamilien die Vorteile verschiedener Sondereinrichtungen.

Eine grundlegende Maßnahme von ganz besonderer Wichtigkeit ist die Ausgleichspolitik. Sie soll den Farmern helfen, ihre Preise, Einkünfte und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit auf der gleichen Höhe zu halten wie die Stadtbevölkerung. Dieses Ausgleichsprogramm umfaßt auch die Unterstützungszahlung an landwirtschaftliche Betriebe, die Bodenverbesserungsarbeiten durchführen. Doch in den letzten Jahren wurden auch Zuschüsse gewährt, um die Erzeugung bestimmter landwirtschaftlicher Produkte zu erhöhen. Andere Sondermaßnahmen betreffen Kreditvergünstigungen für landwirtschaftliche Betriebe durch Darlehenskassen und Kreditgenossenschaften, Ernteversicherungen verschiedener Art, Unterstützung verschiedener landwirtschaftlicher, gemeinnütziger Genossenschaften, Zuschüsse der Bundesregierung und der einzelstaatlichen Verwaltungsbehörden für landwirtschaftliche Forschungs- und Erziehungsprogramme und den bereits erwähnten umfassenden landwirtschaftlichen Bildungsdienst, der jeder Landgemeinde Informationen und technische Unterstützung zukommen läßt.

Kapitel VI

Soziale Sicherheit und wirtschaftliche Stabilität

Die Einschränkung des Individualismus. Um der Sicherheit des einzelnen und der Stabilität der amerikanischen Wirtschaft willen haben die Amerikaner in den vergangenen Jahren ihren traditionellen Individualismus durch eine Vielfalt wirtschaftlicher und sozialer Maßnahmen gewissen Einschränkungen unterworfen.

Diese Schritt für Schritt durchgeführten Maßnahmen entsprechen der amerikanischen Gewohnheit, politische Veränderungen erst dann vorzunehmen, wenn sie die Probe der öffentlichen Diskussion bestanden haben und vom Volk gebilligt wurden.

Für viele, welche die Sozialversicherungs- und Stabilisierungsprogramme mit den individualistischen Traditionen Amerikas und dem dynamischen Charakter seiner Wirtschaft in Einklang zu bringen wünschen, sind sie jedoch noch nicht einschneidend und umfassend genug.

Eine stets in Fluß befindliche, anpassungsfähige Wirtschaft führt neben Verlagerungen in der Nachfrage nach bestimmten Erzeugnissen, Fähigkeiten und Fertigungsmethoden durch die Entwicklung neuer Rohstoffquellen, durch neue Arbeitsverfahren, Industrien und Märkte auch zu einer Umschichtung der Bevölkerung, des Kapitals und des Arbeitsmarktes. Diese Umschichtung erfordert sowohl die Initiative und den Unternehmungsgeist des einzelnen als auch die Kontrolle und die Leitung durch die Öffentlichkeit. Die Amerikaner haben noch keine Ideallösung gefunden, um diese beiden Faktoren genauer aufeinander abzustimmen und auszugleichen, aber sie erkennen das Problem und haben bei seiner Lösung auch schon gewisse Fortschritte erzielt. Allerdings sind sowohl diejenigen, die eine weitgehendere Freiheit für die Initiative des einzelnen und neue Wege in Technik und Wirtschaft wünschen, als auch die,

Oben: Philipp Murray, der Vorsitzende des CIO, bespricht Gewerkschaftsfragen mit Walter Reuther, dem Vorsitzenden der Automobilarbeitergewerkschaft, CIO. — **Unten:** Tagung einer CIO-Gewerkschaft. Amerikanische Gewerkschafter kämpfen für die Gleichheit aller Völker in einer freien Welt.

Nebenstehend: Der Vorsitzende der Automobilarbeitergewerkschaft(CIO), Walter P. Reuther, im Gespräch mit Ernst Scharnowski, dem Vorsitzenden vom Landesbezirk Groß-Berlin des DGB (UGO). Zwei Gewerkschafter, die für Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit eintreten.

Unten: Viele Gewerkschaften haben eigene Erholungsheime. Das Bild zeigt das Erholungsheim der Gewerkschaft der Damenoberbekleidungsarbeiter in den Pocono Mountains (Pennsylvanien).

welche größeren Nachdruck auf wirtschaftlichen Schutz und Sicherheit legen, enttäuscht über den sich nur langsam vollziehenden Ausgleich zwischen Sicherheit und Stabilität auf der einen und dynamischem Wechsel auf der anderen Seite. Aber nur wenige Amerikaner verkennen die ausschlaggebende Bedeutung der öffentlichen Meinung bei der Entscheidung über gegensätzliche Interessen und Ziele. Fast jeder weiß, daß zu diesem Zweck die Öffentlichkeit laufend über alle Vorgänge informiert werden muß und die Möglichkeiten der Meinungsbildung verbessert werden müssen.

Der Übergang vom Pferdefuhrwerk zur Dampflokomotive, zum Automobil und zum Flugzeug, oder die Umstellung von der privaten Ausbeutung der Wirtschaftskräfte zur demokratischen Leitung der Tennesseetalverwaltung, in deren Händen Stromversorgung, Hochwasserschutz und andere Aufgaben liegen — all dies sind umwälzende Neuerungen, die durch keine willkürliche Gewalt hervorgerufen wurden. Genau so wichtig ist die Tatsache, daß die Freiheit niemals dem Streben nach sozialer Sicherheit und wirtschaftlicher Stabilität geopfert wurde. Eine Sicherheit, die durch irgendeine Obrigkeit und nicht durch das Volk, seine Organisationen und seine freigewählte Regierung verbürgt wird, schließt nicht den grundsätzlichen Schutz der Freiheit und der Menschenwürde in sich ein. Jede Sicherheit, die eine autoritäre Regierung gewährt, kann von ihr auch wieder zurückgenommen oder durch eine Politik zerstört werden, auf die das Volk keinerlei Einfluß hat. Der traditionelle Individualismus Amerikas ist historisch begründet. Viele der ersten Einwanderer kamen aus Ländern, in denen eine aristokratische Gesellschaftsordnung herrschte, oder in denen überwiegend autokratische und autoritäre Regierungen am Ruder waren. In der Neuen Welt fanden sie dünnbesiedelte Landstriche, Rohstoffe im Überfluß und große Entwicklungsmöglichkeiten. Ihr Pioniergeist, der mit der Abneigung gegen scharfe Klassenunterschiede und tyrannische Regierungsformen verbunden war, schlug oft in einen extremen, ganz auf sich selbst vertrauenden und ausschließlich durch Privatinitiative erfüllten Individualismus um. Diese historischen Einflüsse sind lebendig geblieben, aber andere Kräfte haben inzwischen den amerikani-

schen Individualismus weitgehend gemildert. Das Wachstum der Bevölkerung, die Entwicklung der Massenindustrien, die gegenseitige Abhängigkeit der Bevölkerungsgruppen und Nationen sowie die Erfahrungen aus verschiedenen Wirtschaftskrisen haben zu vielfältigen Maßnahmen geführt, die Privatinitiative und Unternehmergeist mit den Erfordernissen wirtschaftlicher Stabilität und Sicherheit verbinden. Einige dieser nicht immer erfolgreichen Maßnahmen waren rein negativer Natur. Sie schoben wirtschaftlichen Machtzusammenballungen einen Riegel vor, gaben öffentlichen Versorgungsbetrieben Vorschriften und beschränkten private Unternehmen auf solche Funktionen, die sich mit dem öffentlichen Interesse vereinen lassen. Andere jedoch trugen einen durchaus konstruktiven Charakter. Sie gaben dem Staat die Möglichkeit, auf verschiedenen Gebieten, wie dem der Post, dem Nachrichten- und Erziehungswesen, einzugreifen sowie die Erhaltung und Entwicklung der nationalen Rohstoffquellen (vgl. Tennesseetalverwaltung) zu überwachen. Außerdem ist ihnen die Errichtung zahlreicher Regierungsbehörden zu verdanken, die mit der Arbeiterschutzgesetzgebung, dem Sozialversicherungswesen, Fragen der Vollbeschäftigung, der Unterstützung der Farmer usw. betraut wurden.

Die Erfahrungen aus der Weltwirtschaftskrise. Die Wirtschaftskrise am Anfang der dreißiger Jahre war der wichtigste unmittelbare Anlaß zur Schaffung von Sozialversicherungs- und Wirtschaftsstabilisierungsgesetzen. Die Krise löste einen besorgniserregenden, sich fast auf alle Bevölkerungsgruppen erstreckenden Rückgang des Einkommens aus. Das verfügbare Sachwerteinkommen je Kopf der Bevölkerung (berechnet nach dem Preisstand des Frühjahrs 1947) fiel von 860 Dollar im Jahre 1929 auf 605 Dollar im Jahre 1933. Farmer, Geschäftsleute, freiberuflich Schaffende und andere Berufsgruppen erlitten große Einbußen. Die Gewinne der Kapitalgesellschaften verwandelten sich in Defizite, und die Dividenden mußten stark gekürzt und größtenteils aus früheren Rücklagen bezahlt werden.

Der durchschnittliche Jahresverdienst der vollbeschäftigten Arbeiter und Angestellten ging, bei Anlegung der Dollarmaßstäbe vom Frühjahr 1947, nur unerheblich zurück, und zwar

von 1803 Dollar im Jahre 1929 auf 1788 Dollar im Jahre 1933. Die Arbeiter litten jedoch am meisten unter der durch die Krise hervorgerufenen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Die Zahl der in nichtlandwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten ging von 31 041 000 im Jahre 1929 um 7 575 000 auf 23 466 000 im Jahre 1933 zurück. Gleichzeitig erhöhte sich aber die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte laufend mit dem Wachsen der arbeitsfähigen Bevölkerung. Die Zahl der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter änderte sich nur geringfügig, aber viele selbständige Farmer mußten sich entweder dem Heer der Arbeitslosen anschließen oder gerade in dieser Krisenzeit Lohnarbeit suchen.

Sozialversicherungsgesetze gab es bei Beginn der Wirtschaftskrise im Jahre 1929 nur in Form der von den Einzelstaaten geschaffenen Arbeiterunfallversicherung. Darüber hinaus gab es praktisch überhaupt keine Arbeitslosenversicherung, und der Kreis der Alters- und Hinterbliebenenversicherten war außerordentlich beschränkt. Anfangs versuchte man, die Arbeitslosigkeit durch Rückgriffe auf Reserven und durch örtlich begrenzte öffentliche Hilfsmaßnahmen zu bekämpfen. Als sich jedoch die Krise verschärfte, ergriffen die Gemeinden mit Hilfe der Regierungsbehörden und privaten Institutionen zahlreiche Maßnahmen zur Unterstützung und Wiedereingliederung der Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß. Später erweiterten auch die einzelnen Bundesstaaten ihre Arbeitslosenunterstützungsaktionen und Notstandsarbeiten. Nach kurzer Zeit wurde es jedoch deutlich, daß sowohl das Problem der Soforthilfe für die Arbeitslosen als auch das der wirtschaftlichen Stabilisierung von der Bundesregierung selbst gelöst werden mußten. Unter diesen Umständen führte die Bundesregierung im Rahmen der Krisenbekämpfungsmaßnahmen umfassende Notstandsarbeiten durch, bei denen zeitweise bis zu 4 Millionen Personen ihren Lebensunterhalt verdienten. Die Arbeitsprojekte wurden hauptsächlich von der Verwaltung für Notstandsarbeiten, vom Amerikanischen Jugendfürsorgeamt und vom Amerikanischen Freiwilligen Arbeitsdienst durchgeführt. Neben der Bundesregierung beschäftigten auch noch die einzelnen Bundesstaaten und Gemeinden zahlreiche Arbeitslose bei verschiedenen Not-

standsarbeiten. Die so beschäftigten Arbeiter galten in den Statistiken als arbeitslos, weil bei ihnen angenommen werden mußte, daß sie ihre Tätigkeit nur so lange ausüben würden, bis sie wieder normale Beschäftigungsmöglichkeiten in der Privatindustrie finden konnten. Deshalb sind die meisten offiziellen Angaben über den Umfang der Arbeitslosigkeit unzutreffend, denn die Zahl derer, die überhaupt keine Arbeit hatten, war wesentlich geringer. Die meisten Notstandsarbeiter bauten Straßen, Schulen und öffentliche Versorgungsbetriebe oder wurden bei der Wiederaufforstung beschäftigt. Ihre Löhne entsprachen im allgemeinen den geltenden Tarifen, dabei mußten sie allerdings meist Kurzarbeit in Kauf nehmen.

Sozialversicherungsgesetzgebung. Sozialversicherungsgesetze, wie Kranken- und Unfallschutz, Arbeitslosenunterstützung, Alters- und Hinterbliebenenversicherung, wurden hauptsächlich aus zwei Gründen erlassen:

Einmal sollte der einzelne vor den Gefahren eines Unfalls, den Sorgen des Alters und den Schrecken der Arbeitslosigkeit gesichert werden — also vor Gefahren, die jeder Gesellschaftsordnung drohen, sei sie nun demokratisch oder autoritär, statisch oder dynamisch, wirtschaftlich stabil oder extremen Schwankungen unterworfen; zum anderen sollte durch die Erhöhung des Sicherheitsgefühls des Arbeiters und durch die Schaffung eines Einkommen- und Kaufkraftpolsters für den Fall eines Produktions- und Beschäftigungsrückganges die Stabilität der Wirtschaft gefördert werden.

Eine der ältesten Formen der amerikanischen Sozialversicherung stellen die von allen Einzelstaaten geschaffenen Unfallversicherungsgesetze für Arbeiter dar, die — gleichgültig, wer den Unfall verschuldet hat — den Arbeitgeber zu Unterhaltsleistungen an verunglückte Arbeiter oder deren Hinterbliebene verpflichten. Außerdem sehen sie eine unentgeltliche Rechtshilfe bei Schadensfällen vor. Die Verantwortung liegt immer beim Arbeitgeber, der entsprechende Versicherungen abschließen oder nachweisen muß, daß er über ausreichende finanzielle Rücklagen verfügt.

Einige in diesen Gesetzen nicht berücksichtigte Arbeiter sind jedoch noch immer gezwungen, gegen ihre Arbeitgeber Scha-

denersatzklagen anzustrengen. In den meisten Staaten sind die Landarbeiter und in wenigen Staaten die sogenannten Berufskrankheiten nicht berücksichtigt worden. Sehr bemerkenswert ist in letzter Zeit jedoch die Tendenz, den Anwendungsbereich dieser Gesetze rasch zu erweitern und die Leistungen zu erhöhen.

Die in den Unfallschutzgesetzen vorgesehenen Leistungen betragen durchschnittlich 50 bis 70 Prozent des Wochenlohnes, wobei sich aber die meisten Staaten gewisse Höchstgrenzen vorbehalten. Diese betragen z. B. nach den letzten in zahlreichen Staaten erlassenen Bestimmungen zwischen 17,30 Dollar und 36 Dollar wöchentlich. Außerdem hat sich trotz einer Erhöhung der Leistungen mehr und mehr die Gewohnheit eingebürgert, grundsätzlich die Höchstsätze auszuzahlen, da die Löhne während und nach dem Krieg gestiegen sind. Zeitlich einschränkende Bestimmungen für Sozialleistungen dieser Art bestehen in manchen Einzelstaaten bei ständiger Arbeitsunfähigkeit und Todesfällen. Während 17 Staaten bei dauernder Invalidität lebenslängliche Renten vorsehen, sind diese in anderen auf 260 bis 1000 Wochen oder auf 5000 bis 12 000 Dollar beschränkt. Das gleiche gilt auch für Sterbegelder an Witwen und minderjährige Hinterbliebene unter 18 Jahren.

Eine jetzt in der Sozialgesetzgebung der meisten Staaten enthaltene, verhältnismäßig neue Bestimmung sieht die Errichtung besonderer Fonds, des sogenannten Versicherungsfonds für den zweiten Schadensfall vor. Durch diesen Fonds soll einem Körperbehinderten die Möglichkeit einer Wiedereinstellung gegeben und dem Arbeitgeber ein Teil der Verantwortung für diesen Arbeiter abgenommen werden. Stößt dem körperbehinderten Arbeiter ein zweiter Unfall zu, so wird er teilweise vom Arbeitgeber und teilweise aus dem erwähnten Versicherungsfonds unterstützt.

Der größte Teil der amerikanischen Sozialgesetzgebung wurde durch das Sozialversicherungsgesetz aus dem Jahre 1935 geschaffen. Danach hatten 1945 rund 42 500 000 in der Privatindustrie beschäftigte Arbeiter Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung und rund 45 700 000 Anspruch auf Alters- und Hinterbliebenenversicherung. In diesen Zahlen sind weder die ameri-

kanischen Eisenbahner, für die besondere Gesetze gelten, enthalten, noch die Angestellten der Bundesregierung, der Regierungen der Einzelstaaten und der örtlichen Verwaltungen, von denen aber die meisten ebenfalls geschützt sind, und zwar hauptsächlich durch Alters- und Hinterbliebenenrenten. Außer dieser gesetzlichen Altersversorgung bestehen noch zahlreiche private Abmachungen, wie z. B. die Versicherungsklauseln der zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften abgeschlossenen Kollektivverträge.

Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung werden auf Grund des Sozialversicherungsgesetzes aus dem Jahre 1935 von den Arbeitgebern durch eine Abgabe auf die Lohnliste getragen, die gewöhnlich 3 Prozent der Löhne und Gehälter beträgt, die jährlich die 3000-Dollar-Grenze nicht übersteigen. Die Leitung der Sozialversicherung liegt in den Händen der einzelnen Bundesstaaten; diese müssen sich jedoch an die Richtlinien der Bundesregierung halten. Die Gesamtzahl der Arbeitslosenunterstützungsempfänger in dem am 30. Juni 1947 endenden Wirtschaftsjahr betrug 4 100 000 und die durchschnittliche Höhe der wöchentlichen Unterstützung 18,05 Dollar. Die Leistungen der Arbeitslosenversicherung haben zwar mit den Lohnerhöhungen nicht Schritt gehalten, sie sind jedoch wesentlich höher als in früheren Jahren. In manchen Staaten erhalten sogar die Angehörigen eines Arbeitslosen noch eine kleine Sonderunterstützung. Für die Eisenbahner gibt es besondere Regelungen.

Noch vor der Einführung der Arbeitslosenversicherung wurde der bundesstaatliche Arbeitsvermittlungsdienst entwickelt, der in Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern der einzelnen Staaten den Unternehmern Arbeitskräfte und den Arbeitern Arbeitsstellen zu vermitteln sucht. In einem Land wie den Vereinigten Staaten mit seiner hochgradig unterteilten und dynamischen Wirtschaft sind Arbeitsämter unbedingt erforderlich, weil der Bedarf an Arbeitskräften in einigen Industrien nachläßt, während er in anderen zunimmt. 1947 wurde auf der Internationalen Arbeitskonferenz der Vorschlag gemacht, auf internationaler Basis einen dem amerikanischen ähnlichen freien Arbeitsvermittlungsdienst zu schaffen.

Die im Sozialversicherungsgesetz von 1935 vorgesehene Alters- und Hinterbliebenenversicherung wird durch eine Sozialabgabe des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers finanziert, die zur Zeit 1 Prozent des Arbeitsentgelts beträgt und nach 1949 erhöht werden soll. Im Frühjahr 1947 waren 1 600 000 Arbeitnehmer (mit Ausnahme der Eisenbahner, der öffentlichen Angestellten und bestimmter anderer durch besondere Gesetze geschützter Arbeiter) 65 Jahre alt und damit vollversicherte Sozialrentner geworden. Zur gleichen Zeit hatten 41 400 000 durch das Sozialversicherungsgesetz aus dem Jahre 1935 erfaßte Arbeiter Anspruch auf Hinterbliebenenfürsorge für ihre Angehörigen erworben. Im Juni erhielt ein alleinstehender Sozialrentner 25,10 Dollar, ein verheirateter, dessen Frau ebenfalls die vorgeschriebene Altersgrenze erreicht hatte, 39,20 Dollar, eine im höheren Alter stehende Witwe 20,30 Dollar und eine Witwe mit drei oder mehr unterhaltsberechtigten Kindern 51,80 Dollar monatlich. Diese Renten sind jedoch anerkanntermaßen viel zu niedrig, und die Rentenempfänger sind daher meist noch auf zusätzliche Einnahmen, Ersparnisse oder Unterstützung von irgend einer Seite angewiesen.

Die amerikanische Sozialversicherungsgesetzgebung befindet sich noch immer im Auf- und Ausbau. Abgesehen von der Arbeiterunfallversicherung ist der übrige Teil der Gesetzgebung erst in den letzten zwölf Jahren geschaffen worden. 1939 wurden diejenigen Bestimmungen des Sozialversicherungsgesetzes, welche sich auf die Alters- und Hinterbliebenenversicherung beziehen, auf weitere Kreise ausgedehnt. Dann erfolgten neue und großzügigere Durchführungsverordnungen zum Eisenbahnerrentengesetz und zu den Rentengesetzen für die Angestellten der amerikanischen Bundesregierung. Außerdem wurden im Laufe der Zeit auch die Arbeitslosenunterstützung und die Unfallbeihilfen erhöht. Diese Erhöhungen der Versicherungsleistungen, besonders der Altersrenten, blieben jedoch weit hinter den steigenden Löhnen und Preisen zurück. Darüber hinaus gibt es noch immer Berufsgruppen, die weder Anspruch auf Arbeitslosenversicherung noch auf Altersrenten haben. Breite Kreise setzen sich deshalb für eine Erweiterung des Versicherungsschutzes und für eine Erhöhung der Unter-

stützungsbeihilfen ein, und auch im Kongreß sind diese Fragen Gegenstand eingehender Erörterungen.

Solange aber diese Reformen noch nicht durchgeführt sind, ist es notwendig, daß alle Personen, die ohne Versicherungsschutz und zusätzliches Einkommen oder Ersparnisse leben müssen, durch umfassende staatliche Maßnahmen unterstützt werden. Zu diesem Zweck wurden 1945 von der Bundesregierung, den Regierungen der Einzelstaaten und den Kommunalverwaltungen rund 2364 Millionen Dollar aufgewendet. Die Preissteigerungen nach 1945 machten außerdem Erhöhungen der Unterstützungsbeihilfen erforderlich. Ausgedehnte zusätzliche Hilfe wurde auch durch private Vereinigungen, wie beispielsweise die durch freiwillige Beiträge finanzierten Wohlfahrtsorganisationen der Gemeinden, aufgebracht.

Regelung der Arbeitslöhne, der Arbeitszeit und der Arbeitsbedingungen. Die oben beschriebene Sozialversicherungsgesetzgebung und die später zu erörternde arbeitsrechtliche Stellung der Gewerkschaften beeinflußten indirekt Arbeitslöhne, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen. Unter den Bestimmungen, die diese Fragen regeln, sind besonders drei Gesetze der Bundesregierung hervorzuheben, die für alle nicht von der Regierung beschäftigten Arbeitnehmer gelten.

Nach der amerikanischen Verfassung kann die Bundesregierung im allgemeinen nur für diejenigen Arbeitnehmer arbeitsrechtliche Gesetze erlassen, die entweder direkt für den Handel und Verkehr zwischen den einzelnen Staaten arbeiten oder unmittelbar und mittelbar an der Erzeugung von Gütern für diesen Handel beteiligt sind. Der Anwendungsbereich der einzelnen Gesetze ist außerdem verschieden; so gilt z. B. das Gesetz für gerechte Arbeitsnormen nicht für landwirtschaftliche Arbeiter. Indirekt wirken sich jedoch die Gesetze der Bundesregierung auch auf die nicht unmittelbar von ihnen betroffenen Arbeitnehmer aus. Konkurrenz und Gepflogenheiten bringen die arbeitsrechtlichen Normen der Bundesregierung meist auch in verwandten Berufen zur Geltung.

Eines der bedeutendsten und wichtigsten Bundesgesetze ist das im Jahre 1938 geschaffene Gesetz für gerechte Arbeitsnormen. Es setzt Altersgrenzen und bestimmte Bedingungen

für Kinderarbeit fest, schreibt anderthalbfache Bezahlung für mehr als 40 Wochenstunden und Mindestlöhne für diejenigen Industriezweige vor, die für den zwischenstaatlichen Handelsverkehr produzieren (wobei dieser Begriff ziemlich dehnbar gehalten ist). Fast allgemein wird heute ein höherer Mindestlohn als der im Gesetz vorgeschriebene von 40 Cents bezahlt. Eine Erhöhung dieses Satzes ist geplant. Während früher dem Gesetz insofern besondere Bedeutung zukam, als es den Grundsatz des Mindestlohnes festlegte und damit ein Absinken der Löhne ins Bodenlose verhütete, liegt seine Bedeutung heute darin, daß es die Einhaltung der 40-Stunden-Woche und die Bezahlung von Überstundenzuschlägen garantiert.

Neben dem Gesetz für gerechte Arbeitsnormen sind noch zwei weitere wichtige Bundesgesetze zu erwähnen, das Gesetz zur Regelung der Arbeitsnormen bei Staatsaufträgen und das Davis-Bacon-Gesetz.

Das Gesetz zur Regelung der Arbeitsnormen bei Staatsaufträgen enthält Vorschriften über die Arbeitsbedingungen bei Aufträgen der Bundesregierung über 10 000 Dollar. Es gilt für ale Arbeiter, die unmittelbar mit der Herstellung, Montage und Beförderung der Güter beschäftigt sind, die für einen Staatsauftrag produziert werden. Die Höhe der Mindestlöhne richtet sich nach den ortsüblichen Tarifen, und als normale Arbeitswoche gilt die 40-Stunden-Woche, das heißt, acht Stunden Arbeit an fünf Wochentagen. Überstunden werden anderthalbfach bezahlt und entweder je Tag oder je Woche vergütet, wobei immer die für den Arbeitnehmer günstigste Berechnung vorzunehmen ist. Das Gesetz verbietet ferner die Kinderarbeit bei öffentlichen Aufträgen und enthält genaue Vorschriften über einheitliche Gesundheits- und Unfallschutzmaßnahmen.

Das Davis-Bacon-Gesetz gilt für Bauaufträge der öffentlichen Hand. Danach müssen Arbeiter, die bei der Errichtung, beim Umbau oder bei der Reparatur öffentlicher Gebäude oder anderer öffentlicher Einrichtungen beschäftigt sind, von den unmittelbaren oder mittelbaren Auftragnehmern nach den geltenden Tarifen entlohnt werden.

Löhne und Arbeitszeit der Angestellten der Bundesregierung werden entweder direkt vom Kongreß oder bei bestimmten

Gruppen, z. B. den Dockarbeitern, durch staatliche Verwaltungsorgane gesetzlich geregelt, und zwar im allgemeinen nach den üblichen Tarifen. Andere Bundesgesetze regeln die Arbeitszeit und die Arbeitsbedingungen, vor allem die Sicherheitsvorschriften der Eisenbahner sowie der Omnibus- und der Lastkraftwagenfahrer, die im zwischenstaatlichen Verkehr tätig sind. Die Gesetzgebung der Bundesregierung erstreckt sich jetzt auch auf den Kohlenbergbau und auf die Arbeitsbedingungen der Handelsmarine. So sind Arbeitszeit, Löhne und Gesundheitsvorschriften der Seeleute in der Binnen- und Seeschiffahrt durch zahlreiche Gesetze bis ins einzelne festgelegt.

Außer der Bundesregierung haben auch die amerikanischen Einzelstaaten eine umfassende Arbeitsgesetzgebung geschaffen. In gewisser Hinsicht, wie z. B. in der Arbeitslosenversicherung und in der Arbeitsvermittlung, stellen viele Gesetze der Bundesregierung eine Art Partnerschaft zwischen ihr und den Einzelstaaten her. In allen Einzelstaaten tragen die Arbeitsgesetze den Charakter von Schutzmaßnahmen, die natürlich in ihrem Geltungsbereich, ihrem Aufbau und der Wirksamkeit ihrer Anwendung untereinander verschieden sind. Jeder der achtundvierzig Einzelstaaten verfügt außerdem noch über eine eigene Arbeitsabteilung, die in ihrem Aufbau dem Arbeitsministerium der Bundesregierung ähnelt.

Die frühesten und umfassendsten Arbeitsschutzgesetze der Einzelstaaten regeln Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen für Frauen und Kinder und erstrecken sich unter anderem auf sanitäre Einrichtungen, Erholungsmöglichkeiten, Essenszeiten und Arbeitspausen. Außerdem enthalten sie Verbote oder einschränkende Bestimmungen für gewisse Arbeiten und Arbeitsplätze, wie etwa Untertagarbeit in Bergwerken, die für Frauen und Kinder schädlich sind.

Alle Einzelstaaten haben Gesetze über Kinderarbeit und allgemeinen Schulzwang sowie Vorschriften über das Mindestbeschäftigungsalter von Jugendlichen erlassen. Fast in der Hälfte der Einzelstaaten beträgt das Mindestbeschäftigungsalter für Jugendliche 16 Jahre. Dieses Mindestalter kann für einige Arbeiten, wie beispielsweise Fabrikarbeit, Gültigkeit haben oder aber nur für Arbeiten während der Schulstunden

Anwendung finden. In einigen Staaten ist das Mindestbeschäftigungsalter, das bei verschiedenen Beschäftigungsarten unterschiedlich sein kann, bei Arbeiten während der Schulzeit höher als bei Arbeiten, die nicht in die Zeit des Schulunterrichts fallen. Im allgemeinen schreiben die Gesetze bei der Beschäftigung von Jugendlichen Einschränkungen und Maßstäbe für Arbeitszeit, Nachtarbeit, Arbeitsarten und Arbeitsverhältnisse vor, und in fast allen Staaten haben die Jugendlichen eine Arbeitserlaubnis der örtlichen Schulbehörde beizubringen.

Darüber hinaus haben alle Staaten Maßnahmen zum Schutz von Männern und Frauen in gewissen besonders gefährdeten Berufen ergriffen, z. B. für Arbeiten in Fabriken, im Transportwesen sowie im Berg- und Tunnelbau. Daneben sind noch die Sicherheitsbestimmungen zur Verhütung von Betriebsunfällen zu erwähnen sowie die Hygiene- und Beleuchtungsvorschriften, die Inspektionsregeln für Aufzüge und die baupolizeilichen Anordnungen über Art und Lage von Gebäuden. Seit einiger Zeit macht sich auch in der Arbeitsschutzgesetzgebung die Tendenz bemerkbar, die Vorschriften nicht mehr allgemein, sondern detailliert zu formulieren und die Aufsichtsbehörden mit größeren Vollmachten auszustatten.

Die Mindestlohngesetze der Bundesregierung werden in sechsundzwanzig Einzelstaaten, besonders in den dichter besiedelten und stärker industrialisierten, durch mehr oder weniger umfassende Gesetze ergänzt, von denen die meisten aber nur für Frauen gelten. Ferner werden Arbeitszeit und Löhne der Männer und Frauen, die bei öffentlichen Arbeiten beschäftigt sind, sowohl von der Bundesregierung als auch von den Einzelstaaten gesetzlich geregelt.

In fast allen Einzelstaaten gibt es Lohnschutzgesetze für Arbeitnehmer. Diese Gesetze enthalten Bestimmungen über Lohnzahlungstermine, Entlohnung mit gesetzlichen Zahlungsmitteln, Lohnstreifen und andere Abrechnungsvorschriften sowie über die Zuständigkeit der Arbeitsabteilung der Einzelstaaten oder anderer Behörden bei Lohnbeschwerden der Arbeitnehmer. Andere Gesetze regeln den gesetzlich pfändbaren Lohnanteil, legen Zinshöchstsätze bei kleinen Darlehen

fest und befassen sich mit der Errichtung von Konsumgenossenschaften.

Die Ausdehnung der Arbeits- und Sozialgesetzgebung spiegelt sich im Anwachsen des zuständigen Behördenapparates. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts zählten die Vereinigten Staaten fünfundvierzig Einzelstaaten, hatten aber nur vierunddreißig Arbeitsbehörden, deren Aufgaben außerdem weniger auf dem Gebiet der Verwaltung lagen. Sie befaßten sich in vielen Staaten nur mit Ermittlungen und statistischen Berechnungen in Landwirtschaft, Industrie und auf dem Arbeitsmarkt.

Das 1884 errichtete Bundesamt für Arbeit erhielt 1913 erweiterte Verwaltungsbefugnisse übertragen und wurde, mit einem Staatssekretär im Kabinettsrang an der Spitze, zum amerikanischen Arbeitsministerium erhoben. Gegenwärtig gibt es bei der amerikanischen Bundesregierung neben dem Arbeitsministerium noch mehrere Arbeitsbehörden, beispielsweise das Amt für Arbeitsschutz. Außerdem haben jetzt auch alle Bundesstaaten ähnliche Einrichtungen, die sich nicht nur mit statistischen Aufgaben befassen, sondern auch zahlreiche Verwaltungsbefugnisse innehaben. Hierher gehören die gemeinsam mit der Bundesregierung durchgeführten Maßnahmen zum Schutz der sozialen Sicherheit, die Leitung der Arbeitsvermittlungsämter und andere Dienste im Bereich der Arbeitsverwaltung.

Die Genossenschaftsbewegung in den Vereinigten Staaten. Die Entwicklung der Konsumgenossenschaftsbewegung in Amerika ist nicht so weit vorgeschritten wie die der amerikanischen landwirtschaftlichen Marktverbände oder der Konsumgenossenschaften in Europa. Anfangs war das Interesse für die Konsumgenossenschaften eng mit anderen Bestrebungen verbunden und schwand, als jene zusammenbrachen. Als die heutigen Genossenschaften in ihrem Hauptbetätigungsfeld, dem städtischen Gemischtwarenhandel, Fuß zu fassen begannen, wurde dieser bereits von den großen Filialgeschäften mit ihren billigen Massenartikeln beherrscht. Ihnen gegenüber haben die meist kleinen Konsumgenossenschaften mit ihren geringen Kapitaleinlagen einen schweren Stand. Außerdem sind sie — anders als die Kettenläden — auf eine seßhafte Be-

völkerung angewiesen. Diese findet sich jedoch in den amerikanischen Städten nicht, denn der amerikanische Fabrikarbeiter wechselt sehr häufig seinen Arbeits- und Wohnort. Der Mitgliederkreis der städtischen Konsumgenossenschaften besteht größtenteils aus Angehörigen des Mittelstandes, wie Freischaffenden, Büroangestellten und Angehörigen verwandter Berufe. Die Industriearbeiter unterstützen und fördern die Genossenschaftsbewegung nicht in dem gleichen Maße wie ihre europäischen Kollegen, obwohl der Gedanke in Gewerkschaftsresolutionen propagiert wurde. Diese gewisse Interesselosigkeit mag auch in dem Umstand begründet sein, daß in Amerika die Lebensmittelpreise ohnehin verhältnismäßig niedrig sind, so daß auf diesem Gebiet der Anreiz zum Sparen meist fehlt.

Trotzdem gibt es in Amerika eine ziemlich starke Genossenschaftsbewegung, die zwar weniger von den städtischen Bevölkerungskreisen als von Farmern und anderen landwirtschaftlichen Arbeitskräften getragen wird. Ein großer Teil der Kleinhandelsgenossenschaften ist den regionalen Großhandelsgenossenschaften angeschlossen, und diese wiederum gehören meist der Vereinigung amerikanischer Genossenschaften (National Cooperatives Inc.) an, einer sich über ganz Amerika erstreckenden Einkaufsorganisation.

Der wahrscheinlich bedeutendste Beitrag der amerikanischen Genossenschaften zur Marktgestaltung ist das „Co-op"-Warenzeichen, das von den Herstellerfirmen auf solchen Waren angebracht wird, die nach den Vorschriften der Vereinigung amerikanischer Genossenschaften oder anderer regionaler Großeinkaufsgenossenschaften verpackt oder konserviert werden. Durch diese und ähnliche Bezeichnungen haben die amerikanischen Genossenschaften bahnbrechend auf dem Gebiet der Warenkennzeichnung mit der Güte und der Zusammensetzung eines Produktes gewirkt.

Langsam gehen die amerikanischen Genossenschaften durch die „National Cooperatives Inc." und durch ihre regionalen Verbände dazu über, ihre Waren selbst herzustellen, z. B. Konserven, Butter, Eiscreme, Fleischwaren, Petroleumerzeugnisse, Farben, Bauholz und Dachziegel sowie Druckerei- und chemische Erzeugnisse (Haushalts-Chemikalien, Kosmetika, In-

sektenschutzmittel), Viehfutter, Saatgut, Dünger, landwirtschaftliche Maschinen und zahlreiche andere Produkte. Im Jahre 1946 wurden Waren im Werte von mehr als 95 Millionen Dollar in genossenschaftseigenen Betrieben erzeugt, und 1947 erhöhte sich die Zahl noch beträchtlich.

In den meisten amerikanischen Bundesstaaten gibt es heute Gesetze, welche die Errichtung von Konsumgenossenschaften genehmigen. Das Gesetz des Distriktes Columbia, in dem sich die Hauptstadt der Vereinigten Staaten befindet, dient hierbei als Vorbild. In diesen Gesetzen wird gewöhnlich bestimmt, daß die Genossenschaft nach den Prinzipien der englischen Rochdale-Bewegung, die 1841 die ersten Konsumgenossenschaften gründete, betrieben werden soll. Diese Gesetze gewähren im allgemeinen keine Privilegien. Bei Streitfällen und Angelegenheiten, die in den Genossenschaftsgesetzen nicht vorgesehen und geregelt sind, unterliegen die Genossenschaften den gleichen Gesetzen wie die Unternehmen der Privatindustrie.

Wirtschaftliche Stabilität. Das oben beschriebene Landwirtschaftsprogramm, die verschiedenen Schutzgesetze, die besonders die Arbeitsbedingungen regeln, die Sozialversicherung, das Anwachsen der Genossenschaftsgesetzgebung und die Anerkennung des Rechtes der Arbeiter, ihre Sicherheit und ihr Wohlergehen durch freien Zusammenschluß zu fördern, sind alles entscheidende und eng zusammenhängende Faktoren im Streben des amerikanischen Volkes nach sozialer Sicherheit. Darüber hinaus tragen sie zur Festigung der amerikanischen Wirtschaft bei, ohne das Ideal der wirtschaftlichen Dynamik und Anpassungsfähigkeit oder das Ideal des freien Entscheidens und Handelns auf Grund freier Diskussion und Billigung durch die Öffentlichkeit zu zerstören. Arbeitslosenunterstützung, Alters- und Unfallrenten sowie die durch Mindestlohngesetze und Kollektivvereinbarungen gesicherten Arbeitsentgelte halten allgemein mit der steigenden Produktivität Schritt und schaffen ein zusätzliches Kaufkraftpolster für Krisenzeiten.

Nach dem ersten Weltkrieg gab es nur wenige Gesetze, die die Wirtschaft zu lenken, zu stabilisieren und zu unterstützen suchten. Heute gibt es neben der Arbeits- und Landwirtschaftsgesetzgebung zahlreiche andere wichtige Maßnah-

men und Behörden, die in den Kreislauf der amerikanischen Wirtschaft eingreifen. Zur Veranschaulichung seien erwähnt: die Versicherung kleiner Spareinlagen und Hypotheken, Kredite und andere finanzielle Hilfen für Hausbesitzer, kleine Geschäftsleute und ehemalige Kriegsteilnehmer, die gesetzliche Regelung des Börsenhandels zum Schutz der Kapitalgeber sowie eine Erweiterung des internationalen Bank- und Kreditverkehrs. Die Durchführung der Anti-Trust- und Anti-Kartell-Gesetze wurde aufmerksam kontrolliert, und scharfe Maßnahmen zur Überwachung monopolartiger Unternehmen, wie die öffentlichen Versorgungsbetriebe, wurden ergriffen.

Im Gegensatz zu früher, vor allem zu der Zeit nach dem ersten Weltkrieg und vor der Wirtschaftskrise des Jahres 1930, können heute die Vorgänge innerhalb der amerikanischen Wirtschaft viel genauer erkannt werden. Beim Vergleich eines vor 20 Jahren veröffentlichten statistischen Journals mit einem wirtschaftsstatistischen Blatt dieser Tage fällt auf, wie wenig damals über die Bewegungsvorgänge der Wirtschaft in kürzeren Zeitabschnitten — Monaten, Wochen oder Tagen — bekannt war. Das intensive Studium älterer Quellen, die Verbesserung der Stichproben und Aufzeigungsmethoden sowie die Mechanisierung der gewohnheitsmäßigen Additions- und Tabellierungsarbeiten ermöglichen eine verhältnismäßig große Fülle statistischer Angaben. Über Produktion, Beschäftigung, Löhne, Einkommen, Ausgaben, Preise, Handel, Bankgeschäfte, Verbrauch und andere für das Verständnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge ausschlaggebende Vorgänge stehen somit heute verhältnismäßig viele Daten zur Verfügung.

Aber fast noch wichtiger als der Umfang der vorhandenen Zahlenangaben ist die Beachtung, die man heute allgemein der Auswertung dieser Wirtschaftsstatistiken zumißt. Sie spiegelt sich wieder in dem vom amerikanischen Kongreß im Jahre 1946 mit überwältigender Mehrheit verabschiedeten Beschäftigungsgesetz, das die öffentliche und private Initiative anregen soll, alles zu tun, um einen maximalen Beschäftigungs-, Produktions- und Kaufkraftstand zu erreichen. Diese Ziele, so heißt es, gehören zum ständigen Aufgabenkreis der Bundesregierung. Bis heute ist in den Vereinigten Staaten noch keine Krisen-

lage entstanden, in der sich die Wirksamkeit dieser Gesetze hätte voll erweisen können; trotzdem entstand es keineswegs ohne gründliche Vorarbeit. Lange Zeit wurde unter Anteilnahme der ganzen Nation darüber debattiert, bis es schließlich beide Parteien mit überwältigender Mehrheit annahmen. Das Gesetz schafft zwei Kontrollorgane: ein Kollegium von Wirtschaftsberatern des Präsidenten und einen Kongreßausschuß aus Mitgliedern des Abgeordnetenhauses und des Senats. Beide überwachen ständig die amerikanische Wirtschaft, um dem Gesetz Wirksamkeit zu verleihen, das heißt, um die wirtschaftspolitischen Schritte der Regierung in Gleichtakt zu bringen und andere Maßnahmen anzuregen, die geeignet sind, Beschäftigung, Produktion und Kaufkraft auf gleichbleibend hohem Stand zu halten.

In Amerika hat sich heute die Erkenntnis durchgesetzt, daß die Völker der Erde aufeinander angewiesen sind. Die von beiden Parteien getragene Außenpolitik der Vereinigten Staaten bemüht sich darum mehr und mehr um Wiederaufbau und Stabilisierung der internationalen Wirtschaft. Amerika hat die gemeinsamen wirtschaftlichen Anstrengungen der Völker nicht nur durch die Vereinten Nationen und ihre angeschlossenen Organisationen unterstützt, sondern auch durch Sonderinstitutionen der UN. Der Marshall-Plan und sein Durchführungsprogramm entstanden hauptsächlich aus dem Bestreben Amerikas, die internationale Basis der wirtschaftlichen Sicherheit zu stärken.

Was auch immer die Ursachen der Wirtschaftskrise sein mögen — sie sind anerkanntermaßen zusammengesetzter Natur —, so ist man sich doch heute in Amerika allgemein der schwerwiegenden Folgen solcher Störungen im Wirtschaftskreislauf bewußt. Deshalb ist man entschlossen, ihre Ursachen festzustellen und ihr Wiederauftreten zu verhindern. In einer nach Fortschritt und Wohlstand strebenden Gesellschaft sind allerdings Schwankungen im Preis-, Lohn-, Produktions- und Beschäftigungsgefüge sowie Schwankungen aller anderen Faktoren, die eine vielseitige dynamische Gesellschaft charakterisieren, unvermeidlich. Gute Gründe berechtigen jedoch zu der Hoffnung, daß man in Zukunft das wirtschaftliche Gleichgewicht besser aufrecht erhalten kann als in der Vergangenheit.

Oben: Vertreter der Maschinistengewerkschaft und Unternehmer unterschreiben einen Vertrag zur Festsetzung von Löhnen und Arbeitszeit. — **Unten:** Die Gewerkschaften veranstalten für ihre Mitglieder Kurse über die verschiedensten Themen, oft in Zusammenarbeit mit Schulen und Universitäten.

Die Unternehmen sind sich ihrer Verantwortung bewußt und lassen jede Arbeitsverletzung sofort ärztlich behandeln. Selbst kleine Betriebe haben Erste-Hilfe-Stationen. So wird ein wesentlicher Beitrag zu guten Arbeitsbedingungen und guten Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern geleistet.

Kapitel VII

Die Gewerkschaftsbewegung in Amerika

Wirtschaftliche Macht und Freiheit charakterisieren die amerikanischen Gewerkschaften. Damit aber symbolisieren sie das System gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Freiheit, von dem sie nur ein Teil sind. Eine Gewerkschaft, die wirklich „frei" ist, wird nur vom Willen ihrer Mitglieder gelenkt; sie ist völlig der Einmischung der Arbeitgeber, der politischen Parteien oder der Regierung entzogen. Die Tradition dieser Unabhängigkeit ist so alt wie die amerikanische Gewerkschaftsbewegung selbst und damit etwa genau so alt wie die amerikanische Nation.

Nicht immer waren jedoch Macht und Bedeutung der amerikanischen Gewerkschaften so groß wie heute. In ihren Anfängen mußten sie hart um ihre gesetzliche Existenzberechtigung kämpfen, und später ging es darum, die Anerkennung der einzelnen Arbeitgeber zu erringen. Die so erzielten gesetzlichen und gewerkschaftlichen Rechte kosteten lange und entbehrungsreiche, manchmal blutige Streiks, die häufig mit entmutigenden Niederlagen endeten. Die traditionelle Kampflust der amerikanischen Gewerkschaften und ihr eifersüchtig gewahrter Freiheitssinn haben in diesen bitteren Erfahrungen ihre Wurzeln.

Heute ist das Recht der Arbeiter, sich in Gewerkschaften zusammenzuschließen, gesetzlich anerkannt und als wirksames Prinzip in der Praxis unbestritten. Die Gewerkschaften beschränken sich heute nicht mehr darauf, mit den Arbeitgebern in Kollektivverhandlungen über die Höhe der Löhne und die Arbeitsbedingungen einzutreten, sondern sie üben auch einen unmittelbaren politischen Druck aus, um die Gesetzgebung, die Wahl der Kandidaten für bestimmte öffentliche Ämter und die Politik der Regierung zu fördern oder zu bekämpfen.

Der Aufbau der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung. Gegenwärtig ist eine größere Zahl amerikanischer Arbeiter ge-

werkschaftlich organisiert als zu irgendeiner anderen Zeit der amerikanischen Geschichte. Über 15 Millionen Männer und Frauen sind Mitglieder der Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten. Sie arbeiten in fast allen Industriezweigen und in zahlreichen Berufen. Viele von ihnen sind Facharbeiter, z. B. Zimmerleute, Drucker, Steinhauer oder Maschinisten. Die anderen bilden das große Arbeiterheer, das in den Massenproduktionsindustrien des Landes vielfältige Beschäftigung findet — sie arbeiten in den Stahlwerken von Pittsburg, den Automobilfabriken von Detroit oder in den Webereien, die sich in Neu-England und im Süden des Landes befinden. Wieder andere sind bei den Eisenbahnen, Omnibuslinien, in Speditionsfirmen, im Flugverkehr und in einer Unzahl von Versorgungsbetrieben und im Handel tätig. Auch Schauspieler, Musiker und Journalisten sind weitgehend gewerkschaftlich organisiert.

Die Arbeitermillionen bilden die Gefolgschaft der 196 Gewerkschaften Amerikas. Die meisten dieser „nationalen" oder „internationalen" Gewerkschaften — amerikanische Gewerkschaften mit kanadischen Schwesterorganisationen nennen sich international — gehören entweder zur American Federation of Labor (AFL) oder zu dem anderen großen Gewerkschaftsbund, dem Congress of Industrial Organizations (CIO). Nur wenige Gewerkschaften, unter anderem die der Eisenbahnangestellten, der Grubenarbeiter und der Maschinisten, haben sich weder der AFL noch dem CIO angeschlossen. Sie werden daher häufig „unabhängige" oder „nichtangeschlossene" Gewerkschaften genannt.

Der älteste und größte der beiden amerikanischen Gewerkschaftsverbände ist die AFL. Sie wurde im Jahre 1881 gegründet. Der CIO entstand erst im Jahre 1935, und zwar als Unterabteilung der AFL. Es war das Ziel der CIO-Führer, alle Arbeiter der großen Massenproduktionsindustrien, beispielsweise der Stahlwerke, Gummi-, Automobil- und Textilfabriken, geschlossen in Einheitsgewerkschaften zusammenzufassen. Doch Meinungsverschiedenheiten zwischen der AFL-Leitung und den Führern des CIO hatten zur Folge, daß einige Gewerkschaften zuerst für eine bestimmte Zeit und dann für immer aus der AFL ausgeschlossen wurden. Im Jahre 1938 gründeten diese

Gewerkschaften formell einen unabhängigen Gewerkschaftsbund, den sie „Congress of Industrial Organizations" nannten.

Die AFL zählt gegenwärtig 7 bis 8 Millionen Mitglieder, der CIO ungefähr 6 Millionen.

Der organisatorische Aufbau der AFL ist dem des CIO sehr ähnlich. In jedem Jahre werden Gewerkschaftskongresse abgehalten, auf denen Hunderte von Vertretern der einzelnen Gewerkschaftsleitungen der einzelstaatlichen und Stadtverbände die Gewerkschaftspolitik des nächsten Jahres festlegen. Bei diesen Versammlungen werden vielerlei Probleme diskutiert, so die Werbung neuer Gewerkschaftsmitglieder, die Beziehungen zu anderen Gewerkschaften, die Haltung des Verbandes gegenüber der Regierungspolitik und die Zusammenarbeit mit ausländischen Gewerkschaften. Alle Entscheidungen ergehen mit Stimmenmehrheit, wobei die Stimmenzahl jeder Gewerkschaft gewöhnlich nach ihrer Mitgliederzahl bemessen wird.

Die laufenden Geschäfte beider Gewerkschaftsverbände werden von einem Vorsitzenden und einem Hauptkassierer geführt. Vorsitzender der AFL ist William Green, ein ehemaliger Bergarbeiter. Er leitet den Gewerkschaftsverband seit dem Tode Samuel Gompers, des ersten Vorsitzenden der AFL, der im Jahre 1924 starb. Hauptkassierer der AFL ist George Meany, ein ehemaliger Klempner. Seit 1940 ist Philip Murray Vorsitzender des CIO und gleichzeitig auch Vorsitzender der Vereinigten Stahlarbeitergewerkschaft. Sein Hauptkassierer ist James B. Carey, der, als er noch Mechaniker in einer Radiofabrik war, führend an der Organisation einer Gewerkschaft der Radiomechaniker und Elektriker beteiligt war.

Neben dem Vorsitzenden und dem Hauptkassierer wählen der CIO und die AFL jährlich einen Exekutivrat oder -ausschuß, der aus den Vertretern der angeschlossenen Gewerkschaften besteht. Diese Organe sorgen für die Ausführung der auf dem Jahreskongreß gefaßten Beschlüsse und entscheiden über Fragen der Gewerkschaftspolitik, die sich im Verlaufe des Jahres ergeben.

Sowohl die AFL als auch der CIO sind in Stadt- und Ortsverbände gegliedert, in denen die einzelnen Gewerkschaften zusammengefaßt sind. Beispielsweise treffen die einzelnen AFL-

Gewerkschaften New Yorks und Chikagos in eigenen Ortszentralausschüssen zusammen, um gemeinsam örtliche Probleme und Maßnahmen zu diskutieren. Ähnliche Organisationen gibt es auch im einzelstaatlichen Rahmen, unter anderem für Massachusetts, Florida, Ohio und Kalifornien. Diese AFL- und CIO-Ausschüsse beschäftigen sich mit allen Fragen, die mit der Tätigkeit ihres Gewerkschaftsverbandes innerhalb des betreffenden Einzelstaates zusammenhängen. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben ist es, für die Verabschiedung einzelstaatlicher Gesetze zur Schaffung günstiger Arbeitsbedingungen für die Gewerkschafter einzutreten.

Die verschiedenen amerikanischen Gewerkschaften auf Bundesbasis (Nationalgewerkschaften) werden häufig in „Facharbeiter-" einerseits und „Industriegewerkschaften" andererseits eingeteilt. Es gibt heute aber nur wenige amerikanische Gewerkschaften, die eindeutig in eine dieser beiden Kategorien passen. Es wäre besser, die einen als „Vereinigte" oder „Multi"-Gewerkschaften zu bezeichnen, denn sie umfassen gewöhnlich zwei oder mehr Fach- oder Teilfacharbeitergruppen. Die anderen Gewerkschaften aber könnten mit mehr Berechtigung „halbindustrielle" genannt werden, denn obgleich sie zuweilen alle Fertigungsarbeiter einer Industrie zu ihren Mitgliedern zählen, sind gewisse technische Arbeitergruppen, Büroangestellte und das Instandhaltungspersonal von der Mitgliedschaft ausgeschlossen. Im allgemeinen nähern sich die meisten AFL-Gewerkschaften dem Facharbeiter- oder Multi-Typ (z. B. die Gewerkschaften der Metalldrucker, der Münzpräger und Graveure und die Bruderschaft der Maler, Dekorateure und Tapezierer). Innerhalb der CIO finden sich dagegen vorwiegend Industriegewerkschaften (z. B. die Gewerkschaften der Vereinigten Stahlarbeiter, der Vereinigten Automobil-, Flugzeug- und Landmaschinenarbeiter und die der Transport- und Verkehrsarbeiter).

Auch wenn sich eine Gewerkschaft dem CIO oder der AFL angeschlossen hat, bleibt sie weiter unabhängig. So entscheidet jede Gewerkschaft selbstverantwortlich über die Taktik, die sie bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern einschlagen will, und behält die alleinige Kontrolle über ihre Finanzen. Ferner wählt

sie ihre eigenen Vertreter und hält regelmäßig eigene Kongresse ab. Kürzlich angestellte Erhebungen ergaben, daß von 196 Nationalgewerkschaften 57 jährlich Kongresse abhielten, während 72 nur alle zwei Jahre zusammenkamen.

Nur wenige Gewerkschaften haben annähernd eine Million Mitglieder, verschiedene überschreiten die Halbmillionengrenze. Hierher gehören die Gewerkschaften der „Teamster", das heißt Lastwagenfahrer, und der Zimmerleute, die beide der AFL angehören; ferner die Gewerkschaften der Automobil- und Stahlarbeiter, die im CIO organisiert sind, außerdem die unabhängigen Gewerkschaften der Kohlengrubenarbeiter und der Maschinisten. Ungefähr die Hälfte aller Nationalgewerkschaften haben zwischen 10 000 und 100 000 Mitglieder.

Die augenblickliche Gesamtmitgliederzahl der Gewerkschaften beträgt über 15 Millionen, das sind fünfmal soviel Mitglieder als im Jahre 1930, als die Wirtschaftskrise eine allgemeine Arbeitslosigkeit verursacht hatte. Zu dieser Zeit steckte die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiter der Massenfertigungsindustrien noch in den Anfängen. Verglichen mit der amerikanischen Gesamtbevölkerung der Altersstufen über 21 Jahre war im Frühjahr 1948 jeder sechste Amerikaner Mitglied einer Gewerkschaft.

Die Tendenzen der Gewerkschaftspolitik in den letzten Jahren. Länger als ein Jahrhundert vollzog sich die Entwicklung der amerikanischen Gewerkschaften ohne besonderen Schutz ihrer Interessen durch die bundesstaatliche Gesetzgebung. Abgesehen von gewissen Bestimmungen für Seeleute und Eisenbahnarbeiter und dem Norris-La-Guardia-Gesetz aus dem Jahre 1932, das dem Vorgehen mit gerichtlichen Verfügungen gegen die Gewerkschaften ein Ende bereitete, hat der Kongreß keine gesetzgeberischen Schritte unternommen, die sich speziell und ausschließlich mit den Problemen der Gewerkschaften beschäftigen. Die wesentliche Änderung brachte erst das Arbeitsschutzgesetz aus dem Jahre 1935. Dieses Gesetz, häufig nach seinem Urheber, dem Senator des Staates New York, Robert F. Wagner, „Wagner-Gesetz" genannt, wurde allgemein als das „Gesetz der Rechte" oder die „Magna-Charta" der Arbeiter gefeiert. Dieses Gesetz garantierte den Arbeitern

das Recht, sich zu organisieren und mit ihren Arbeitgebern Kollektivverhandlungen zu führen. Es enthält den Satz „Arbeiter haben das Recht, sich zusammenzuschließen, Arbeitnehmerorganisationen zu bilden, ihnen beizutreten und sie zu unterstützen, durch selbstgewählte Vertreter Kollektivverhandlungen zu führen und zum Zwecke kollektiver Verhandlungen oder zu anderweitigen Hilfs- und Schutzaktionen gemeinsam vereinbarte Maßnahmen zu ergreifen".

Um die Rechte der Arbeiter auch anderweitig zu schützen, verbot das Wagner-Gesetz den Arbeitgebern gewisse gewerkschaftsfeindliche Schritte, die sogenannte „unfaire Arbeitspolitik". Danach konnte kein Arbeitgeber seinen Arbeitern mehr mit Entlassung drohen, um sie vom Eintritt in eine Gewerkschaft abzuhalten. Es war ihm auch untersagt, Gewerkschaftsversammlungen kontrollieren zu lassen. Kein Unternehmer durfte eine Gewerkschaft gegen die andere ausspielen oder eine Scheingewerkschaft unter der Kontrolle seiner Firma gründen oder unterhalten. Das Wagner-Gesetz sah außerdem die Bildung eines Bundesausschusses für Arbeiterfragen vor, der befugt ist, Arbeiterwahlen abzuhalten, um festzustellen, welche Gewerkschaft die Arbeitnehmer bei Kollektivverhandlungen mit ihrem jeweiligen Arbeitgeber vertreten soll.

Unter dem Schutze des Wagner-Gesetzes wuchsen die amerikanischen Gewerkschaften rasch, und erstmalig wurden auch die Arbeiter der großen Massenfertigungsindustrien gewerkschaftlich organisiert.

Die im Jahre 1947 unternommene Revision des Arbeiterschutzgesetzes von 1935 hatte zur Folge, daß den Gewerkschaften gewisse Maßnahmen untersagt wurden und ihre Aktivität auch in anderer Hinsicht beschränkt wurde. Obwohl sich Arbeiter und Gewerkschaften heftig dagegen wehrten, trat das „Gesetz zur Regelung der Beziehung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern", auch Taft-Hartley-Gesetz genannt, im Jahre 1947 in Kraft. (Näheres über dieses Gesetz und die Wahlen von 1948 siehe die Bemerkung auf Seite 119.) In Amerika ist man über dieses Gesetz sehr geteilter Meinung. Die einen, die es für notwendig halten, behaupten, daß die Gewerkschaftsbewegung eine zu große Macht darstelle und

ihre Tätigkeit deshalb teilweise verboten oder eingeschränkt werden müsse. Die anderen wenden dagegen ein, daß das neue Gesetz die Rechte der organisierten Arbeiterschaft in ungerechtfertigter Weise schmälert.

Das Taft-Hartley-Gesetz enthält eine Aufzählung verschiedener Maßnahmen, die als „unfaire Arbeitspolitik" angesehen werden und die die Gewerkschaften in Zukunft nicht anwenden können, ohne sich strafbar zu machen. Damit gilt nun für beide Teile eine Liste unkorrekter Maßnahmen, deren Anwendung sie in ihren Beziehungen zueinander vermeiden müssen. Als „unfaire Arbeitspolitik" des Arbeitgebers wird angesehen, wenn er:

1. das Recht der Arbeiter, eine Gewerkschaft zu bilden und Kollektivverhandlungen zu führen, durch Beeinflussung oder Zwang beschränkt;
2. versucht, eine Gewerkschaft zu beherrschen, besonders zu unterstützen oder sich in ihre Tätigkeit einzumischen;
3. Unterschiede bei der Einstellung der Arbeitnehmer macht, um auf diese Weise das Anwachsen einer bestimmten Gewerkschaft zu fördern oder zu verhindern;
4. einen Arbeiter entläßt, der ihn wegen einer Arbeitsvertragsverletzung angezeigt oder bei der Verhandlung einer Arbeitsstreitigkeit gegen ihn ausgesagt hat;
5. es ablehnt, offen mit der von seinen Arbeitnehmern rechtmäßig gewählten Gewerkschaft zu verhandeln.

Als „unfaire Arbeitspolitik" der Gewerkschaften gilt, wenn diese:

1. die Arbeitnehmer zwingen oder daran hindern, einer Gewerkschaft beizutreten;
2. die Entlassung eines organisierten Arbeiters aus dem Arbeitsverhältnis zu erwirken versuchen. Die Gewerkschaften dürfen dies nur tun, wenn der Arbeiter die Mitgliedsbeiträge der Gewerkschaft nicht bezahlt, sofern die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft Vorbedingung für die Beschäftigung in einem Betriebe ist;
3. es ablehnen, offen mit dem Arbeitgeber in Kollektivverhandlungen einzutreten;

4. mittelbaren Boykott betreiben oder die Arbeit wegen eines innergewerkschaftlichen Kompetenzstreites niederlegen. Ferner, wenn sie einen Arbeitgeber zur Anerkennung einer bestimmten Gewerkschaft zwingen, obgleich bereits eine andere Gewerkschaft Kollektivverhandlungen im Auftrag der Beschäftigten des Arbeitgebers führt;

5. übermäßige Aufnahmegebühren fordern, um damit den Beitritt neuer Mitglieder unmöglich zu machen;

6. einen Arbeitgeber zwingen, Gewerkschaften oder ihre Mitglieder für nicht geleistete Arbeit oder für nicht angestellte Arbeiter zu bezahlen.

Arbeitgeber und Gewerkschaften können Beschwerden an den Bundesausschuß für Arbeiterfragen richten. Der Ausschuß prüft die Beschwerden und unternimmt geeignete Schritte, um das unfaire Verhalten der beanstandeten Partei zu unterbinden und, wenn nötig, Strafmaßnahmen einzuleiten.

Bevor jedoch der Bundesausschuß über eine von einer Gewerkschaft eingebrachte Beschwerde wegen unfairen Verhaltens eines Arbeitgebers entscheidet, muß die Gewerkschaft gewisse Unterlagen über ihre Organisation vorgelegt haben. Die Gewerkschaft muß die Namen ihrer Funktionäre angeben, ferner das System ihrer Ernennung oder Wahl, die Höhe der Mitglieds- und Aufnahmebeiträge, Bedingungen und Beschränkung der Aufnahme u. a. m. Sie muß jährlich einen Finanzbericht an alle ihre Mitglieder ausgeben und eine Abschrift des Berichtes der Regierung einreichen. Außerdem muß jeder Funktionär eine Erklärung unterzeichnen, die besagt, daß „er kein Mitglied der Kommunistischen Partei ist oder mit dieser Partei in Verbindung steht; daß er nicht die Ideen einer Organisation vertritt, die gewaltsam oder durch andere illegale oder verfassungswidrige Methoden den Sturz der amerikanischen Regierung plant, und daß er auch kein Mitglied einer solchen Organisation ist oder sie irgendwie unterstützt".

Eine andere Vorschrift des Gesetzes verbietet das geschlossene Betriebssystem (closed shop system), das heißt, der Arbeitgeber darf nicht ausschließlich Mitglieder einer Gewerkschaft anstellen. Viele Jahre hindurch herrschte das System des „geschlossenen Betriebes" in zahlreichen Industriezweigen

vor, insbesondere bei Bauunternehmen, Druckereien, Bäckereien und bei den Lastwagenfahrern. Das Gesetz gestattet jedoch den Arbeitgebern, gewerkschaftlich nicht organisierte Arbeiter einzustellen und sie zu verpflichten, der Gewerkschaft innerhalb einer bestimmten Frist beizutreten. (Gewerkschaftliches Betriebssystem — Union shop system). Den in dem Unternehmen beschäftigten Arbeitern steht das Recht zu, über die Frage, ob sie ein solches gewerkschaftliches Betriebssystem haben wollen oder nicht, durch Wahl zu entscheiden. Die Wahlen hierzu werden vom Bundesausschuß für Arbeiterfragen durchgeführt. Während der ersten sechs Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes wickelte der Ausschuß allein 3200 „gewerkschaftliches Betriebssystem"-Wahlen ab. In fast allen Fällen (99 Prozent) erteilten die Arbeiter der Gewerkschaft den Auftrag, in ihren Verhandlungen mit dem Unternehmer ein „gewerkschaftliches Betriebssystem" anzustreben. Die Gewerkschaftsführer sehen in diesen Ergebnissen einen Beweis des in ihre Organisation gesetzten Vertrauens und den einmütigen Wunsch der Arbeiter, diese Garantie sozialer Sicherheit beizubehalten.

Dies sind in Kürze die gesetzlichen Erfordernisse, die Unternehmer und Gewerkschaften in ihren wechselseitigen Beziehungen beachten müssen.

Es muß aber betont werden, daß es den amerikanischen Arbeitern nicht untersagt ist, in Streik zu treten, um damit eine Verbesserung ihrer Löhne oder Arbeitsbedingungen zu erzwingen. Die Gewerkschaften sehen in dem Streikrecht den Ausdruck jener Rechtsgarantie der amerikanischen Verfassung, die jede unfreiwillige Arbeit unter Verbot stellt. Kein Mensch soll gegen seinen Willen arbeiten.

Das Gesetz zur Regelung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und -nehmern enthält gewisse Beschränkungen des Streik- und Aussperrungsrechtes. Beispielsweise verbietet es Streiks, die den Unternehmer zwingen sollen, seine Geschäftsbeziehungen zu einem anderen Unternehmer abzubrechen (mittelbarer Boykott). Gegen Übertretung dieses Verbotes kann der Unternehmer mit einer Schadenersatzklage vorgehen.

Das Gesetz bestimmt weiterhin, daß beide an einem Kollek-

tivvertrag beteiligten Parteien eine 60tägige Kündigungsfrist einhalten müssen, wenn sie den Vertrag kündigen oder abändern wollen. Während dieser Zeit sind sie nicht befugt, von den Bestimmungen des Vertrages abzuweichen, es sei denn, daß darüber gegenseitiges Einverständnis herrscht. Das Gesetz verbietet außerdem jeden Streik von Regierungsangestellten als ungesetzlich.

Für Arbeitsstreitigkeiten oder Streiks, die das Wohl der Allgemeinheit oder die nationale Sicherheit gefährden, gelten besondere gesetzliche Vorschriften. .Wenn beispielsweise die Arbeiter sämtlicher amerikanischer Kohlenbergwerke in den Ausstand treten oder dies zu tun beabsichtigen, kann der Präsident der Vereinigten Staaten einen Ausschuß einberufen, der die Umstände des Streiks untersucht. Auf Grund des Berichtes, den ihm der Ausschuß unterbreitet, kann er dann eine gerichtliche einstweilige Verfügung beantragen, die den Streik oder seine Weiterführung für die nächsten 80 Tage verbietet. Während dieser „Abkühlungs"- oder Warteperiode müssen Verhandlungen zur Beilegung des Streiks aufgenommen werden. Wenn innerhalb von 60 Tagen kein freiwilliges Übereinkommen erzielt werden kann, erhalten die Arbeitnehmer Gelegenheit, sich in geheimer Wahl zu entscheiden, ob sie das letzte Angebot ihres Arbeitgebers annehmen wollen. Sollte auch diese Maßnahme erfolglos bleiben, dann sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer in keiner Weise mehr an Streik und Ausschließung gehindert. Für die Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten gibt es also kein zwangsweises staatliches Schlichtungsverfahren. Streiks sind aber in den Schlüsselindustrien wie in den kleinen Fertigungsbetrieben stets Ausnahmen und keinesfalls die Regel, wenn es darum geht, Unstimmigkeiten zwischen Arbeitgebern und -nehmern zu bereinigen. Gewerkschaften und Arbeitgeber wollen im Grunde jede Arbeitsunterbrechung, die doch nur ihr Einkommen verringert und ihre Kauf- oder Verkaufskraft beschränkt, so lange vermeiden, wie es noch andere Wege zur Beilegung des Streites gibt.

Die Bundesregierung unterhält in allen Teilen des Landes einen großen Stab von Schlichtern, die den Gewerkschaften und Arbeitgebern bei der streiklosen Erledigung ihrer Differen-

zen helfen. Diesen Schlichtern und Vermittlern gelingt es gewöhnlich, neun von zehn Arbeitsstreitigkeiten auf dem Verhandlungswege beizulegen, wenn ihre Hilfe vor Beginn eines Streiks oder einer Aussperrung angerufen wird. Zahlreiche Staaten unterhalten einen eigenen Vermittlungs- und Schlichtungsdienst für die Erledigung örtlicher Arbeitsstreitigkeiten.

Die Mehrzahl aller Arbeitsstreitigkeiten kann durch korrekt geführte Kollektivverhandlungen zwischen beiden Parteien bereinigt werden. Zuweilen geschieht dies durch Vermittlung Dritter oder durch freiwilligen Schiedsspruch. Beispielsweise gab es im Jahre 1947 in Amerika etwa 3700 Streiks und Ausschließungen. Ungefähr das Dreifache an Streitfällen konnte ohne Produktionsunterbrechung von den Schlichtern der Bundesregierung beigelegt werden. Tausende kleinerer Unstimmigkeiten wurden von den staatlichen oder örtlichen Schlichtungsbehörden streiklos beigelegt.

Die größte Bedeutung aber erlangt die Tatsache, daß in Zehntausenden von Fällen die Bereinigung der Differenzen ohne Unterstützung der Regierung, allein durch Verhandlungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, möglich war. Diese am Verhandlungstisch erzielten Erfolge beweisen die Tragweite einer Erklärung, die kürzlich der Vorsitzende des Bundesausschusses für Arbeiterfragen machte: „Die freien Kollektivverhandlungen zwischen gleichberechtigten Parteien sind unsere große Hoffnung, vielleicht unsere letzte große Hoffnung, die industrielle Zivilisation des 20. Jahrhunderts doch noch vor dem Abgrund totalitären Denkens zu retten — gleichgültig, ob die Gefahr von der politischen Rechten oder Linken droht."

Die Arbeit der Gewerkschaften. Die amerikanischen Gewerkschaften haben dynamischen Charakter. Täglich nehmen sie neue Mitglieder auf, verhandeln mit den Arbeitgebern und suchen nach Mitteln und Wegen, den Lebensstandard der von ihnen vertretenen Arbeiter zu erhöhen. Sie sind demokratische, politisch interessierte Vereinigungen.

Obwohl der amerikanische Arbeiter an revolutionären Gedankensystemen kaum interessiert ist, hat er doch bewiesen, daß er für die Interessen seiner Gewerkschaft, für die Arbeiterschaft und für die Vertiefung und Ausbreitung der prak-

tischen Demokratie zu kämpfen versteht. Die zahlreichen Emigranten, die den Gewerkschaften beitraten und häufig in führende Stellungen aufrückten (z. B. Samuel Gompers und Philip Murray), haben außerordentlich zur Förderung der internationalen Beziehungen der amerikanischen Gewerkschaften und des amerikanischen Volkes beigetragen. In den letzten Jahren und besonders seit Kriegsende haben die amerikanischen Arbeiter ein ungewöhnliches Interesse an der internationalen Zusammenarbeit innerhalb der Gewerkschaftsbewegung gezeigt, und sie haben auch alle auf den Wiederaufbau gerichteten Maßnahmen, wie beispielsweise den Marshallplan, tatkräftig unterstützt.

Der amerikanische Arbeiter hat sich auch durch seine Gewerkschaften mit Rat und Tat an der Neuerrichtung des Gewerkschaftslebens in anderen Ländern beteiligt. Die meisten Arbeiter und Gewerkschaften Amerikas ziehen jederzeit bedenkenlos gegen Ungerechtigkeit und Unduldsamkeit zu Felde. Sie wenden sich scharf gegen jede Benachteiligung von Menschen auf Grund ihrer Herkunft, ihrer Farbe oder ihres Glaubens. Mit wenigen Ausnahmen nehmen die Gewerkschaften jeden Arbeiter als Mitglied auf, dessen Beruf, Können oder Arbeitsverhältnis ihn für die Mitgliedschaft qualifizieren. Einige Gewerkschaftsführer sind Protestanten, andere sind Katholiken oder gehören der jüdischen Konfession an; einige wurden in Amerika geboren, andere im Ausland. Aber alle wurden von der breiten Schicht der arbeitenden Männer und Frauen in verantwortungsvolle Vertrauensstellungen gewählt.

Die Tätigkeit der amerikanischen Gewerkschaften ist vielfältig. Sie treten mit den Arbeitgebern in Kollektivverhandlungen, fordern die Arbeitnehmer auf, ihnen beizutreten, versuchen die Innenpolitik der Regierung im Sinne der Arbeiterschaft zu beeinflussen und die Wahl von Volksvertretern durchzusetzen, die ihre Interessen besser wahrnehmen sollen. Alle diese Formen gewerkschaftlicher Tätigkeit und viele andere werden von dem „Gesetz der Rechte“, einem Teilstück der amerikanischen Bundesverfassung, sowie durch ähnliche Bestimmungen der einzelstaatlichen Verfassungen, spezielle Gesetze und auch durch Gerichtsentscheidungen geschützt.

Dieser Rechtsschutz ermöglicht es den Gewerkschaften, ihre Meinung ungehindert öffentlich zu vertreten, ihre Zeitungen ohne Regierungszensur zu veröffentlichen, Versammlungen einzuberufen, die Regierung durch Eingaben zu ersuchen, Mißbräuche und Ungerechtigkeiten abzustellen.

Zeitweise wurden Gesetze erlassen, die den Gewerkschaften diese grundlegenden Rechte teilweise zu entziehen drohten. Die Gewerkschaften haben sich aber stets mit aller Macht gegen solche Maßnahmen gewehrt. Beispielsweise war es den Gewerkschaften auf Grund einer Bestimmung des Taft-Hartley-Gesetzes aus dem Jahre 1947 untersagt, die amerikanischen Bundeswahlen durch finanzielle Zuwendungen oder propagandistische Unterstützung zu beeinflussen. Daraufhin kündigten zahlreiche Gewerkschaften an, daß sie die Verfassungswidrigkeit dieser Gesetzesvorschrift vor Gericht beweisen würden. Sie bezeichneten das Gesetz als unzulässig, da es sie an der Verwendung ihres Vermögens zu politischen Zwecken hindere und ihren Zeitungen verbiete, über politische Probleme und Wahlkandidaten zu diskutieren. Das Bundesgericht, vor dem die Verhandlung stattfand, erkannte die Berechtigung der gewerkschaftlichen Klage an und entschied, daß die fragliche Gesetzesbestimmung gegen die in dem „Gesetz der Rechte" verkündeten Grundrechte der freien Meinungsäußerung, der freien Presse und der freien Versammlung verstoße. Der Fall wurde nunmehr zur endgültigen Entscheidung vor den Obersten amerikanischen Bundesgerichtshof gebracht.

Die oben erwähnte gesetzliche Vorschrift ist übrigens nicht die einzige Bestimmung des Gesetzes zur Regelung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern aus dem Jahre 1947, dessen Legalität von den Gewerkschaften angezweifelt wird. Die Gewerkschaften haben daher ihre Anstrengungen auf dem Gebiet der politischen Erziehung und Aktivität wesentlich verstärkt. Dies geht Hand in Hand mit dem wachsenden Interesse der Gewerkschaften an der Wahl von Volksvertretern, die besonderes Verständnis für die Arbeiterschaft bewiesen haben.

Im Jahre 1947 gründete die AFL anläßlich ihres Jahreskongresses die „Gewerkschaftsliga für politische Erziehung". Das

Gegenstück innerhalb des CIO ist das „Politische Aktions-Komitee". Die Hauptaufgabe beider Organisationen besteht darin, die Öffentlichkeit über die politischen Auffassungen der Gewerkschaften zu unterrichten und die Arbeiter zur Teilnahme an den Landes- und Gemeindewahlen aufzufordern. Die Gewerkschaften glauben, daß gewerkschaftsfreundliche Kandidaten bedeutend bessere Wahlaussichten haben, wenn jeder Arbeiter sein Wahlrecht ausnutzt.

Gewerkschaftsfreundliche Volksvertreter finden sich in jeder der beiden großen politischen Parteien — unter den Republikanern und den Demokraten. Es gibt keine besondere Arbeiterpartei in Amerika, und bisher haben AFL und CIO jeden Vorschlag zur Gründung einer dritten Partei entschieden abgelehnt. Die meisten Gewerkschaften folgen vielmehr noch immer ihrer traditionellen Taktik, nämlich ihre Freunde zu belohnen und ihre Feinde zu bekämpfen, gleichgültig, welcher Partei sie angehören.

Obwohl eine reine Arbeiterpartei niemals in größerem Umfang von den amerikanischen Arbeitern angestrebt oder gefördert wurde, haben sie dennoch stets aktiven Anteil an der Politik und der Regierung der Vereinigten Staaten genommen. Zahlreiche Gewerkschaftsvertreter gehören Kongreß- und Regierungsausschüssen bzw. -kommissionen an oder sind als Berater der Ministerien oder einzelstaatlichen Verwaltungsbehörden tätig. Sie nehmen an Parteikongressen und an der Entscheidung über Kandidatennominierungen teil. Nicht selten enthalten auch bei öffentlichen Wahlen die Listen beider Parteien die Namen bekannter Gewerkschaftsvertreter. Die Gewerkschaften als solche unterstützen die Wahl bestimmter Kandidaten und bekämpfen andere mit der gleichen Entschlossenheit, mit der sie auch für oder gegen ein bestimmtes Gesetz eintreten. Sie haben ihre eigenen Interessenvertreter im amerikanischen Kongreß und in den einzelstaatlichen gesetzgebenden Körperschaften.

Seit Jahren versucht die Kommunistische Partei, in zahlreichen Gewerkschaften Einfluß zu gewinnen, doch hat sie bisher nur sehr geringe Erfolge zu verzeichnen. Es gelang ihr weder, die Billigung der Gewerkschaften für ihre politische

Tätigkeit zu erreichen, noch konnte sie mehr als einen kleinen Bruchteil der Stimmen der Arbeiter für ihr Programm und ihre Kandidaten gewinnen. Diese ablehnende Haltung, die der amerikanische Arbeiter gegenüber dem Kommunismus an den Tag legt, hat ihre Ursache in der Abneigung, mit der man in Amerika totalitären Lehren begegnet, aber auch in der Überzeugung, daß der Kommunismus die Interessen der Sowjetunion vertritt.

Die Hauptaufgabe der Gewerkschaften liegt in der Vertretung der Arbeitnehmer in ihren Beziehungen zu den Arbeitgebern. Ein einzelner Arbeiter kann sich allein kaum wehren, wenn sein Arbeitgeber willkürlich seinen Lohn herabsetzt, ihn wegen einer unbedeutenden Verletzung der Arbeitsordnung entläßt oder es unterläßt, für angemessene Arbeitsbedingungen zu sorgen. Aus ihren Erfahrungen haben die Arbeiter gelernt, daß sie nur in ihrer Gesamtheit — in ihrer Geschlossenheit im Rahmen der Gewerkschaft — stark sind.

Es ist deshalb das wesentlichste Ziel der Gewerkschaften, den Arbeitern verbesserte Arbeitsbedingungen, erhöhten Lohn, kürzere Arbeitszeit und anständige Behandlung von seiten der Arbeitgeber zu erkämpfen. Der Weg zu diesen Verbesserungen führt über Kollektivverhandlungen, in denen sich die Gewerkschaften mit den Arbeitgebern am Konferenztisch über die Tarife und Bedingungen einigen, unter denen die Arbeiter arbeiten sollen. Das Ergebnis wird dann schriftlich festgelegt, und die getroffene Abmachung dient als Unterlage für einen Arbeitsvertrag, der gewöhnlich auf ein Jahr befristet ist.

Die Einrichtung der Kollektivverhandlungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ist fast so alt wie die Vereinigten Staaten selbst. Jahrzehntelang war sie jedoch nur in wenigen Industriezweigen zu finden und überdies anfangs nur Facharbeitern vorbehalten. Seit dem ersten Weltkrieg und besonders seit 1933 fand die Praxis der Kollektivverhandlung jedoch in die meisten Industriezweige und in alle Berufsgruppen Eingang.

Man schätzt, daß die Gesamtzahl aller zur Zeit bestehenden gewerkschaftlichen Abmachungen und Verträge die 100 000er-Grenze überschritten hat. Diese Übereinkommen folgen aller-

dings keinem bestimmten Muster; nicht einmal innerhalb eines einzelnen Industriezweiges werden sie nach einem einheitlichen Schema abgefaßt. Sie unterscheiden sich jeweils nach Gegenstand und Inhalt des Vertrages und nach der Art der Verhandlungsführung.

Die meisten dieser Übereinkommen werden zwischen einzelnen Arbeitgebern und Gewerkschaften entweder im Interesse der Gesamtbelegschaft oder zugunsten einer bestimmten Berufsgruppe innerhalb eines Unternehmens ausgehandelt. Außerdem gibt es Abkommen, die für viele tausend Arbeitnehmer gleichzeitig verbindlich sind und gewöhnlich von mehreren Gewerkschaften gemeinsam (hauptsächlich Facharbeiter- und „Misch"-Gewerkschaften) mit einem oder mehreren Arbeitgebern oder zwischen einer einzelnen Gewerkschaft und mehreren Arbeitgebern getroffen werden. Die große Anzahl der Kollektivverträge, die alle Arbeiter eines großen Industrieunternehmens mit zahlreichen verstreuten Einzelbetrieben einbeziehen, ist noch im Steigen begriffen, aber es gibt nur wenige Abkommen, die sich auf eine ganze Industrie oder eine ganze Facharbeitergruppe beziehen.

Das Amerikanische Amt für Arbeitsstatistik schätzte, daß im Jahre 1946 ungefähr 15 Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger unter den Bedingungen schriftlich fixierter Kollektivverträge arbeiteten. Für 70 Prozent aller Industriearbeiter bestanden Verträge, die zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgebern abgeschlossen waren; dagegen nur für 35 Prozent der in sonstigen Betrieben Beschäftigten. Die Arbeit in verschiedenen Industriezweigen, wie im Baugewerbe und Kohlenbergbau, in der Stahl-, Textil- und Glasindustrie sowie im Eisenbahntransportwesen ist fast ausschließlich kollektivvertraglich geregelt; andererseits gehören nur wenige Amerikaner, die in der Landwirtschaft, im Klein- und Großhandel, in den kosmetischen Salons usw. arbeiten, einer Gewerkschaft an.

Die meisten schriftlichen Abkommen enthalten Bestimmungen, die sich mehr oder weniger eingehend mit folgenden wichtigen Fragen befassen: Anerkennung der Gewerkschaft von seiten des Arbeitgebers; „gewerkschaftliches Betriebssystem" (Union shops) oder eine andere Garantie der Gewerkschafts-

Der vierjährige kostenlose Mittelschulunterricht ist gleichfalls sehr verbreitet. Es gibt auch ein ausgedehntes Netz von Universitäten, die unentgeltlich den Amerikanern aller Rassen zugänglich sind.

Oben: Einfamilienhäuser am Rand einer großen Stadt. Arbeiter können solche Häuser zu günstigen Bedingungen erwerben. — **Unten:** Ein Badezimmer dieser Art findet man in den meisten Arbeiterwohnungen.

rechte; Löhne, Arbeitszeit, Urlaub und Feiertage; Dienstalter (gewisse Rechte, die sich aus einem langjährigen Angestelltenverhältnis ergeben), Massenentlassungen, Wiedereinstellung, Gehaltsaufbesserungen, Gesundheits- und Sicherheitseinrichtungen, allgemeine Arbeitsbedingungen und Schlichtungsbestimmungen im Falle von Arbeitsstreitigkeiten.

Der größte Teil der Kollektivverträge hat eine bestimmte Laufzeit — gewöhnlich ein Jahr —, nach deren Ablauf das Abkommen im beiderseitigen Einverständnis automatisch verlängert oder nach weiteren Verhandlungen verändert werden kann. Einige Kontrakte enthalten Bestimmungen, die während der Vertragsdauer Zwischenverhandlungen über Lohnänderungen ermöglichen.

Folgende Beispiele sollen verdeutlichen, wie sich das Einkommen des amerikanischen Arbeiters auf Grund erfolgreicher Kollektivverhandlungen erhöht hat: Seit der vor zehn Jahren erfolgten Gründung des CIO erhöhten die Stahlarbeiter ihren durchschnittlichen Stundenlohn von 0,67 auf über 1,50 Dollar, das ist wesentlich mehr, als die Erhöhung der Lebenshaltungskosten ausmacht und entspricht ungefähr der erhöhten Produktionsleistung je Arbeiter. Die in einer AFL-Gewerkschaft zusammengefaßten Bauhilfsarbeiter erhöhten innerhalb von zehn Jahren ihren Stundenlohn von 0,69 auf 1,37 Dollar. Streckenarbeiter der Eisenbahn verdienen heute rund 1,00 Dollar je Stunde, das ist mehr als das Doppelte des Stundenlohnes, den sie vor zehn Jahren erhielten. Die meisten Arbeiter haben heute eine verkürzte Arbeitswoche und bezahlte Urlaubs- und Feiertage. Für viele Arbeiter beläuft sich dieser bezahlte Urlaub auf eine Woche oder zwei Wochen oder sogar noch längere Zeit.

Neben der Führung von Kollektivverhandlungen mit den Arbeitgebern und der Teilnahme am politischen Leben Amerikas üben die Gewerkschaften zahlreiche andere Tätigkeiten aus, die den amerikanischen Arbeitern zugute kommen. Viele amerikanische Gewerkschaften finanzieren mit ihren Mitteln umfassende Erziehungsprojekte; beispielsweise Fortbildungsschulen für Arbeiter, Ferienlager, die Herausgabe von Broschüren und die Herstellung von Filmen sind wichtige Teile

dieses Programms, das dem Arbeiter die Funktionen seiner Gewerkschaft, die Vorgänge in seiner Gemeinde und in seiner Regierung verständlich macht und ihm einen Einblick in den Bereich der Künste, der Musik und anderer kultureller Gebiete vermittelt. Die Gewerkschaften bemühen sich auch in zunehmendem Maße, ihre Mitglieder zur Mitarbeit an den verwaltungstechnischen Aufgaben, der Leitung und Organisation ihrer Gewerkschaft zu erziehen. Sie lehren Taktik und Wesen des Kollektivverhandlungsverfahrens und die Grundsätze der Volks- und Betriebswirtschaft. Die Gewerkschaften der Facharbeiter, beispielsweise die der Drucker, bemühen sich überdies, die technische Ausbildung der Lehrlinge und Mitglieder in eigenen Gewerkschaftsfachschulen zu fördern.

Eine der ersten Aufgaben, die die Gewerkschaften nach ihrer Gründung übernahmen, war die Leistung finanzieller Unterstützungen an die Familien kranker oder verstorbener Mitglieder. Diese brüderliche Hilfe wurde durch die Jahrzehnte beibehalten, und zahlreiche Gewerkschaften haben Millionenbeträge für diesen Zweck ausgegeben. In den letzten Jahren sind die Gewerkschaften sogar über den bisherigen Umfang der Leistungen hinausgegangen. Die Frage des Arbeitgeberanteiles an den Kranken- und Arbeitslosenversicherungsbeiträgen spielt heute bei jeder Kollektivverhandlung zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern eine wichtige Rolle. Zu diesen Leistungen gehören Pensionszahlungen, Lebensversicherungen, Unfall- und Krankenversicherung, Krankenhauspflege und ärztliche Betreuung. Ärzte und Spezialisten großer Kliniken stehen den Arbeitern und ihren Familien zur Verfügung, wann immer sie Hilfe brauchen. Man schätzt, daß augenblicklich mehr als 2,5 Millionen Arbeiter auf Grund von Kollektivverträgen in den Genuß dieser Einrichtungen und Leistungen kommen. Zahlreiche weitere Arbeiter werden dazu ausschließlich aus Mitteln der Gewerkschaften oder der Arbeitgeber unterstützt.

Fast alle Gewerkschaften geben eine offizielle Gewerkschaftszeitschrift oder -zeitung heraus, die sie regelmäßig ihren Mitgliedern zustellen. Diese Blätter berichten den Arbeitern über die Tätigkeit der Gewerkschaft, das Ergebnis der letzten Verhandlungen mit den Arbeitgebern und über die Maßnahmen

und Pläne der Gewerkschaften für die nächste Zukunft. Besondere Seiten dieser Zeitungen werden offengehalten für Berichte der Funktionäre, Briefe der Ortsverbände und angeschlossener Gewerkschaften, Meldungen über neue technische Entwicklungen auf dem Fachgebiet der Arbeiter und über die Fortschritte der Gewerkschaftsbewegung in aller Welt.

Beide Gewerkschaftsverbände, CIO und AFL, geben Wochen- und Monatsblätter heraus, ganz abgesehen von zahlreichen Broschüren aller Art. Einige der letzten Publikationen trugen beispielsweise folgende Titel: „Arbeit für Körperbehinderte durch Kollektivverhandlungen", „Das Programm der Gewerkschaften für eine Bundesbehörde für Arbeitslenkung", „Gewerkschaft und Gemeinde", „Wie organisiert man eine Gewerkschaftsversammlung?". Andere Broschüren oder Berichte unterrichten Arbeiterschaft und Verhandlungsbeauftragte der Gewerkschaft über die Entwicklung der Preis- und Lohnveränderungen. Diese Veröffentlichungen werden häufig von Wirtschaftswissenschaftlern abgefaßt, die im Dienst der großen Gewerkschaften arbeiten und ihrem ständigen Mitarbeiterstab angehören. Die meisten größeren Gewerkschaften unterhalten wissenschaftliche Forschungsabteilungen, die von Gewerkschaftsfunktionären geleitet werden. Sie befassen sich teilweise mit dem Entwurf offizieller Erklärungen und mit der Darlegung des Standpunktes der Gewerkschaften bei Kollektivverhandlungen sowie zum Erlaß und zur Durchführung bestimmter Gesetze.

Das Konsumgenossenschaftswesen erfreut sich zunehmender Beliebtheit bei Arbeitern und Gewerkschaften in Amerika. Der Hauptkassierer der AFL erklärte im April 1948, daß sich die Gewerkschaftsmitglieder, „bedrängt von den steigenden Lebenshaltungskosten, in Konsumgenossenschaften zusammenfinden, um auf diese Weise die erhöhten Preise zu bekämpfen". Zahlreiche Gewerkschaften förderten die Gründung von „co-op"-Geschäften und regten die Arbeiter dazu an, durch den Einkauf konservierter Lebensmittel und anderer Waren erhebliche Beträge einzusparen. In vielen Städten gründeten die Gewerkschaften Konsumgenossenschaftsräte, die das Interesse an

der Genossenschaftsbewegung fördern und für die Unterstützung der bereits bestehenden Konsumgeschäfte werben.

All diesen vielfachen Erscheinungsformen gewerkschaftlicher Tätigkeit — Kollektivverhandlungen, politische Aktivität, Arbeiterfortbildung und Genossenschaftswesen — liegt die Überzeugung zugrunde, daß es das gute Recht des amerikanischen Arbeiters ist, sich frei zu organisieren, sich frei zu entscheiden und seine Angelegenheit selbst in die Hand zu nehmen. Im gleichen Maße, in dem sich die amerikanische Industrie immer stärker ausdehnte, gingen die Arbeiter daran, ihre Gewerkschaften innerhalb des industriellen Systems zu einer starken, dauerhaften Einrichtung zu machen. Bei diesen Anstrengungen waren gelegentlich schwere Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern unvermeidlich, und empfindliche Lohn- und Produktionsausfälle waren die Folge. Gewerkschaften und Arbeitgeber haben zeitweilig beim Versuch, ihre Forderungen durchzusetzen, große Unvernunft und kompromißlose Unnachgiebigkeit gezeigt. Dessenungeachtet glauben beide Teile, daß es besser ist, frei zu sein und Fehler zu machen, als gegängelt zu werden und der Möglichkeit beraubt zu sein, selbst zu entscheiden und die Entscheidungen anderer anzufechten.

Zu dem Thema „Freier Mensch — freies Unternehmen" nahm der Vorsitzende der AFL wie folgt Stellung: „Ziele, Politik und Maßnahmen der Gewerkschaftsbewegung untermauern das Prinzip des freien Unternehmertums durch die Erhöhung der Kaufkraft und schaffen damit wesentliche Stabilisierungsfaktoren für einen anhaltenden Wohlstand. Die Gewerkschaften sind das Mittel für die Arbeiter, für ihre Wohlfahrt besser zu sorgen, als es dem einzelnen möglich wäre. Durch ihre Gewerkschaften sind die amerikanischen Arbeiter zum selbstdenkenden Element der freien Wirtschaft geworden. Die Gewerkschaften haben ihnen den Weg zum Wohlstand bereitet. Der weitere Fortschritt der Gewerkschaften hängt von ihrer Klugheit, ihrer Selbstdisziplin und ihrer Kraft ab. Genau wie die Arbeitgeber können sie durch eine kluge Gewerkschaftspolitik gewinnen; wenn sie aber zu unvernünftigen Mitteln greifen, haben sie ebensoviel zu verlieren."

Unter der Überschrift „Wenn wir zusammenhalten" betonte der Vorsitzende des CIO: „Als Amerikaner stelle ich über alles andere mein Recht, mich frei über dieses Land und seine Einrichtungen aussprechen und meine Wählerstimme für die Beseitigung der Übelstände verwenden zu können. Diese Rechte würden uns die Anhänger totalitärer Ideen entreißen . . . Ich glaube mit ganzem Herzen an das Prinzip des freien Unternehmertums, an die Tatkraft des einzelnen und an den schöpferischen Geist des amerikanischen Volkes. Ich glaube nicht daran, daß zur freien Wirtschaft das Recht gehört, die Öffentlichkeit zu hintergehen, nutzbringende Erfindungen geheimzuhalten oder die Arbeiter auszubeuten. Diese Dinge haben keinen Platz in unserem amerikanischen System . . . Ich verneine die barbarischen Auffassungen, daß der Wechsel von wirtschaftlicher Blüte und Krise Gottes Wille ist. Als Demokrat glaube ich, daß unsere stärkste Waffe gegen die totalitäre Gefahr ein gesundes und gerechtes Wirtschaftsgefüge ist."

Das 1947 erlassene „Gesetz zur Regelung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern" (siehe die Seiten 104 und 105), auch Taft-Hartley-Gesetz genannt, war einer der wesentlichsten Streitpunkte bei der Wahlkampagne für die Präsidentschaftswahlen 1948. Das Wahlergebnis machte die Notwendigkeit einer durchgreifenden Revision dieses Gesetzes deutlich, und Präsident Truman empfahl bereits im Januar 1949 in seiner ersten Botschaft an den Kongreß, das Gesetz aufzuheben und durch ein anderes zu ersetzen, das sich stärker an das „Arbeiterschutzgesetz", auch Wagner-Gesetz genannt, von 1935 anlehnt.

Bedeutsamer noch als die Bestimmungen eines Gesetzes, das zu einem gewissen Zeitpunkt die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern regelt, ist wohl die starke und unmittelbare Reaktion der amerikanischen gesetzgebenden Körperschaften auf den Willen des Volkes, der sich in öffentlichen Diskussionen und frei durchgeführten Wahlen offenbart.

Kapitel VIII

Der Weg der Freiheit

Das Wesen und die Grundlagen der bürgerlichen Freiheiten. Der Nachdruck, der in den Vereinigten Staaten auf die bürgerlichen Freiheiten gelegt wird, hängt von alters her mit der Anerkennung der Grundrechte und Grundpflichten des Einzelnen zusammen. Im VI. Kapitel dieser Arbeit wurde schon festgestellt, daß sich die frühen individualistischen Grundlinien des amerikanischen Volkes aus der Veranlagung, der Bildung und den inneren Beweggründen der Einwanderer ergaben, aber auch aus der Landschaft, in der sie sich niederließen. Die bürgerlichen Freiheiten waren also der unmittelbare Ausdruck der individualistischen Lebensform der ersten Siedler.

Auf diesen Rechten des einzelnen beharrten die Amerikaner im Verlaufe ihrer ganzen Geschichte, nicht ohne auch in Extreme zu verfallen, die eine wirksame Massenbewegung für den gemeinsamen Fortschritt verzögerten. Ausschlaggebend ist jedoch, daß die amerikanischen Menschen die Notwendigkeit gewisser grundlegender Menschenrechte überhaupt erkannten.

Diese Notwendigkeit ergibt sich aus zwei Gründen: Einmal sind jene Rechte die unerläßliche Voraussetzung für die Unantastbarkeit und das Selbstvertrauen des Individuums, zum anderen bilden sie die Grundlagen für die freiwillige und wirksame Mitarbeit des einzelnen Menschen an öffentlichen und privaten Gemeinschaftsbestrebungen. Die ausgleichende Kraft zwischen Rechten und Pflichten und zwischen den Interessen des einzelnen und denen der Gesamtheit bildet die im Jahre 1789 angenommene Verfassung der USA. In ihrer Präambel heißt es: „Wir, die Menschen der Vereinigten Staaten, haben diese Verfassung gewählt, um die allgemeine Wohlfahrt zu fördern und die Segnungen der Freiheit zu bewahren."

Als sich die gesellschaftliche Struktur der Vereinigten Staaten allmählich stärker komplizierte und eine größere gegenseitige Abhängigkeit zutage trat, beharrte man zwar weiter auf den Rechten und Pflichten des einzelnen, legte jedoch erhöhten Nachdruck auf die Verpflichtungen und auf die Förderung des Allgemeinwohls durch gemeinschaftliches Handeln.

Geschichtliche Marksteine. Dieses Kapitel befaßt sich hauptsächlich mit der Bedeutung der bürgerlichen Freiheiten und Pflichten für die Klasse der Arbeitnehmer und ähnliche soziologische Gruppen, ferner mit der Rolle, die diese Gruppen bei der Wahrung und Festigung jener Rechte und Pflichten gespielt haben. Es ist jedoch notwendig, zuvor auf einige allgemeine Marksteine in der Geschichte der bürgerlichen Freiheiten in den Vereinigten Staaten einzugehen.

Die Geschichte Amerikas beginnt mit der Besiedlung der Ostküste durch europäische Einwanderer. Diese kamen hauptsächlich aus England, Frankreich, Holland und aus Spanien. Das Regierungssystem der ersten Kolonien formte sich unter dem starken Einfluß englischer Siedler, wobei die mit der Vertretung der Siedler beauftragten Körperschaften der Souveränität des englischen Königs unterworfen waren. Als sich die Kolonien im Jahre 1776 von der englischen Krone lösten, fanden sie sich zu einem lockeren Staatenbund zusammen, aus dem dann im Jahre 1789 die föderative Union der Staaten hervorging.

Bis zum Jahre 1790 hatten alle dreizehn ursprünglichen Staaten die Bundesverfassung ratifiziert. Ständige Einwanderung und natürliche Vermehrung ließen die Bevölkerung jäh anwachsen und ihre allmähliche Ausbreitung führte zur Bildung weiterer Staaten. Unter der liberalen Politik der jungen republikanischen Regierung stießen die Züge der Pioniere und Siedler über die Appalachen vor und überwanden das Stromnetz des Mississippi. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts gründeten sie Vorposten weit im Westen an der Küste des Pazifischen Ozeans. Dort zogen sie eine neue Grenze, die sie nach Osten ausweiteten, bis diese sich zuletzt mit der nach Westen vorrückenden Grenzlinie in der Prärie und im Gebiet der Rocky Mountains vereinigte. Die Zahl der Staaten hatte sich inzwischen von 13 auf 48 erhöht, die in ihren verfassungsmäßigen

Befugnissen und Verpflichtungen den 13 ursprünglichen Staaten gleichgestellt waren. Arizona, das jüngste Mitglied des Staatenverbandes, wurde im Jahre 1912 als Mitgliedsstaat des Bundes anerkannt.

Viele der Marksteine in der Entwicklung der bürgerlichen Freiheiten ließen sich bereits vor der Annahme der Verfassung feststellen. Die erste, Virginia im Jahre 1606 gewährte Verfassung gestattete die Einberufung von Ratsversammlungen, aus denen sich dann später die gesetzgebenden Körperschaften der Volksvertretung entwickelten. Diese Charta sicherte allen Siedlern und ihren Kindern, die in den neuen Kolonien leben wollten, das Recht zu, „alle Freiheiten, Wahlrechte und Privilegien" englischer Untertanen zu genießen.

In den späteren Grundgesetzen Virginias, im Mayflower-Vertrag von 1620, in den Connecticuter Grundgesetzen von 1639 — die übrigens als die ersten schriftlich fixierten Verfassungen im modernen Sinne einer Beschränkung der Regierungsgewalt angesehen werden — ferner im Freiheitsgesetz von Massachusetts aus dem Jahre 1641 und in allen anderen Grundgesetzen der Kolonialregierungen finden sich schon die Grundzüge für das System der Volksvertretung und für jene bürgerlichen Freiheiten, die den im Jahre 1789 konstituierten Vereinigten Staaten das Gepräge geben sollten. Die frühe amerikanische Konzeption der Freiheit des Individuums und der Volksvertretung entsprang aber nicht nur englischen, sondern auch anderen europäischen Quellen, hauptsächlich dem Gedankengut Frankreichs und Hollands.

Die Unabhängigkeitserklärung von 1776 proklamierte „gewisse unabdingbare Rechte", so das Recht auf Leben, Freiheit und auf das Streben nach Glück. Die Deklaration bekannte sich ferner zu dem Grundsatz, daß die Regierungen der Staaten zum Schutz dieser Rechte „ihre gerechte Macht vom Einverständnis der Regierten" ableiten. Vor der Annahme der Verfassung wurde durch die Verordnungen der Jahre 1784, 1785 und 1787 das Fundament für die öffentlich-rechtliche Organisation der Staaten gelegt.

Diese Verordnungen verbrieften insbesondere das Recht zur Wahl der Gouverneure und der gesetzgebenden Körperschaften

für eine zeitlich begrenzte Amtszeit. Sowohl die Regierungen der einzelnen Staaten als auch die Bundesregierung wurden verpflichtet, sich an die bürgerrechtlichen Garantien und an die Grundsätze des Rechtsverfahrens zu halten, die in den Kolonien und den ursprünglichen Staaten vorgeherrscht hatten. Eine der wichtigsten Bestimmungen der Verordnung des Jahres 1785 übertrug den Staaten bundeseigenen Grundbesitz. Jeder 36. Morgen dieser Bundesländereien in den Einzelstaaten wurde auf diese Weise für die Unterstützung des öffentlichen Schulwesens verfügbar.

Die Verfassung des Jahres 1789 beruht auf dem Grundgedanken der Volksvertretung. Sie enthält zahlreiche Beschränkungen für die Regierungsmacht, die dazu bestimmt sind, die Grundfreiheiten des Individuums zu wahren. Diese Garantien erschienen jedoch als unzureichend, und eine der ersten Maßnahmen der verfassungsgemäß gebildeten Bundesregierung war die Abfassung der zehn Zusatzbestimmungen zur Verfassung. Diese Verfassungszusätze, zu denen auch das sogenannte „Gesetz der Rechte" gehört, wurden im Jahre 1791 angenommen. Sie stellen keine abstrakt philosophischen Erklärungen dar, sondern enthalten außerordentlich deutliche und praktische Anweisungen, wie die Macht der Regierung zugunsten der Erhaltung der bestehenden persönlichen Freiheiten zu beschränken ist.

Folgende Rechte und Freiheiten finden sich in der ursprünglichen Verfassung und in dem „Gesetz der Rechte":

1. Das Recht zu wählen und ein öffentliches Amt zu bekleiden;
2. Glaubensfreiheit;
3. Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit sowie die Freiheit, Gesuche an die Regierung zu richten;
4. Verbot von Gesetzen mit rückwirkender Kraft, Verbot der Aberkennung der staatsbürgerlichen Rechte;
5. Rechtsgarantien gegen mißbräuchliche Hochverratsverfahren;
6. das Recht, sich auf „Habeas Corpus (= habe Deinen Körper)" zu berufen, um einer Freiheitsstrafe zu entgehen,

die ohne öffentliches Verfahren und ausreichenden Beweis verhängt wurde;

7. das Recht auf ein Verfahren vor einem Geschworenengericht;
8. Schutz gegen ungerechtfertigte Haussuchungen und Beschlagnahmen und gegen die Erzwingung von Geständnissen;
9. Verbot von Todes-, Freiheits- oder Vermögensstrafen ohne vorheriges ordentliches Gerichtsverfahren;
10. Verbot der übermäßigen Bürgschaftsforderung und unverhältnismäßig hoher Geldstrafen; Verbot sonstiger ungewöhnlicher oder grausamer Strafen;
11. niemand darf für das gleiche Verbrechen zweimal vor Gericht gestellt werden.

Das „Gesetz der Rechte" des Jahres 1791 war dazu bestimmt, die bürgerlichen Freiheiten gegen Übergriffe der Bundesregierung zu schützen, doch war es auch den Regierungen der Einzelstaaten untersagt, die Garantien der bürgerlichen Freiheiten zu mißachten. In den Verfassungen aller amerikanischen Staaten finden sich ähnliche Bestimmungen über die Bürger- und Menschenrechte.

Die Beibehaltung der Sklaverei nach der Annahme der Verfassung schränkte die bürgerlichen Freiheiten allerdings auf einem Hauptbereich weitgehend ein. Die Verordnung des Jahres 1787 hatte bestimmt, daß in den aus bundeseigenem Landbesitz zu formenden Staaten weder Sklaverei noch Frondienst statthaft sein sollten; ausgenommen war nur die Bestrafung ordentlich verurteilter Verbrecher mit Zwangsarbeit. Im Norden wie im Süden des Landes traf die Sklaverei bei ihrer Einrichtung auf erheblichen Widerstand, und ihre Beibehaltung hängt mit dem jähen Anwachsen des Baumwollanbaues eng zusammen. Erst die Emanzipationserklärung des Präsidenten Lincoln aus dem Jahre 1863 und die nach dem Bürgerkrieg aufgenommenen Verfassungssätze brachten das Ende der Sklavenwirtschaft mit sich. Der 13. Zusatz ließ Sklaven- oder Zwangsarbeit nur als gesetzliche Kriminalstrafe zu. Der 14. Zusatz bestimmte, daß alle in den Vereinigten Staaten geborenen oder naturalisierten Personen, die der amerikani-

schen Gerichtsbarkeit unterworfen sind, die amerikanische Staatsangehörigkeit besitzen. Er verfügte ferner, daß kein Einzelstaat ein Gesetz erlassen oder auf dessen Einhaltung bestehen darf, das die Immunitäts- und Vorrechte eines Bürgers beschränkt oder eine Person des Lebens, der Freiheit oder des Vermögens ohne vorhergehendes ordentliches Gerichtsverfahren beraubt. Weiterhin wurden alle Gesetze für unzulässig erklärt, die einem Staatsangehörigen gleichen Rechtsschutz verweigern. Der 15. Zusatz bestimmte, daß das Wahlrecht der Bürger der Vereinigten Staaten nicht auf Grund ihrer Rasse oder Farbe oder auf Grund früheren Sklavenstandes beschränkt oder aufgehoben werden dürfe.

Überbrückung der Kluft zwischen Ideal und Wirklichkeit. Die Verfassungsgesetze, welche die Abschaffung der Sklaverei und die Ausweitung der bürgerlichen Freiheiten auf ehemalige Sklaven bezwecken, sind ein deutliches Beispiel für die begrenzte Wirkung gesetzlicher und verfassungsrechtlicher Bestimmungen. Die Freistellung der Negersklaven war nur ein Anfangsstadium in der Entwicklung von der Sklaverei zur politischen Gleichberechtigung. Die Probleme dieser Übergangszeit konnten natürlich nicht schlagartig gelöst werden, und der Rechtsschutz, der das Wahlrecht und die bürgerliche Gleichberechtigung garantieren soll, ist auch heute noch nicht uneingeschränkt wirksam. Dessenungeachtet zeigt die Geschichte der Neger in den Vereinigten Staaten seit ihrer Freistellung große Fortschritte bei der Beseitigung aller Beschränkungen und der Erlangung gleicher bürgerlicher und politischer Rechte. Inzwischen sind auch Neger zu Mitgliedern des Kongresses gewählt worden und bekleiden hohe Ämter bei Gericht, im Verwaltungsdienst und beim Militär. Der Zentralsekretär des Verbandes zur Förderung amerikanischer Farbiger hat einmal erklärt: „Die Negerbevölkerung hat allen Grund zu gerechtfertigten Vorwürfen gegen Amerika, denn es besteht eine erhebliche Kluft zwischen der Theorie und der Praxis der amerikanischen Demokratie. Doch diese Kluft schließt sich mehr und mehr.“ Auch die am weitesten verbreitete Negerzeitschrift der Vereinigten Staaten („Ebony“, September 1947) übersieht nicht den „Stachel des Rassenvorurteils“, den die Neger zu spüren

bekommen, versichert aber gleichzeitig, „Millionen anderer Menschen würden mit Freuden ihre Lebensbedingungen gegen die der amerikanischen Neger eintauschen. In der ganzen Welt kämpfen und sterben noch zahllose Menschen, um einen Bruchteil des Lebensstandards, der Rechte und der täglichen Lebensfreude zu erringen, die der amerikanische Neger jetzt schon sein eigen nennt". Der gleiche Artikel stellt fest, es müsse noch viel getan werden, um dem Neger seinen verdienten Anteil an dem amerikanischen Lebensstil zu geben, daß aber „die Segnungen, die die Neger empfangen, alle Härten weit aufwiegen, und daß die Zukunft die Hoffnung auf ein wahres demokratisches Amerika biete".

Der Kampf um die Überbrückung jener Kluft zwischen Versprechen und Verwirklichung der Demokratie beschränkt sich jedoch nicht nur auf die Negerbevölkerung. Zum Beispiel stand das Wahlrecht anfänglich nur den Männern zu, und verschiedene Rechte des Vermögenserwerbs, die Steuerpflicht und sogar die Religionswahl gehörten auch zum Reservat der Männer. Die entsprechenden Bestimmungen wurden in der Mitte des 19. Jahrhunderts weitgehend beseitigt. Den Anfang hierzu machten die demokratischeren westlichen Staaten, die darauf bedacht waren, Siedler anzuziehen. Der 15. Zusatz zur Bundesverfassung aus dem Jahre 1868 erweiterte das Wahlrecht auf die männlichen Neger. Allmählich wurde dieses Recht in zahlreichen Staaten auch den weißen und farbigen Frauen zugesprochen, und im Jahre 1920 dehnte der 19. Zusatz das Recht auf die Frauen aller Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung aus. Nur sieben Staaten haben die Wahlsteuer als eine Wahlvoraussetzung beibehalten, und heute haben fast alle erwachsenen Bürger der Vereinigten Staaten das Recht zu wählen. Die wenigen verbliebenen Beschränkungen betreffen Personen, die erst kurze Zeit am Wahlort leben, eine einfache Bildungsprüfung nicht bestanden oder an der der Wahl vorausgehenden Registrierung nicht teilnahmen.

Bevor das geheime Wahlsystem eingeführt wurde, waren Bedenken der Wähler und andere Einflüsse, die die freie Ausübung des Bürgerrechtes hemmten, wirklich freien Wahlen abträglich. Öffentliche und geheime Wahlen wurden allgemein

im späten 19. Jahrhundert eingeführt. Heute erhält jeder Wahlberechtigte einen gleichartigen und ungekennzeichneten Wahlzettel, den er in einer abgeschlossenen Zelle unter Ausschluß jeder Beobachtungsmöglichkeit ausfüllen kann. Vielfach werden mechanische Anlagen zur Auswertung des Wahlergebnisses verwendet. In allen Staaten ist das Zählen der Stimmen gesetzlich gegen Mißbrauch geschützt, und Wahlpropaganda in der Nähe der Wahllokale, Stimmenkauf, Wahlbedrohung, Wahlstörung und die Erforschung der Wahlabsichten mit Zwangsmitteln sind verboten.

Die freie und wirksame Ausübung des Wahlrechtes erfordert, daß der Wähler eine Anzahl Kandidaten und Programmpunkte vorfindet, unter denen er seine Entscheidung treffen kann. In den Vorwahlen oder Parteikongressen werden in den Vereinigten Staaten zuerst die Wahlkandidaten unter den nominierten Vertretern ermittelt. Obwohl sie in der Verfassung nicht vorgesehen sind, entwickelten sich die amerikanischen politischen Parteien schon in den ersten Jahren der Republik, und gewöhnlich warben zwei Parteien um die Gunst der Wahlberechtigten. Die Wahl der öffentlichen Vertreter aus der Reihe der nominierten Kandidaten bleibt der endgültigen Entscheidung der Wahlberechtigten überlassen. Übrigens ist eine Erweiterung der Wahlfunktionen des einzelnen Bürgers über diese Vertreterwahl hinaus zu bemerken. Die Wählerschaft kann sich zum Beispiel, insbesondere bei Wahlen innerhalb der Einzelstaaten und Gemeinden, durch allgemeine Stimmenabgabe über unmittelbar vorgetragene Fragen entscheiden. In einigen Staaten hat sie auch die Möglichkeit, öffentliche Probleme aufzurollen und gewählte Beamte vor Ablauf ihrer Amtsperiode abzusetzen, obgleich schon die Wahl auf beschränkte Zeit Gelegenheit zu häufigen Veränderungen gibt.

Die überlieferten amerikanischen Grundfreiheiten wurden im Jahre 1947 durch den vom Präsidenten berufenen Ausschuß für Bürgerrechte zusammengestellt. Sie gründen sich auf die Anerkennung der Einzelpersönlichkeit und umfassen:

1. das Recht auf Sicherheit der Person;
2. das Bürgerrecht und seine Vorrechte;

3. das Recht auf Gewissens- und Meinungsfreiheit;
4. das Recht auf die Gleichheit der Möglichkeiten.

Aufgabe des Ausschusses war es, den Bürgerrechten verstärkte Geltung zu verschaffen, und er betonte daher die noch bestehenden Mängel und Unzulänglichkeiten; diese aber sollten keineswegs „das wahre Ausmaß des Erfolges verdunkeln". Auch versäumte der Ausschuß nicht, die notwendigen Grenzen individueller Freiheit zu bestimmen, da die Rechte der Einzelpersönlichkeit niemals die Rechte anderer oder gar das Allgemeinwohl beeinträchtigen dürfen.

Die bisher erwähnten Grundpfeiler der Freiheit garantieren weitgehend politische Privilegien. Mit der Sklavenbefreiung und der allmählichen Gleichstellung der Neger gegenüber den anderen Bürgern und vor dem Gesetz erhielten diese politischen Freiheiten universale Geltung. Geringe Beschränkungen finden sich jedoch noch im Wahlsystem einzelner Staaten, insbesondere bei den Vorwahlen der politischen Parteien.

Die Grundfreiheiten gelten gleichermaßen auch für Ausländer, die in den Vereinigten Staaten wohnen, wenngleich gewisse politische Rechte, wie das Wahlrecht, nur in Amerika geborenen oder naturalisierten Personen vorbehalten ist.

In enger Beziehung zu den politischen Rechten und der Gleichheit vor dem Gesetz stehen die Freiheit der Berufswahl, die Freizügigkeit und das Verbot der Zwangsarbeit. Natürlich werden auch in den Vereinigten Staaten die Wahl des Berufes und des Wohnsitzes oder der Eintritt in ein Arbeitsverhältnis von Familie und Herkunft, von der persönlichen Eignung und den Interessen, von der Berufsausbildung und den örtlichen Arbeitsmöglichkeiten beeinflußt. Hierzu kommen in Kriegszeiten auch noch die Erfordernisse des nationalen Notstandes. Es gibt aber in den Vereinigten Staaten keine Gesetze, die eine Einschränkung der obenerwähnten Rechte darstellen. Keine Regierungs- oder Polizeivorschrift hemmt Berufs- und Arbeitsplatzwechsel oder Veränderungen des Wohnsitzes. Es gibt keine Zwangsarbeit, und jedermann kann von einem Berufe oder Industriezweig zu einem anderen überwechseln oder von der Lohnarbeit zu einer selbständigen Stellung übergehen. Er kann auch beides miteinander verbinden. Jedem Menschen

steht es frei, überall in den Vereinigten Staaten zu wohnen oder das Land zu verlassen und seine Staatsbürgerschaft entweder aufzugeben oder beizubehalten.

Mit der Befreiung der Sklaven wurden diese rechtlichen und politischen Freiheiten auf alle Bevölkerungsschichten ausgedehnt, allerdings werden auch heute noch viele benachteiligende Unterscheidungen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich gemacht. Daß die Neger aber auf dem Wege zur beruflichen und wirtschaftlichen Freizügigkeit außerordentliche Fortschritte gemacht haben, geht aus folgender Übersicht deutlich hervor, die entsprechende Verschiebungen zwischen April 1940 und April 1947 erfaßt. Dabei ist besonders der Übergang von landwirtschaftlicher Arbeit zu nichtlandwirtschaftlicher

SCHICHTUNG DER ARBEITENDEN NEGERBEVÖLKERUNG NACH BERUF UND GESCHLECHT APRIL 1940 UND APRIL 1947

Beschäftigung	Insgesamt %		Männer %		Frauen %	
	April 1940	April 1947	April 1940	April 1947	April 1940	April 1947
Gesamtzahl der beschäftigten Neger	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
in der Landwirtschaft	34.0	17.3	41.7	22.7	20.9	7.2
nicht in der Landwirtschaft . . .	66.0	82.7	58.3	77.3	79.1	92.8
Beschäftigt in der Landwirtschaft .	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Farmer, Farmverwalter	43.4	60.2	51.2	63.6	16.7	40.0
Landarbeiter	56.6	39.8	48.8	36.4	83.3	60.0
Nicht in der Landwirtschaft	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Industriearbeiter	19.5	30.2	29.1	37.8	7.3	18.6
davon { Meister, Vorarbeiter . .	4.2	4.9	7.6	8.0	[1]	[1]
davon { Gelernte Arbeiter . . .	15.3	25.3	21.5	29.8	7.3	18.6
Unternehmer, Betriebsleiter, unabhängige Berufe u. a.	5.5	6.0	5.2	6.0	5.9	6.2
davon { Unternehmer u. a. . . .	1.6	2.8	2.3	4.0	0.7	1.0
davon { Freie Berufe	3.9	3.2	2.9	2.0	5.2	5.2
Büroangestellte und verw. Berufe	2.3	4.9	2.9	4.7	1.5	5.2
Mit anderen Dienstleistungen Beschäftigte	52.2	39.6	26.7	20.4	84.6	69.0
davon { Hausangestellte	34.7	20.7	5.2	3.0	72.1	47.9
davon { andere	17.5	18.9	21.5	17.4	12.5	21.1
Hilfsarbeiter	20.5	19.3	36.1	31.1	0.7	1.0

[1]) Unter 0,05%. Quellenangabe: „Monthly Labor Review", Dezember 1947, Seite 664, nach Angaben des Amerikanischen Statistischen Amtes.

Beschäftigung beachtenswert, ferner die steigende Zahl von Farmern, Farmverwaltern, Bürokräften und Verkäufern im Einzelhandel.

Die bürgerlichen Freiheiten sind eng mit den geschichtlichen Traditionen der Vereinigten Staaten verwoben und wurzeln tief in den Überzeugungen des amerikanischen Volkes. Immer wieder wird die Öffentlichkeit auf die Unzulänglichkeit der amerikanischen Gesetze und insbesondere auf eine gewisse Regellosigkeit der Gesetzesanwendung aufmerksam gemacht. Als Beispiel hierfür mag nochmals der Bericht des vom Präsidenten der Vereinigten Staaten einberufenen Ausschusses angeführt werden. Der Bericht betont, daß es notwendig sei, mit unermüdlicher Wachsamkeit für die Erhaltung und Ausweitung der bürgerlichen Freiheiten zu sorgen.

Die Gewerkschaften als Bannerträger der bürgerlichen Freiheiten. Wenn die Amerikaner früherer Generationen von der Freiheit sprachen, benutzten sie die Terminologie des Individualismus. Zu jener Zeit war der Aufgabenbereich der Regierung äußerst beschränkt und erstreckte sich im wesentlichen auf reine Schutzmaßnahmen. Die für die bürgerlichen Freiheiten bedeutende Entwicklung steht darum im Zusammenhang mit der Erweiterung der positiven Kompetenzen der Regierung und dem Bestreben, die Rechte und Pflichten der Regierungsgewalt miteinander in Einklang zu bringen. Diese Entwicklung ging Hand in Hand mit dem Anwachsen der Städte und der Großindustrie und der immer größer werdenden gegenseitigen Abhängigkeit der verschiedenen Bevölkerungsschichten. Die amerikanischen Arbeiter und ihre Gewerkschaften hatten dabei einen wachsenden Anteil an der Erhaltung und Förderung der Bürgerrechte. Sie spielten eine bedeutende Rolle bei der Angleichung der traditionellen Freiheitsrechte an die sich stetig verändernden Wirtschaftsverhältnisse.

Der Einfluß der organisierten Arbeiterschaft auf die Wahrung und Erweiterung der bürgerlichen Freiheitsrechte läßt sich bis in die Anfänge unserer Geschichte zurückverfolgen. Schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts forderten die Arbeitergewerkschaften die Abschaffung des Census-Wahlsystems, bei dem das Wahlrecht vom Vermögen des Wählers

abhängig gemacht wurde. Als diese Einschränkung aufgehoben wurde, waren auch die arbeitenden Massen — mit Ausnahme der erst später gleichgestellten Sklaven — endlich wahlberechtigt. Gewisse frühe Gesetze und Gerichtsentscheidungen, die Arbeitgeber und Grundeigentümer zu begünstigen schienen, hatten zur Folge, daß die Gewerkschaften und andere Interessengemeinschaften mit vereinten Kräften dafür eintraten, daß gegenüber den Vermögensrechten mehr Nachdruck auf die Persönlichkeitsrechte gelegt werde. Diese Bewegung erzielte neben der Ausdehnung des Wahlrechtes auf die gesamte männliche Bevölkerung noch einige andere Reformen, unter anderem die Einführung der allgemeinen kostenfreien, durch Vermögenssteuern finanzierten Schulausbildung, das Klagerecht des Arbeiters zur Sicherung seiner Lohnzahlung, die Aufhebung der Schuldhaft und die Unpfändbarkeit der Löhne und des Werkzeugs eines verschuldeten Lohnempfängers.

Professor John R. Commons, ein hervorragender Kenner der Geschichte des Arbeiterstandes, hat die Bedeutung dieser und ähnlicher Reformen bestätigt. Er stellte fest, daß sich in der Mitte des 19. Jahrhunderts „eine neue Rechtsanschauung in den Vereinigten Staaten entwickelte, in der sich zum ersten Male in der modernen Welt aus dem Wahlrecht eine Vorherrschaft der Persönlichkeitsrechte über die Vermögensrechte ergab."

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts wirkte sich die Aktivität der Gewerkschaften verhältnismäßig weniger stark aus. Die wirtschaftliche Krise der vierziger Jahre hatte die Organisationen geschwächt; außerdem wurden sie durch die Verfolgung anderer Ziele von ihrer eigentlichen Tätigkeit abgelenkt. Hier sind gewisse Genossenschaftspläne zu nennen, unter anderem Robert Owens Projekt, ferner gewisse wirtschaftliche und politische Theorien, die europäische Flüchtlinge, insbesondere nach der Revolution von 1848, ins Land gebracht hatten. Auch das Sklavenproblem, der amerikanische Bürgerkrieg und die Kolonisationsbewegung im amerikanischen Westen beschäftigten die organisierte Arbeiterschaft. Während dieser Jahre verwandten die Gewerkschaften einen großen Teil ihres Einflusses auf die Freigabe unerschlossener Landstriche für die

kostenlose Nutzung durch Siedler. In dieser Zeit wurde auch die „Heimstatt"-Bewegung, eine praktisch unentgeltliche Verteilung des bundeseigenen Landbesitzes an Siedler und landsuchende Arbeiter, zu einem entscheidenden Faktor des amerikanischen Lebens. Dieses Recht auf kostenlosen Landerwerb wurde weitgehend ausgenutzt als eine Möglichkeit, von der Lohnarbeit zu wirtschaftlicher Selbständigkeit zu gelangen.

Nach dem Bürgerkrieg gaben größere Veränderungen — der rasche Ausbau des Eisenbahnnetzes, das Anwachsen der Städte und der Großindustrie und die verstärkte Einwanderung — den Gewerkschaften neuen Auftrieb, stellten sie aber gleichzeitig vor neue, sich auf das ganze Land erstreckende Probleme. All diese Umstände hatten die Entstehung zahlreicher „nationaler" Gewerkschaften zur Folge, die sich schließlich in der American Federation of Labor (AFL) zusammenschlossen. Anläßlich des ersten Nationalkongresses der Federation of Trades and Labor Unions (dem Vorgänger des Gewerkschaftsverbandes AFL) im Jahre 1881 verpflichteten sich die Gewerkschaften, für verschiedene Grundprinzipien und Ziele einzutreten, insbesondere für die Schulpflicht, die Abschaffung der „Kontrakt"arbeit von Sträflingen und die Aufhebung der die Tätigkeit der Gewerkschaften beschränkenden Konspirationsgesetze. In mehreren von späteren Jahreskongressen gefaßten Resolutionen und durch verschiedene andere Maßnahmen stützten und förderten der amerikanische Gewerkschaftsverband AFL sowie die ihm angeschlossenen Gewerkschaften und andere Arbeitergruppen die traditionellen Bürgerrechte und die Neuauslegung und Erweiterung ihres Inhalts. Der langjährige Präsident der AFL, Samuel Gompers, erklärte vor dem Kongreß des Jahres 1909: „Die Bemühungen der Gewerkschafter, das Volk zur Erkenntnis der unsere verfassungsmäßigen Freiheitsrechte bedrohenden Gefahr zu bringen, sind gewaltig. Sie werden in die Annalen unserer Geschichte eingehen als einer der großen Kreuzzüge für die Erhaltung und Förderung der Menschenrechte."

Überhaupt haben die Gewerkschaften in ihren Entschließungen und durch Maßnahmen, die sie bei besonderen Anlässen ergriffen, wiederholt sämtliche bestehenden bürgerlichen

Rechte und Freiheiten nachhaltig verteidigt. Es ist bezeichnend, daß es immer die Gewerkschaften waren, die eine später durchgeführte Reform als erste vorschlugen und verfochten. Beispiele hierfür sind das geheime Wahlsystem, das Frauenwahlrecht, das Streikrecht und die Befreiung der Gewerkschaften von der Behinderung durch die Konspirationsgesetze. Im folgenden findet sich eine unvollkommene Aufstellung all der Ziele, die von den Gewerkschaften energisch und zumeist auch erfolgreich angestrebt wurden:

1. Allgemeine Schulpflicht.
2. Redefreiheit.
3. Versammlungsfreiheit.
4. Pressefreiheit.
5. Freiheit der Filmvorführungen.
6. Freiheit der Radiosendungen.
7. Freiheit der Lehrer — keine Zensur der Schulbücher.
8. Lehrmittelfreiheit in öffentlichen Schulen.
9. Geheimes Wahlsystem.
10. Ausdehnung des Wahlrechtes auf die Frauen.
11. Wahl des Präsidenten der Vereinigten Staaten und der Senatoren mittels allgemeiner direkter Wahlen.
12. Nominierung der Parteikandidaten für öffentliche Ämter mittels allgemeiner direkter Vorwahlen.
13. Beschränkung der Ausgaben politischer Parteien durch entsprechende Vorschriften.
14. Gesetzliche Verankerung der Wahltage als Feiertage.
15. Möglichkeit der direkten Einflußnahme auf die Gesetzgebung mittels eigener Initiative und durch Volksentscheid.
16. Asylrecht für politische Flüchtlinge.
17. Verbot der Benachteiligung auf Grund des Bekenntnisses, der Rasse, des Geschlechts, der Staatsangehörigkeit oder der politischen Meinung.
18. Verbot der Zwangsarbeit.
19. Streikrecht.
20. Maßnahmen zur Beschränkung polizeilicher Eingriffe bei Arbeitsstreitigkeiten.
21. Bundesrechtlicher Schutz gegen die örtliche Verletzung gesetzlicher oder verfassungsmäßiger Rechte.

22. Gesetzliche Beschränkung der Anwendung gerichtlicher Verfügungen und Verbote in Arbeitsstreitigkeiten.
23. Organisationsfreiheit der Arbeiter, einschließlich des Rechtes, ihre Gewerkschaften zu kontrollieren.
24. Kollektivverhandlungen und die Anwendung demokratischer Prinzipien in der Industrie.

Das Zusammenschlußrecht der Arbeiter. In den Anfängen unserer Geschichte wurden die bürgerlichen Freiheiten als ein Mittel angesehen, die gegen das Individuum gerichtete Regierungstätigkeit einzuschränken. Wenig später aber standen die Arbeiter einer anderen problematischen Situation gegenüber, die sich immer dann ergab, wenn andere Personen, hauptsächlich die Arbeitgeber, ihre Freiheitsrechte zu beeinflussen versuchten. Eine geraume Zeit lang haben die Arbeitgeber für sich das uneingeschränkte Recht in Anspruch genommen, Arbeitnehmer anzustellen und zu entlassen. Wie konnten sie nun daran gehindert werden, einen Arbeiter zu entlassen — oder seine Einstellung abzulehnen —, weil er zum Beispiel einer Gewerkschaft angehörte oder weil seine Anschauungen nicht mit denen seines Arbeitgebers übereinstimmten?

Um einen Arbeitgeber daran zu hindern, die bürgerlichen Rechte seiner Arbeiter zu verletzen, bedienen sich die Gewerkschaften seit langem hauptsächlich zweier Methoden. Die eine besteht darin, die Regierung zum Schutze der Arbeitnehmerinteressen anzurufen. Die andere liegt in der Berufung auf Bestimmungen der Kollektivverträge, die die Befugnisse der Arbeitgeber beschränken. Einen außerordentlich wichtigen Schutz gegen die Benachteiligung eines Arbeiters auf Grund seiner politischen Tätigkeit bildet das geheime Wahlsystem. Durch die Ausübung ihrer politischen Rechte konnten sich die Gewerkschaften allmählich von den Hindernissen befreien, die ihrer Wirksamkeit im Wege standen. Für viele ihrer Aufgabengebiete konnten sie gesetzlichen Schutz erlangen. Die Konspirations-, Anti-Monopol- und Anti-Kartellgesetze durften nur bedingt gegen die Gewerkschaften angewendet werden. Zahlreiche andere Gesetze gaben einen unmittelbaren Schutz vor der Beeinflussung durch den Arbeitgeber. So verbot z. B. der Norris-La-Guardia-Act im Jahre 1932 jedem Arbeitgeber die

Beeinträchtigung des Rechtes seiner Arbeiter, einer Gewerkschaft beizutreten, eigene Interessenvertreter zu wählen und die Arbeitsbedingungen mittels Kollektivvertreter zu wählen und diese festzusetzen. Insbesondere machte es dieses Gesetz den Arbeitgebern unmöglich, gerichtliche Verfügungen des Bundesgerichtes oder polizeiliche Anordnungen ohne weiteres zur Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten zu erwirken. Ferner wurde den Arbeitgebern die Möglichkeit genommen, mit Hilfe der Gerichte einen Anstellungsvertrag durchzusetzen, dessen Bedingungen das Recht auf Eintritt in eine Gewerkschaft ausschließen. Spätere Gesetze, insbesondere das Gesetz zur Regelung der Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Jahres 1935, haben die allgemeinen Grundsätze der Aktionsfreiheit der Arbeiter beibehalten, darüber hinaus aber empfindliche Strafen für den Fall festgesetzt, daß ein Arbeiter wegen seiner Mitgliedschaft oder Tätigkeit in einer Gewerkschaft entlassen wird. Hierher gehören auch Wiedereinstellungszwang und Rückvergütungspflicht für die Zeitdauer der rechtswidrigen Entlassung.

Alle diese Maßnahmen bilden eine gesetzliche Sicherung, so daß die Beschäftigung eines Arbeiters nicht mehr von seiner Weltanschauung oder seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit abhängig ist. Eine andere wichtige Bestimmung, die gleichfalls die Macht des Arbeitgebers, Einstellungen nach eigenem Ermessen vorzunehmen, stark beschränkt, wurde in das Berufsausbildungs- und dienstgesetz des Jahres 1940 aufgenommen. Seither ist der Arbeitgeber gesetzlich verpflichtet, seine aus dem Wehrdienst zurückgekehrten Arbeiter wieder einzustellen.

Auch die Kollektivverträge, die zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern abgeschlossen werden, haben es den Arbeitgebern weitgehend unmöglich gemacht, die Bürgerrechte ihrer Arbeitnehmer abzuschwächen. Diese Verträge enthalten allgemein die Bestimmung, daß kein Arbeiter ohne triftigen Grund oder ohne daß ihm offiziell Gelegenheit zu seiner Rechtfertigung gegeben wurde, entlassen werden darf. Gewöhnlich sehen diese Abkommen einen Beschwerdeausschuß aus Vertretern der Gewerkschaft und der Betriebsleitung vor. Übrigens schützen auch die allgemeinen Bestimmungen der Gewerk-

schaftsabkommen über einheitliche Gewerkschaftszugehörigkeit der Betriebsbelegschaft und die Anstellung nur solcher Arbeiter, die der Gewerkschaft genehm sind, die Arbeiter vor willkürlicher Entlassung. (Weitere Einzelheiten über die Arbeitsgesetzgebung der letzten Jahre und über das Wesen der Kollektivverträge finden sich im VII. Kapitel.)

Alle Bestrebungen, die Persönlichkeitsrechte des Arbeiters durch gewerkschaftliche Zusammenschlüsse zu wahren, werden durch Entscheidungen des Obersten Bundesgerichtshofes unterstützt. Im Jahre 1936 entschied das Gericht zum Beispiel, der Kongreß schütze zu Recht die grundlegende Freiheit der Angestellten, sich zu organisieren, Vertreter zu wählen, Kollektivverträge abzuschließen oder sich in ähnlicher Weise zu betätigen, ohne Zwangsmaßnahmen oder Beeinträchtigungen durch den Arbeitgeber ausgesetzt zu sein. Die Berechtigung dieser Rechte, stellte der Gerichtshof fest, beruht auf der relativen Machtlosigkeit des einzelnen, einem Unvermögen, sich willkürlicher und unfairer Behandlung allein erfolgreich zu widersetzen, und der zu gleichberechtigten Verhandlungen mit seinem Arbeitgeber notwendigen Rückendeckung des Arbeitnehmers durch seine Gewerkschaft.

Das Recht des einzelnen und das Wohl der Gemeinschaft. Die Anpassung der persönlichen Freiheit an die Verhältnisse in der Großindustrie und an die modernen Gruppenbeziehungen erschöpfte sich nicht nur in der Beschränkung der wirtschaftlichen Machtstellung der Unternehmer gegenüber ihren Arbeitnehmern und im Schutze des Zusammenschlußrechtes der Arbeiter. Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, daß eine Regierung die verfassungsgemäßen „Segnungen der Freiheit" nur dann wirksam verteidigen kann, wenn sie gleichzeitig der Förderung der allgemeinen Wohlfahrt volle Aufmerksamkeit schenkt. Die Wahrnehmung der Interessen der Allgemeinheit ist bei der Auslegung der amerikanischen Verfassung niemals unberücksichtigt geblieben, hat aber im Laufe der Zeit neue Formen angenommen und zunehmende Bedeutung gewonnen.

Die Aufgaben der allgemeinen Wohlfahrt finden ihren Ausdruck in bundes- und einzelstaatlichen Gesetzen der letzten Zeit, in den zu ihrer Erfüllung von der Regierung getroffenen

Maßnahmen sowie in den Entscheidungen der Gerichte. Zum Teil wurde in den Kapiteln V bis VII näher auf diese Gesetzgebung eingegangen. Die amerikanischen Parteien sind mehr oder weniger alle für eine Erweiterung der Wohlfahrtsmaßnahmen eingetreten, und das amerikanische Volk hat sich für internationale Zusammenarbeit auf der Basis des Strebens nach politischer Freiheit und sozialer Wohlfahrt ausgesprochen. Es verpflichtete sich, den Grundsätzen freier Gewerkschaftstätigkeit und freier Regierungswahl und dem Prinzip der Gleichheit des Rechtes der Nationen und der Individuen immer treu zu bleiben. Es unterstützte die internationale Zusammenarbeit durch seine Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen und ihren Einrichtungen, wie z. B. in der Internationalen Arbeitsorganisation. Durch Abkommen und Institutionen, so durch die Pachtleihverträge, durch ECA und durch nichtamtliche Organisationen, wie CARE, hat das amerikanische Volk seine wirtschaftlichen Hilfsmittel mit anderen Staaten geteilt.

Wenn die Amerikaner auch nach den Grundsätzen der Gedanken-, Forschungs- und Redefreiheit leben und sie allgemein anerkennen, so gehen doch ihre Ansichten über Wirtschaftspolitik und das „ideale" Wirtschaftssystem erheblich auseinander. Schon in der Frühzeit der amerikanischen Geschichte gelangten volkswirtschaftliche Theorien, die auf Adam Smiths „System der natürlichen Freiheit" zurückgehen, nach Amerika und fanden weithin Anerkennung. Das Smithsche System verneinte sowohl alle durch Innungswesen und Monopolgesellschaften hervorgerufenen Wirtschaftsbeschränkungen als auch jede Einmischung des Staates in das Wirtschaftsleben überhaupt. Die amerikanischen Anhänger dieser Ideen waren der Meinung, daß das allgemeine Wohlergehen und die Interessen der Arbeiter und Arbeitgeber, der Produzenten und Verbraucher am besten durch den „automatischen Ausgleich" gewährleistet seien, der sich im Verfolg des freien Wettbewerbes aller Beteiligten einstellen würde. Diese vorherrschende Auffassung des wirtschaftlichen Liberalismus veränderte sich unter dem wachsenden Druck der Unvollkommenheiten, die dem System der reinen Privatwirtschaft, der freien Märkte und dem Prinzip des automatischen Ausgleichs anhaftet. Die Ideen Adam

Smiths galten nicht länger als „natürliche Gesetze". Die Privatwirtschaft wurde als unsozial und unzweckmäßig angegriffen, sie mußte dem Staat zahlreiche Kontrollrechte zubilligen. Trotzdem ist die gegenwärtige Organisation des Wirtschaftslebens nicht so stark an den Staat gebunden, daß eine oppositionelle Einstellung gegenüber dem herrschenden Wirtschaftssystem als Hochverrat angesehen würde. Die Regierung wirkt lediglich als ein über allem stehendes Organ, das zwischen den verschiedenen Ansichten und Interessen vermittelt, die sich im Zuge des freien Gedankenaustausches, der Forschungs- und Redefreiheit und der Freiheit des Zusammenschlusses herausbilden.

Die Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit wie auch ihre einzelnen Mitglieder haben sich Jahrzehnte hindurch immer öffentlich dafür eingesetzt, daß die Befugnisse des Staates über die Stellung eines Beschützers der bürgerlichen Freiheiten und Rechte hinaus erweitert würden. Immer standen die Gewerkschaften in der vordersten Front, wenn es darum ging, allgemeine Forderungen durchzusetzen, wie die Entschädigung des Arbeiters bei Betriebsunfällen, Unfallschutzgesetze und Werkinspektionen, die Festsetzung der Arbeitszeit, Mindestlohngesetze, Sozialversicherungen, staatsfinanzierter Wohnungsbau, öffentliche Dienste aller Art, die Erhaltung der natürlichen Rohstoffquellen und die Verantwortlichkeit der Allgemeinheit für die Aufrechterhaltung eines hohen Produktions- und Beschäftigungsstandes. Einige Gewerkschaften sind noch weiter gegangen und haben sich mehr oder weniger nachdrücklich für Investitionen der öffentlichen Hand und für die Sozialisierung der Betriebe eingesetzt. Sie anerkannten dabei jedoch stets abweichende Meinungen ihrer eigenen Mitglieder, und die Arbeiter haben sich ihr Recht, einer politischen Partei anzugehören und ihre persönliche Meinung zu vertreten, auch nie streitig machen lassen.

Die amerikanische Arbeiterschaft nahm auf diese Weise entscheidenden Anteil an der Evolution der Freiheit und des Liberalismus in den Vereinigten Staaten. Sie trug dazu bei, die traditionellen Freiheitsrechte des Individuums zu erhalten und wesentlich zu erweitern; sie trat wirkungsvoll für ein freies

Gewerkschaftsleben und freiwillige Gemeinbestrebungen ein; sie war auch Vorkämpferin der fortschrittlichen Ausweitung der Regierungsgewalt. Die Arbeiter haben darauf bestanden, daß alle Entscheidungen über wirtschaftliche oder andere Maßnahmen des Staates nur nach freiem Meinungsaustausch und freier Kritik getroffen werden dürfen und daß diese Entscheidungen allgemein anerkannt sein müssen, um gültig zu sein. Darüber hinaus kann auch jede zuvor gebilligte Maßnahme der Regierung auf dem gleichen Wege — freie Diskussion, Kritik, gemeinsamer Protest — umgestoßen und geändert werden. Bestehende Meinungsverschiedenheiten mögen dann und wann notwendige Veränderungen dieser Art hemmen oder nicht voll zur Wirkung kommen lassen. Aber es ist schließlich besser, wenn die endgültige Veränderung auf der Grundlage eines Kompromisses erfolgt, als daß sie sich durch einen auf die Meinungsfreiheit ausgeübten Zwang bemerkbar macht. Eine nach eigenem Ermessen entscheidende Autorität bietet keine zuverlässige Gewähr für wirkliche Förderung des Allgemeinwohls und für Weisheit und Dauerhaftigkeit ihrer Entschlüsse.

Die Wege und Einrichtungen, die zur Verwirklichung der Freiheit führen, weichen in jedem amerikanischen Staate ein wenig voneinander ab; Freiheit bedeutet eben eine besondere Lebensauffassung und einen besonderen Lebensstil. Die Arbeiter Amerikas haben diesen Lebensstil von ihren Vätern geerbt, sie haben ihn verteidigt, bereichert und entwickelt. Die Stellung, die sie heute als Arbeiter und Bürger der USA einnehmen, ist für sie Grund genug, dieses Erbe immer hoch einzuschätzen und zu erhalten.

QUELLENVERZEICHNIS

(Dieses Verzeichnis offizieller Quellenangaben enthält nur einen kleinen Teil der zahlreichen Publikationen, die von der Bundesregierung und den Regierungen der einzelnen Staaten Amerikas auf diesem Gebiet herausgegeben werden. Ein großer Teil der Informationen ist monatlich erscheinenden Berichten und technischen Referaten entnommen. Im wesentlichen enthält diese Liste jedoch Quellenangaben über alle in dem vorliegenden Buch enthaltenen Daten.)

Informationen allgemeinen Inhalts

Monthly Labor Review.
Herausgegeben vom Bureau of Labor Statistics, U. S. Department of Labor, Washington, D. C. (Diese Veröffentlichung enthält monatliche Statistiken über Beschäftigung, Lohn- und Gehaltssummen, Durchschnittseinkommen, Arbeitszeit, Preise, Streitfragen zwischen Unternehmer- und Arbeiterschaft und verschiedene andere Daten sowie Abhandlungen über Arbeitsbedingungen. Einzelexemplare und Abdrucke einzelner Artikel sind erhältlich.)

Annual Report of the Secretary of Labor, 1947.

Handbook of Labor Statistics, 1947 Edition.
Bureau of Labor Statistics, U. S. Department of Labor, Bulletin No. 916. 1948. (Enthält historische Angaben.)

Labor in the South.
Bureau of Labor Statistics, U. S. Department of Labor, Bulletin No. 898. 1947.

Labor in California and the Pacific Northwest.
Bureau of Labor Statistics, U. S. Department of Labor, Serial No. R. 1884. 1947.

National Income and Product Statistics of the United States. 1929—1946.
Supplement to Survey of Current Business (July 1947), published by Bureau of Foreign and Domestic Commerce, U. S. Department of Commerce. (Neuere Daten und Korrekturen sind in der Ausgabe vom Juli 1948 enthalten.)

The American Story of Industrial and Labor Relations.
New York State Legislature, Joint Committee on Industrial and Labor Conditions. Albany, N. Y., 1943. (Eine Darstellung der Entwicklung von 1790 bis 1940.)

Beschäftigung und Produktivität

Employment and Pay Rolls, February 1948.
Bureau of Labor Statistics, U. S. Department of Labor. (Die Ausgabe vom Februar 1948 enthält sowohl die Angaben für 1946 und 1947 wie auch die laufenden Daten.)

Labor Force Changes and Employment Outlook.
Monthly Labor Review, December 1947. (Sonderausgabe.)

Occupational Outlook Handbook.
Bureau of Labor Statistics, U. S. Department of Labor, Bulletin No. 940. 1948.

Monthly Report on the Labor Force
Bureau of the Census, U. S. Department of Commerce.

Full-time and Part-time Workers: September 1947.
Bureau of the Census, U. S. Department of Commerce, Series P-50, No. 3. 1948.

Women's Occupations Through Seven Decades.
Women's Bureau, U. S. Department of Labor, Bulletin No. 218. 1947.

Handbook of Facts on Women Workers.
Women's Bureau, U. S. Department of Labor, Bulletin No. 225. 1948. (Behandelt Einkommen, gesetzliche Bestimmungen, Bildung usw.)

Productivity Changes Since 1939.
Bureau of Labor Statistics, U. S. Department of Labor, Serial No. R. 1854. 1946.

Trends in Man-Hours Expended per Unit: Selected Footwear, 1939—1945.
Bureau of Labor Statistics, U. S. Department of Labor. 1947. (Eine der von den einzelnen Industrien vorgenommenen Untersuchungen über die Forderungen der Arbeiterschaft und Produktivität.

Hours of Work and Output.
Bureau of Labor Statistics, U. S. Department of Labor, Bulletin No. 917. 1947.

Progress of Farm Mechanization.
U. S. Department of Agriculture, Miscellaneous Publication No. 630. 1947.

Löhne und Arbeitszeit

Hours and Earnings: Industry Report, February 1948.
Bureau of Labor Statistics, U. S. Department of Labor. (Die Ausgabe vom Februar 1948 enthält außer den laufenden Daten auch die Angaben für 1946 und 1947.)

Union Wages and Hours in the Building Trades.
Bureau of Labor Statistics, U. S. Department of Labor, Bulletin No. 910. Jahresbericht. (Ähnliche Berichte liegen vor für Druckereien, Bäckereien, Lastauto- und Speditionsunternehmungen.)

Hourly Earnings in Eleven Industries, June—December 1947.
Bureau of Labor Statistics, U. S. Department of Labor, Serial No. R. 1923. 1948. (Es handelt sich um Berichte über Löhne und Lohnverhältnisse in verschiedenen Gebieten, Berufen und Industrien.)

Supplementary Wage Practices in American Industry, 1945—46.
Bureau of Labor Statistics, U. S. Department of Labor, Bulletin No. 939. 1947.

War and Postwar Wages, Prices and Hours, 1914—23 and 1943—44.
Bureau of Labor Statistics, U. S. Department of Labor, Bulletin No. 852. 1945.

Changes in Railroad Wages, 1943—44.
Bureau of Labor Statistics, U. S. Department of Labor, Serial No. R. 1634. 1944. Supplemented by Railway Wage Changes, 1941—46 (Serial No. R. 1856.)

Familieneinkommen und Lebensbedingungen

The City Worker's Family Budget.
Monthly Labor Review, February 1948. (Sonderausgabe.)

Worker's Budgets in the United States: City Families and Single Persons, 1946 and 1947.
Bureau of Labor Statistics, U. S. Department of Labor, Bulletin No. 927. 1948.

Expenditures and Savings of City Families in 1944.
Bureau of Labor Statistics, U. S. Department of Labor, Serial No. R. 1818. 1946.

Income of Nonfarm Families and Individuals: 1946.
Bureau of the Census, U. S. Department of Commerce, Series P-60, No. 1. 1948.

Distribution of Consumer Income in 1947.
Federal Reserve Bulletin, June 1948, pp. 649—656. Published by the Board of Governors of the Federal Reserve System.

How Families Use their Incomes.
U. S. Department of Agriculture, Miscellaneous Publication No. 653. 1948.

Family Spending and Saving as Related to Age of Wife and Age and Number of Children.
U. S. Department of Agriculture, Miscellaneous Publication No. 489. 1942.

Housing Characteristics of the United States: April 1947.
Bureau of the Census, U. S. Department of Commerce, Series P-70, No. 1. (Enthält Vergleiche mit April 1940.)

Fifth Annual Report, National Housing Agency. Year 1946.

Nonprofit Housing Projects in the United States.
Bureau of Labor Statistics, U. S. Department of Labor, Bulletin No. 896. 1947.

Blue Cross and Medical Service Plans.
Public Health Service, U. S. Federal Security Agency. 1947.

Union Health and Welfare Plans.
Bureau of Labor Statistics, U. S. Department of Labor, Bulletin No. 900. 1947.

School Enrolment of the Civilian Population: April 1947 and October 1947.
Bureau of the Census, U. S. Department of Commerce, Series P-20, Nos. 12 and 19.

Educational Attainment of the Civilian Population: April 1947.
Bureau of the Census, U. S. Department of Commerce Series P-20, No. 15.

Landwirtschaftliche Arbeiter

Analysis of Net Farm Income: 1946.
Farm Income Situation, June—July 1947, published by the Bureau of Agricultural Economics, U. S. Department of Agriculture.

Wages of Agricultural Labor in the United States.
U. S. Department of Agriculture, Technical Bulletin No. 895. 1945.

Farm and Nonfarm Wage Income of the Hired Farm Working in 1946.
Bureau of Agricultural Economics, U. S. Department of Agriculture.

Rural Family Spending and Saving in Wartime.
U. S. Department of Agriculture, Miscellaneous Publication No. 520. 1943.

Differences between Rural and Urban Levels of Living.
Bureau of Agricultural Economics, U. S. Department of Agriculture. 1948.

Outlook Charts, Rural Family Living: 1948.
U. S. Department of Agriculture. 1948.

Better Rural Living.
Report of Cooperative Extension Work in Agriculture and Home Economics, U. S. Department of Agriculture. 1947.

Soziale Sicherheit und wirtschaftliche Stabilität

Social Security Yearbook.
Social Security Administration, U. S. Federal Security Agency. Annual supplement to the Social Security Bulletin. (Die Ausgabe von 1939 enthält historische Daten.)

Annual Report of the U. S. Railroad Retirement Board, 1947.
Annual Report of the Wage and Hour and Public Contracts Divisions, U. S. Department of Labor, for 1948. (Enthält eine historische Übersicht.)

Federal Labor Laws and Agencies: A Layman's Guide.
Bureau of Labor Standards, U. S. Department of Labor, Bulletin No. 100. 1948.

Labor Laws and Their Administration.
Bureau of Labor Standards, U. S. Department of Labor, Bulletin No. 93. 1948.

State Workman's Compensation Laws.
Bureau of Labor Standards, U. S. Department of Labor, Bulletin No. 99. 1948.

Work Injuries in the United States During 1946.
Bureau of Labor Statistics, U. S. Department of Labor, Bulletin No. 921. 1947.

A Guide to the Child-Labor Provisions of the Fair Labor Standards Act (the Federal Wage and Hour Law).
Wage and Hour and Public Contracts Divisions, U. S. Department of Labor, Child-Labor Bulletin No. 101. 1948.

State Child Labor Standards.
Bureau of Labor Standards, U. S. Department of Labor, Bulletin No. 98. 1948.

First Annual Report to the President by the Council of Economic Advisers, December 1946.

The Economic Report of the President to the Congress, January 14. 1948.

Die Gewerkschaften und die Beziehungen zwischen Arbeitern und Angestellten

Directory of Labor Unions in the United States.
Bureau of Labor Statistics, U. S. Department of Labor. (Erscheint jährlich.)

Brief History of the American Labor Movement.
Bureau of Labor Statistics, U. S. Department of Labor. 1947.

Work Stoppages Caused by Labor-Management Disputes in 1947.
Bureau of Labor Statistics, U. S. Department of Labor, Bulletin No. 935. 1948.

Union Security Provisions in Collective Bargaining.
Bureau of Labor Statistics, U. S. Department of Labor, Bulletin No. 908. 1948. (Einer von 20 Berichten über verschiedenartige Bestimmungen in Kollektivverträgen. Bulletin 686 (1942) Union Agreement Provisions ist eine umfassende Studie, wurde jedoch durch die obigen neueren Berichte ersetzt.)

Extent of Collective Bargaining and Union Recognition, 1946.
Bureau of Labor Statistics, U. S. Department of Labor, Bulletin No. 909. 1948.

Federal Labor Laws and Agencies.
Bureau of Labor Standards, U. S. Department of Labor, Bulletin No. 100, 1948.

Labor Laws and Their Administration.
Bureau of Labor Standards, U. S. Department of Labor, Bulletin No. 93. 1948.

The President's National Labor-Management Conference, November 5—30, 1945.
Bureau of Labor Standards, U. S. Department of Labor, Bulletin No. 77. 1946.

Die bürgerlichen Rechte

(Die Dokumente, die sich auf die bürgerlichen Rechte und auf die durch das Wahlrecht des Volkes bestimmten Regierungsfunktionen beziehen, umfassen das ganze Gebiet der Geschichte des Landes und der einzelnen Staaten, Verfassungen, Gesetze, gerichtliche Entscheidungen und Berichte über die Verwaltungstätigkeit. Es wurden viele nichtoffizielle Zusammenstellungen hierüber veröffentlicht, doch liegt eine amtliche Zusammenstellung nicht vor. Die folgenden Nachschlagewerke dürften jedoch von besonderem Interesse sein.)

Our American Government: What Is It? How Does It Function?
By Wright Patman, Member of Congress. House Document No. 152, 77th Congress, 1st Session. (Washington, 1941.)

To Secure These Rights.
Report of U. S. President's Committee of Civil Rights. (Washington, 1947.) (Der Bericht stellt fest, daß die Amerikaner Grund haben, auf ihre Leistungen stolz zu sein; doch war sein Hauptzweck der, Unzulänglichkeiten festzustellen und zu versuchen, sie abzustellen.)

Heritage of Freedom: The History and Significance of the Basic Documents of American Liberty.
Published by the Princeton University Press (Princeton, New Jersey, 1947), in cooperation with the American Heritage Foundation. (Die beschriebenen und teilweise reproduzierten Dokumente waren in dem „Freiheitszug" ausgestellt, der 300 Städte in den Vereinigten Staaten besuchte — ein vom Oberstaatsanwalt der Vereinigten Staaten vorgeschlagenes Projekt. Dieses Buch, das zwar keine offizielle Veröffentlichung darstellt, ist eine zweckdienliche Zusammenstellung und Beschreibung offizieller Dokumente.)

Inhaltsverzeichnis